

RUNDBRIEF JUNI 2020

**THEMENKOGRUPPE
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



VORWORT

„Ich erhalte jeden Tag mehr Berichte aus allen Teilen der Welt darüber, wie indigene Gemeinschaften von der Covid-19-Pandemie betroffen sind, und es beunruhigt mich zutiefst, dass es dabei nicht immer nur um Gesundheitsfragen geht“, sagte José Francisco Cali Tzay (neuer UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, ein Maya-Kaqchikel aus Guatemala, der sein Amt am 1. Mai antrat).

Liebe Rundbrief-Leser/-innen,

in diesem Sinne steht auch unsere Sommer-Ausgabe des Rundbriefs ganz im Zeichen der aktuellen Situation und ihrer Auswirkungen auf indigene Völker weltweit. Neben konkreten Artikeln zur Situation Indigener unter Covid-19 in Australien, Bolivien, Brasilien, Indien, Kolumbien und Paraguay finden Sie auch Verweise zu diesem Thema in zahlreichen weiteren Beiträgen.

Wie in den Artikeln klar wird, verfolgen indigene Gemeinschaften unterschiedliche Strategien, um sich vor einer Infektion mit dem Coronavirus zu schützen. Eine davon, die sicher einen Vorteil der oft traditionellen und eng an ihre Umwelt gebundenen Lebensweise darstellt, ist das Zurückziehen in Wälder und abgelegene Gebiete. Dies können beispielsweise Adivasi-Gruppen in Indien tun, wozu die Regierung sogar geraten hat und extra Zugangsstraßen sperrt. Trotzdem drohen vielen Gemeinschaften – in den politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen der Pandemie – schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die nicht zuletzt mit der oft schlechten medizinischen Infrastruktur in indigenen Gebieten zusammenhängt.

Neben diesem Thema finden sich in der aktuellen Rundbrief-Ausgabe natürlich auch Beiträge zu zahlreichen weiteren Themen und Aktionen rund um indigene Völker – wie beispielsweise der Umgang der First Nations mit den verheerenden Buschbränden in Australien, zur Arbeit von Amnesty International mit Indigenen in Argentinien, Indien, Nigeria und Kanada oder zu Umwelt- und Frauenrechtsverteidigerinnen in Namibia. Eher bedrückend ist nach wie vor die Situation in Mexiko, wo jedes Jahr zahlreiche Aktivist/-innen wie Julián Carrillo getötet werden. Im Rahmen einer Petition, die im Rundbrief zu finden ist, können Sie Gerechtigkeit für Julián und seine Angehörigen fordern.

Wir können aber auch von einer ganzen Reihe von Erfolgen berichten. Wie in vielen vorherigen Rundbriefen thematisiert, wurde die Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cacéres von der Organisation COPINH in Honduras 2016 ermordet. Nun sind sieben Personen zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, die an ihrem Mord beteiligt waren. In unserem Rundbrief finden Sie hierzu ein Interview mit dem Rechtsanwalt Victor Fernandez, der die Angehörigen Bertas vertritt. Weitere Erfolge betreffen die Grassy Narrows First Nation in Ontario (Kanada) – sie waren Teil des Briefmarathons 2019 – sowie „Urgent Actions“ zu indigenen Gemeinden in Kolumbien und Honduras, die Sie in diesem Rundbrief finden und die mittlerweile zu positiven Entwicklungen geführt haben. Abschließend möchten wir hier noch auf den zehn Jahre dauernden Prozess der Samen gegen den schwedischen Staat aufmerksam machen, den sie im Januar 2020 gewonnen haben. In diesem Prozess ging es um das Recht auf die Regulierung der Kleintierjagd und des Fischens, das Schweden einzelnen Sami-Gemeinden 2009 aberkannt hatte. Dieses Recht haben sie nun wieder zurück, was zu spontanen Anfeindungen geführt hat, der indigenen Bevölkerung Schwedens aber auch Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft gibt.

Wir wünschen allen eine spannende Lektüre und alles Gute für diese außergewöhnliche Zeit! Bleiben Sie gesund!

Marianne Kersten, Alexander Weide und Rosie Hofstetter

INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
Australien	4
Indonesien	13
Malaysia	15
AI-Broschüre zu Indigenen	16
Philippinen	17
In eigener Sache	18
Kambodscha	19
Indien	21
Nigeria	27
Kenia	31
Angola	32
Namibia	34
Kanada	37
USA	43
Mexiko	45
Honduras	51
Kolumbien	55
Ecuador	60
Bolivien	63
Brasilien	66
Paraguay	71
Argentinien	74
Filmhinweis	76
Publikationshinweise	77

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
 Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker
 Marianne Kersten · Hohenrade 5 · 20257 Hamburg · marianne.kersten@amnesty-indigene.de
 Alexander Weide · 20 Awgar Stone Road · Oxford · OX3 7FD · Großbritannien · alexander.weide@gmail.com
 Rosemarie Hofstetter · Pinneberger Straße 83a · 22457 Hamburg · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.

www.amnesty.de; www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO:
 Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX
 Gruppe 2915

AUSTRALIEN

AUSTRALIENS FIRST NATIONS UND DIE BUSCHFEUER 2019/2020 – EIN KURZER ÜBERBLICK

Buschbrände sind in Australien eine jährliche Angelegenheit. In Australien ist von Dezember bis Februar Sommer. Die Buschbrände haben ihren Höhepunkt normalerweise Ende Januar oder Anfang Februar. Im November 2019 rief die australische Regierung den Ausnahmezustand aus – so groß waren die Brände in der vergangenen Saison.¹ Sie waren im südöstlichen Bundesstaat New South Wales am schlimmsten. Hier leben besonders viele Mitglieder der First Nations.²

Während der diesjährigen Buschbrände wurden zahlreiche heilige Stätten, Gemeindezentren und Bildungszentren zerstört.³ Wie andere indigene Gemeinschaften leiden die First Nations in Australien besonders unter den Folgen des Klimawandels, tragen aber am wenigsten dazu bei.

In Australien sind die First Nations nur wenig an der Verhütung der Buschbrände beteiligt. Sie verfügen allerdings über genaue Kenntnis von Wetter, Flora und Fauna. Wo sie ihr Land selbst verwalten führen sie sogenannte *cool burns* durch. *Cool burns* sind Feuer mit geringer Temperatur, mit denen überflüssiges Buschwerk und Gras weggebrannt wird. Größere Pflanzen überstehen die geringen Temperaturen, und die angesiedelten Tiere haben Zeit, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die *cool burns* werden mosaikförmig über ein größeres Gebiet verteilt. Große Buschbrände werden so durch die vielen kleinen Feuerschneisen gebremst.⁴

Die Praktiken stehen im Gegensatz zu den präventiven Bränden der australischen Feuerwehren, welche mit höheren Temperaturen größere Feuerschneisen in die Landschaft brennen.⁵ Die First Nations dürfen an vielen Stellen keine *cool burns* durchführen – etwa wenn die Stelle zu dicht an Wohnhäusern liegt. Die Feuerwehr in Australien ist nicht zentral verwaltet – in vielen Gebieten kämpfen jedes Jahr freiwillige Feuerwehren gegen die Brände. In New South Wales haben sich bestimmte Feuerwehren schon mit First Nations vernetzt, um Brände zu verhüten.

Zeitungsartikel größerer Medienanstalten ignorieren meist die Frage nach den indigenen Praktiken zur Brandvorbeugung – so auch der Artikel von „The Verge“, der diesem Beitrag als Datenquelle dient.⁶ First-Nations-Verbände in Australien schlagen vor, die Gemeinschaften an der Brandverhütung zu beteiligen.

¹ <https://www.theverge.com/2020/1/3/21048891/australia-wildfires-koalas-climate-change-bushfires-deaths-animals-damage>

² <https://aiatsis.gov.au/explore/articles/population-and-distribution>

³ <https://www.npr.org/2020/01/11/795224932/with-their-land-in-flames-aboriginals-warn-fires-show-deep-problems-in-australia?t=1590334679723>
<https://www.vox.com/identities/2020/1/24/21080027/invasion-day-australia-aboriginal-indigenous-torres-strait-islander>

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Siehe 1.

Viele First Nations in Australien leiden sehr unter den Folgen der verheerenden Buschbrände der letzten Saison. Sie haben aber auch viel beizutragen. Die First Nations in die Brandverhütung einzubinden mindert nicht nur die Auswirkungen des Klimawandels auf Australien. Es gibt den Gemeinschaften auch die Gelegenheit, einen Teil ihrer Praktiken weiterzuführen und ihr Land zu schützen.

Sarah Ahrens
Theko Menschenrechte und indigene Völker

COVID-19 UND FIRST NATIONS PEOPLES IN AUSTRALIEN

In Australien sind Informationen zum Coronavirus auf Englisch verfügbar. Für viele First Nations Peoples im Northern Territory ist Englisch allerdings eine Fremdsprache, für einige sogar nur eine unter mehreren. Manche Informationen werden in einige der Ureinwohnersprachen übersetzt, aber dies geschieht mit Verzögerung und erfolgt nicht für alle Sprachen. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei den Informationen um teilweise schwer verständliche medizinische Themen handelt. Hinzu kommt noch, dass viele Aboriginal-Gemeinden im Northern Territory aufgrund der nun über 13 Jahren andauernden „Northern Territory Intervention“ extrem misstrauisch gegenüber der Regierung sind. Dies erschwert es vielen, den Informationen der Regierung zu vertrauen.

Das Why Warriors Team in Nordost-Arnhemland hat einige Videos für die dort lebenden Yolngu auf YouTube herausgebracht. Die Regierung des Northern Territory hat einen jungen Yolngu Rapper, Baker Boy, 2019 zum „Jungen Australier des Jahres“ gekürt und damit beauftragt, ein kurzes Video über die Wichtigkeit des Händewaschens während der Covid-19-Pandemie zu drehen.

Aboriginal Peoples leiden in besonderem Maße unter chronischen Krankheiten. Da sie außerdem vielfach auf engem Raum zusammenleben, besteht für sie ein erhöhtes Risiko, an Covid-19 zu erkranken. Der allgemein schlechte Gesundheitszustand der Ureinwohner spiegelt sich auch in den Empfehlungen der australischen Regierung für ältere Menschen mit chronischen Krankheiten wider. Ureinwohnern über 50 mit chronischen Krankheiten wurde empfohlen, so weit wie möglich zu Hause zu bleiben. Für Nicht-Ureinwohner mit chronischen Krankheiten gilt diese Empfehlung erst ab 65 Jahren.

Abgelegene Aboriginal-Gemeinden wurden isoliert und jeglicher nicht unbedingt notwendige Kontakt untersagt. Dies geschah aus Sorge, dass Infektionen mit dem Coronavirus – aufgrund der bereits bestehenden Erkrankungen und der schlechten medizinischen Versorgung – verheerende Auswirkungen auf die Gemeinschaften haben würden. Diese Maßnahmen hatten andererseits gravierende Auswirkungen auf das tägliche Leben der Ureinwohner: Kulturelle Aktivitäten, Familienbesuche und Reisen zur nächstgrößeren Stadt zwecks Einkäufen oder medizinischer Versorgung waren nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Yingiya Mark Guyula, parteiloses Mitglied im Parlament des Northern Territory, bat darum, dass das Angebot der Regierung zur Reparatur von Häusern auch in den "homelands" der Yolngu angeboten wird und dass anstelle der „Fly-in Fly-out“-Arbeiter lokale Yolngu für diese Arbeiten angestellt werden.

Beamte der australischen Bundespolizei (AFP, Australian Federal Police) wurden zu abgelegenen Gemeinden der First Nations geschickt. Sie mussten sich dabei nicht der allgemein verpflichtenden 14-tägigen Quarantäne unterziehen, obwohl sie in demselben Flugzeug wie andere Reisende flogen. Die Regierung des NT wurde für diese Maßnahme heftig kritisiert, da die Beamten ein hohes Gesundheitsrisiko für die Aboriginal-Gemeinden darstellten.

Das Eintreffen des Militärs in Tennant Creek, das die neuen Covid-19-Regelungen durchsetzen soll, weckte bei einigen auch Erinnerungen an den Beginn der „Northern Territories Intervention“, die am 21. Juni ihren 13. Jahrestag haben wird.

Die Reisebeschränkungen haben auch Auswirkungen auf den Schutz vor Buschfeuern: Normalerweise werden zu bestimmten Zeiten kleine kontrollierte Feuer gelegt, um die Ausbreitung größerer Buschfeuer zu verhindern oder zumindest einzuschränken. Diese Maßnahmen werden durch die Reisebeschränkungen schwieriger oder gar unmöglich.

Aufgrund der Pandemie wurden in Gefängnissen Restriktionen eingeführt, die Ureinwohner stärker bestrafen als Nicht-Ureinwohner. So wurden z. B. der Zugang zu Rechtsanwälten und Besuche von Familienmitgliedern stark eingeschränkt. In einigen Gefängnissen wurden exorbitant hohe Gebühren für Telefonate verlangt.

In Gefängnissen ist die Gefahr der Ausbreitung von Infektionen besonders hoch. Gefängnisse sind überfüllt, bieten mangelhafte sanitäre Anlagen und Hygiene (dies wurde z. B. vom Supreme Court in Victoria festgestellt), es herrscht Rassismus und eine systematische Diskriminierung bei der Gesundheitsversorgung, und Indigene leiden häufiger an chronischen Krankheiten.

Forderungen, einige Gefängnisinsassen vorzeitig zu entlassen, wurden abgelehnt. Stattdessen wurden Besuche – speziell von Familienmitgliedern – eingeschränkt, Kontakte zu anderen Insassen wurden teilweise verboten. Die Bewegungsmöglichkeiten innerhalb der Gefängnisse wurden eingeschränkt. Diese verschärften Haftbedingungen haben zu Unruhen in den Gefängnissen geführt.

Australien hat eine nationale Koordinierungskommission für Covid-19 gegründet. Aus diesem Anlass hat Amnesty dazu aufgerufen, zusätzliche Geldmittel für soziale Hilfsorganisationen bereitzustellen. Hilfsorganisationen sehen sich mit einem stark gestiegenen Bedarf gegenüber, während gleichzeitig die Anzahl an ehrenamtlichen Helfern sinkt.

Der Aboriginal Legal Service sagt, dass die australische Regierung dringend handeln muss, um zu verhindern, dass First Nations People in Haft aufgrund von Covid-19 sterben. Er hat einen offenen Brief sowie die folgende Petition aufgesetzt:

https://www.alsnswact.org.au/open_letter_from_families_clean_out_prisons

https://www.alsnswact.org.au/free_our_people/

Ein Zusammenschluss von australischen Anwälten für Menschenrechte hat einen offenen Brief mit einem Aufruf an die australische Regierung veröffentlicht. In diesem fordern sie ein dringendes Handeln, um das Risiko der Übertragung von Covid-19 im Justizsystem, insbesondere in Gefängnissen und Jugendarrestanstalten, zu minimieren. Dieser Brief beinhaltet auch die Unterschrift von Gunnai-Gunditjmara Frau Lidia Thorpe – erste indigene Abgeordnete im Parlament von Victoria und seit Januar 2020 zuständig für indigene Rechte bei Amnesty International Australien.

<https://alhr.org.au/open-letter-australian-governments-covid-19-criminal-justice-system/>

Sabine Kacha
Amnesty International Australien

#NationDance

YUIN PEOPLE ORGANISIEREN DIE GRÖSSTE NATIONALE HEILUNGSZEREMONIE IN DER GESCHICHTE AUSTRALIENS

Am ersten Dezember 2019 fand die größte und erste nationale Heilungszeremonie von Aboriginal Peoples in Australien statt. Die Nation der Yuin People (New South Wales) riefen als Reaktion auf die anhaltenden Brände zu einem „Bunaan“, einer Corroboree mit Feuerzeremonie und traditionellen Tänzen auf, um Mutter Erde, die Flüsse, die Wälder, die Kinder, die Alten und sich selbst zu heilen und um für Regen zu bitten.



Nation Dance Yuin at Mother Gulaga. Photo: © Jacob Everson

Mehr als 2000 Yuin People und nicht-indigene Verbündete nahmen an dem sehr kurzfristig organisierten Event teil, welches unterhalb des für die Yuin heiligen Berges Mount Gulaga in Tilba Tilba, New South Wales, stattfand. Gulaga gilt den Yuin als heilige Mutter, als Ahnenplatz der Schöpfung, als Basis ihrer spirituellen Identität und als Ort, von dem aus die Yuin People geboren wurden und aus dem die „Creation Stories“ hervorgegangen sind. Besonders für Frauen symbolisiert der Berg eine Stätte der Heilung und enthält eine mystische Bedeutung. Die Yuin ist eine der größten Nationen in Australien, bestehend aus 13 Stämmen.

Noch nie zuvor haben Aboriginal Peoples eine Heilungszeremonie dieser Größe in Australien veranstaltet. Alwyn Doolan, auch bekannt als Message Stick Walker, rief zu nationaler Beteiligung aller Aboriginal und Torres Strait Islander Peoples zur selben Uhrzeit auf und startete damit den #NationDance. Dieser soll nun regelmäßig stattfinden. Alle Aboriginal Nations sind aufgerufen, Teil dieser kollektiven Energie zu werden. An 100 Orten fanden gleichzeitig Tänze auf dem ganzen Kontinent statt. Der 30-jährige Gooreng Gooreng /Wakka Wakka Doolan wanderte zuvor über 8600 km, um der im Jahr 2019 vereidigten Regierung in Canberra drei Message Sticks zu übergeben. Dieser symbolische Akt sollte die drei Phasen der australischen Geschichte symbolisieren: Die Traumzeit, die Kolonisation und nun die Heilung. Das jahrtausendealte Ritual steht für die Übergabe und Übernahme von Verantwortung, die Aufnahme von Verhandlungen, das Schmieden von guten Partnerschaften und das „Sorry Business“ – die Anerkennung von Leid und die gemeinsame Heilung.

Ashleigh McGuire, die Organisatorin des „Nation Dance YUIN“ und Geschäftsführerin von Ripe Mentoring, berichtete nach dem Event: „This ceremony strengthened community and cultural ties for the people of the YUIN Nation and left all involved with an uplifting and positive outlook of their future ... many people here today felt completely empowered. All involved left with a sense of pride, optimism alive, hopes and dreams to care for country just as we did thousands of years ago. All feeling we can walk as one into the future.“



Ashleigh McGuire, Gründerin und Geschäftsführerin von RIPE Mentoring, und Warren Ngarrae Foster, Lead Man der Gulaga Dancers. Photo: © Jacob Everson

Spokesperson Djiringanj Yuin Elder und Knowlegde-Holder Warren Ngarrae Foster hatten den Aufruf gemeinsam mit McGuire nur wenige Tage vor dem ersten Dezember gestartet. Foster eröffnete das Event, welches in dieser Größe noch keine lebende Generation gesehen hat und dem heute schon historische Bedeutung beigemessen wird. Dazu berichtet er in einem Interview mit der *ABC* und *about*

regional, dass seit 150 Jahren kein Tanz in derartiger Größe auf Yuin Country abgehalten worden wäre. Foster erzählt weiter, dass seine weitsichtigen Ahnen vor 250 Jahren am Fuße von Gulaga an der Küste Captain Cook mit seinem weißen Boot segeln gesehen haben. Damals sollen sie in dem Boot einen Pelikan aus der Traumzeit erkannt haben, der bei den Yuin für ein sehr gieriges, räuberisches Tier steht. Seine Ahnen hätten Sorge gehabt, dass er ihnen ihre Kinder, ihr Land und alle Menschen stehlen würde. Leider wurde genau diese Befürchtung wahr. Der Pelikan riss alles an sich, nahm den Yuin die Kinder und gab den Bergen der Yuin seine Namen (z. B. Mount Dromedary, anstelle von Mount Gulaga). Was er nicht nehmen konnte, so Foster, war die Verbindung zum Land, die er so beschreibt: „Wir fühlen, dass das Land krank ist. Wir sind so verbunden, dass wir uns auch krank fühlen, wenn das Land krank ist. Wir sind nicht Teil vom Land. Wir sind das Land. Unsere Tänze sollen den Anfang machen, das Land zu heilen. Wir wollen Regen in die Community bringen, um das Land und die Menschen zu heilen.“



Yuin People watching the rain coming. Photo: © Jacob Everson

2006 haben die Yuin People, die sich auch South Coast People nennen, nach langen Kämpfen die Landrechte (Native Title) am Biamanga-Nationalpark und dem Gulaga-Nationalpark wiederbekommen. Yuin Country erstreckt sich von Sydney bis nach Murrumbidgee und im Landesinneren in die Great Dividing Range. New South Wales war besonders schwer von den Feuern betroffen, die seit Juni 2019 bis März 2020 dafür gesorgt haben, dass neben katastrophalen Zerstörungen der Natur auch hundert Millionen Tieren das Leben und vielen Menschen ihr Zuhause gekostet hat. Neben der Bitte um Regen, so McGuire, sollte das Event lokalen Aboriginal People – die aufgrund der Buschbrände alles verloren haben und seitdem ohne sauberes Wasser, Strom, Telekommunikation, Lebensmittel und einem Mangel an Hygieneartikeln auf dem Land kampieren – Hoffnung geben und Möglichkeit, die Verbindungen mit ihrer Familie, Kultur und Gemeinschaft erneut zu knüpfen.

Unterstützung erhalten die Yuin nicht nur von anderen Aboriginal Nations in Australien sondern auch von First Nation Peoples in Kanada und Neuseeland, die sich fortan zeitgleich an den Heilungszeremonien beteiligen werden und Spenden für die Auswirkungen der Buschbrände in New South Wales sammeln. Der nächste Nation Dance musste aufgrund der Corona-Pandemie auf den 5. Dezember 2020 verschoben werden.

Auch Amnesty International Australia setzt sich seit Jahren für den Schutz des Klimas ein. Denn Klimaschutz ist auch Menschenrechtsschutz. Vielen gilt der Schutz der Rechte Indigener Völker als besonders wirksamer Klimaschutz und beide Themen sind untrennbar miteinander verbunden. Im Juni 2019 zeichnete Amnesty International die Klimaaktivistin Greta Thunberg und die „Fridays for Future“-Bewegung mit dem **Ambassador of Conscience Award** aus. Amnesty kämpft darum, Regierungen in ihre Pflicht zu nehmen, die Menschenrechte vor der Klimakrise zu schützen. Leider liegt Australien in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen weit zurück. Während der verheerenden Brände fordert Amnesty den der Kohleindustrie zugewandten Premierminister Scott Morrison mit der Petition *Ask the PM to Act on Climate Change* auf, endlich angemessen auf die Klimakrise zu reagieren und dabei selbstverständlich auch die Menschenrechte zu schützen.

Verwendete Quellen:

- Amnesty International Australia: www.amnesty.org.au
- Next Nation Dance Yuin: <https://www.facebook.com/events/1427482310735561/>, #nationdance
- Ashleigh McGuire im persönlichen Interview, kontaktierbar unter: admin@ripementoring.org
- ABC Australia (2019): *Mount Gulaga the sacred Mother and Gurung-gubba the greedy pelican. Interview mit Warren Foster.* 08.04.2020 Online abrufbar unter https://www.youtube.com/watch?v=fbd-YG5om_s
- ABC Indigenous (2019): *Yuin people come together for historic healing ceremony at Mount Gulaga.* 8. Dezember 2019 auf Facebook abrufbar unter: <https://www.facebook.com/ABCIndigenous/videos/1239423086242859/>
- National Indigenous Television Australia (NITV): *Alwyn Doolan – Nation Dance. The Message Stick Walker coordinates a movement that sees over 100 Nations dance on Country on the same day.* Auf Facebook geteilt von Alwyn Doolan am 03.12.2019. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/NITVAustralia/videos/2531725903548341/UzpfSTE0NjUxNTk0MjE6MTAyMTY5NzA4Mzg3NzA5Mjc/>
- Lisa Herbert in: *About regional* (2019): *A momentous gathering of the Yuin Nation to heal country and spirit.* 30. November 2019. Online abrufbar unter: <https://aboutregional.com.au/a-momentous-gathering-of-the-yuin-nation-to-heal-country-and-spirit/> und *First Nations dancing as one, Yuin Nation gathers community.* 3. Dezember 2019. Online abrufbar unter: <https://aboutregional.com.au/first-nations-dancing-as-one-yuin-nation-gathers-community/>

Jennifer Kringel – Freie Publizistin für Menschenrechte und indigene Völker

E-Mail: [ALEGRIA\(AT\)HAMBURG.DE](mailto:ALEGRIA(AT)HAMBURG.DE)

Twitter: [Love First Nations@JenniferKringel](https://twitter.com/LoveFirstNations@JenniferKringel)

www.australienneuseelandhawaii.de

AMNESTY INTERNATIONAL AUSTRALIA PETITION

Ask the PM to Act on Climate Change

https://www.amnesty.org.au/act-now/pm-climate-change/?fbclid=IwAR3VtZbve3f-5mOC_jXBvREvHOkLqfM4DIPqvLhsYne7h8qY3OECH6mRizY

Dear Prime Minister,

Australia is now experiencing for itself the devastating effects of the climate emergency. There is no doubt that the length and intensity of this unprecedented bushfire crisis is a direct result of global emissions and our continued reliance on fossil fuels. People around the world are looking on in horror and wondering what lies ahead for us all if we don't take immediate action.

Amnesty International’s mission is to protect and defend human rights, and the climate emergency is a human rights crisis. We all have the right to life, health, food, water, and housing.

Extreme weather events - whose strength and frequency is intensified by climate change like the bushfires and drought - destroy homes and ruin people’s ability to earn a living. For our neighbours in the Pacific, rising seas are having the same effect. An estimated 600 million people worldwide are likely to experience drought and famine as a result of the climate crisis.

Hundreds of thousands of people around Australia have mobilised on the climate crisis - and we have seen Indigenous peoples and school children at the forefront.

It's not too late. You have a unique opportunity to lead the Australian government during this crisis and take concrete urgent action:

1. Adopt and implement ambitious emissions reduction plans aiming for zero carbon emissions by 2030 or as soon as possible after that, aligned with the imperative of keeping the increase of global average temperature as low as possible and no higher than 1.5°C above pre-industrial levels.
2. Immediately phase out fossil fuel subsidies; refrain from new fossil fuel developments; rapidly phase out exploration, extraction, and use of all fossil fuels; and put in place adequate just transition measures that enhance human rights.
3. Implement more effective measures to protect people from the effects of the climate crisis, and provide effective remedies to the people and communities affected - for example, by the bushfires.
4. Substantially increase funding and support for human rights-consistent measures in developing countries to reduce emissions, protect people from the effects of the climate crisis, and provide remedy for the losses and damages people have already suffered.

We do not have the luxury of time to delay our global response to this issue. This needs immediate attention, leadership, and action. I implore you to be the leader we need during this time and to push others to do the same.

INDONESIEN

INDONESIEN PLANT NEUE GESETZE OHNE RÜCKSICHT AUF NATUR UND INDIGENE

Die indonesische Regierung plant Gesetze, welche zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen sollen. Umweltschutz und Rechte der Indigenen dürften eine zunehmende untergeordnete Rolle spielen, befürchten Kritiker.

Die Deklaration eines Gebietes als Waldgebiet und Öffentlichkeitsbeteiligungen der Indigenen könnte weiterhin eingeschränkt, wenn nicht sogar komplett ausgehebelt werden. Das würde eine Zunahme von Landkonflikten mit sich bringen, berichten Forstwissenschaftler der Hochschule für Agrarwissenschaft in Bogor.

Im Rahmen des sogenannten Omnibus-Gesetzes ist seitens der Regierung ein Vorschlag formuliert worden, der beinhaltet, eine bisher für alle Regionen gültige Verpflichtung zu streichen, welche vorgibt, mindestens 30 Prozent der jeweiligen Territorien als Waldfläche zu erhalten. Dies würde nicht nur zu weiteren Waldrodungen und der Zerstörung wertvoller Ökosysteme sowie der Lebensgrundlagen der dort lebenden Naturvölker führen, sondern den oft illegal agierenden Bergbau- und Plantagenunternehmen zur Legitimation ihres Handelns verhelfen.

Umweltaktivisten/-innen aus nichtstaatlichen Organisationen und Forscher/-innen fordern die Beibehaltung von höheren Mindestwaldflächen. Die geplanten Gesetzestexte wurden der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht. Nicht nur Akteure des Umweltschutzes kritisieren das nicht transparente Vorgehen, sondern u. a. auch Gewerkschaften, welche Kürzungen der Sozial- und Sicherheitsbestimmungen für Arbeitnehmer/-innen befürchten.

Mittlerweile werden Proteste gegen die Gesetzesentwürfe organisiert, in denen Aktivist/-innen auf die Beteiligung der Öffentlichkeit drängen.

Quelle: Profit geht vor Umweltschutz, Hans Nicholas Jong, Zeitschrift für Politik, Kultur und Dialog, www.suedostasien.net (27.04.2020)

INDONESIEN UND DER EXPORT VON ILLEGALEM TROPENHOLZ

Um die durch die Corona-Krise zusätzlich gebeutelte Holzindustrie zu stützen, hatte das indonesische Handelsministerium bestimmt, dass keine Legalitäts-Label auf Holz und Holzprodukte ab dem 27. Mai 2020 mehr nötig seien.

Somit hätte Indonesien nicht nur den Export von illegalem Tropenholz wieder erlaubt und beschleunigt, sondern auch die teilweise erfolgreichen Proteste sowie Verhandlungen der letzten Jahrzehnte zunichte gemacht und indigene Gemeinschaften in zusätzliche Schwierigkeiten gebracht.

Indonesische Umweltorganisationen formulierten einen offenen Brief an Präsident Joko Widodo, indem auf Verstöße gegen Gesetze und internationale Abkommen aufmerksam gemacht wird. Sie forderten, den Erlass zurückzunehmen. Das Handelsministerium hat nach zahlreichen Protesten, welche aus der Öffentlichkeit kamen, den Beschluss am 11. Mai 2020 wieder zurückgenommen.

Quelle: www.regenwald.org (31.03.2020)

Anne Zummach
Theko Menschenrechte und indigene Völker

MALAYSIA

URGENT ACTION

DROHENDE VERTREIBUNG

In West-Malaysia soll einer Fläche von mehr als 930 Hektar der Status als „Waldreservat“ aberkannt werden. Die Bewohner_innen gehören mehrheitlich der indigenen Gemeinschaft der Temuan an, die das betroffene Gebiet als angestammtes Land betrachten. Ein Verlust des Schutzstatus würde dazu führen, dass etwa 1000 Personen zugunsten von Entwicklungsprojekten enteignet würden. Das Versäumnis der Forstbehörde von Selangor, die betroffenen indigenen Gemeinschaften zu konsultieren, zeugt von einer eklatanten Missachtung des Prinzips der freien, vorherigen und informierten Zustimmung. Außerdem wird ihre Bereitschaft deutlich, die Unternehmensentwicklung über das Wohlergehen der Bürger_innen zu stellen.

Die Forstbehörde von Selangor will im *Kuala Langat North Forest Reserve* einer Fläche von 930,93 Hektar den Schutzstatus als „Waldreservat“ entziehen. Das vorgeschlagene Gebiet umfasst 97 % des gesamten Reservats und beherbergt vier Siedlungen der indigenen Temuan-Gemeinschaft. Wird dem Land der Reservatsstatus aberkannt, sind mehr als 1000 Indigene von Landenteignung und Zwangsumsiedlung bedroht.

Indigene Gemeinschaften in Malaysia sind aufgrund von Entwicklungsprojekten häufiger mit Eingriffen in ihr Land konfrontiert. Dadurch können sie ihre traditionellen Lebensgrundlagen nicht nutzen und sind der Gefahr von Armut und weiterer Marginalisierung ausgesetzt. In den schlimmsten Fällen wurden sie kurzerhand ihres Landes beraubt, aus ihren Häusern vertrieben und mussten mit ansehen, wie Raubbau an den von ihnen beanspruchten natürlichen Ressourcen betrieben wurde.

Nach Angaben der Gemeinschaft unternahm der Bundesstaat keine Anstrengungen, sie über Art, Ausmaß und soziale und ökologische Auswirkungen der Statusaufhebung zu informieren oder über Alternativen zu diskutieren. Tatsächlich, so sagen sie, haben sie zum ersten Mal durch die Bekanntmachung in der Zeitung von der vorgeschlagenen Aufhebung des Reservatsstatus erfahren.

Die mögliche Verletzung der Prinzipien der freien, vorherigen und informierten Zustimmung in diesem Prozess gibt großen Anlass zur Sorge. Zu diesen Prinzipien hat sich die malaysische Regierung durch ihre Zustimmung zur Erklärung über die Rechte der indigenen Völker der Vereinten Nationen (UNDRIP) im Jahr 2007 und zum Ergebnisdokument der Weltkonferenz für indigene Völker im Jahr 2014 verpflichtet.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 5. Februar 2020 veröffentlichte die Forstbehörde Selangor in den wichtigsten Tageszeitungen Malaysias eine Bekanntmachung über die geplante Aufhebung des Schutzstatus des *Kuala Langat North Forest Reserve* (KLNFR). In der Bekanntmachung wurden die betroffenen Interessengruppen im Distrikt aufgefordert, etwaige Einwände gegen den Vorschlag innerhalb von 30 Tagen zu äußern, in Übereinstimmung mit den Selangor-Regeln zur öffentlichen Konsultation von 2014 sowie dem nationalen Forstgesetz von 1985. Das vorgeschlagene Gebiet umfasst 97 % des gesamten Waldreservats und beherbergt mit Bukit Kecil, Bukit Cheeding, Busut Baru und Pulau Kempas vier Siedlungen der indigenen Temuan-Gemeinschaft.

In Malaysia stellt die Erklärung von Land zum Waldreservat sicher, dass das Land nicht für die Stadtentwicklung, die Landwirtschaft oder andere Aktivitäten genutzt werden kann, die eine Rodung des Waldes erfordern würden. Die Aufhebung dieses Status öffnet das Tor für kommerzielle Aktivitäten auf dem Land und die Vertreibung der dort ansässigen Gemeinschaften.

Der dort lebenden Gemeinschaft zufolge hat der Druck durch Entwicklungs- und Abholzungsaktivitäten auf dem Land in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2017 beantragte die malaysische Indigenenbehörde JAKOA, dieses Gebiet als indigenes Land einzustufen. Entsprechende Maßnahmen der Regierung stehen noch aus.

Das KLNFR ist zudem ein Torfsumpfwald, der als wichtiges Ökosystem eine klimaregulierende Funktion erfüllt. Der Umweltorganisation *Global Environment Centre* zufolge steht die vorgeschlagene Aufhebung des Reservatsstatus des KLNFR nicht im Einklang mit dem Strukturplan 2035 des Bundesstaates Selangor, dem zufolge 32 % der Waldfläche im Bundesstaat Selangor erhalten bleiben sollen.

UA-023/2020 – AI-Index: ASA 28/1835/2020 – 25. Februar 2020 – as

AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

Indigene und Menschenrechte – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:
barbara.hermanns@hamburg.de

PHILIPPINEN

PRESSEMITTEILUNG DER VEREINTEN NATIONEN

Genf, 30.04.2020

Indigene und Umweltrechte müssen respektiert werden, sagen Experten der Vereinten Nationen über den Goldabbau in der Mine Didipio, in der Provinz Nueva Vizcaya durch das Goldminenunternehmen Oceanagold.

Eine Gruppe von Experten der Vereinten Nationen fordert von der philippinischen Regierung den Schutz indigener Völker ein. Bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen COVID-19 sollte nicht nur zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen gehandelt werden.

Am 6. April 2020 lösten circa 100 Polizisten gewaltsam einen Protest auf, an dem rund 30 Menschen teilnahmen, die sich für den Schutz indigener Völker und den Umweltschutz einsetzten. Sie hielten drei Öltanker auf, welche auf dem Weg zum Goldminenwerk des Unternehmens Oceanagold in der Provinz Nueva Vizcaya waren.

„Die Protestierenden machten darauf aufmerksam, dass sie gegen den andauernden Goldabbau in der Goldmine Didipio sind. Es hätten friedliche und konstruktive Gesprächsverhandlungen zwischen der Regierung, dem Goldunternehmen und den Aktivisten geführt werden müssen anstelle der gewaltsamen Auflösung des Protests. Die Anwendung von Polizeigewalt war nicht notwendig“, sagen die Experten. Ein Anführer einer indigenen Bevölkerungsgruppe wurde angeklagt, andere Protestierende wurden während der gewaltsamen Auflösung verletzt.

„Indigene Völker sind zusätzlichen negativen Einflüssen während der globalen COVID-19-Pandemie ausgesetzt. Neben der Gefahr, ihre Territorien zu verlieren, haben sie oft erschwerten Zugang zu einer gesundheitlichen Grundversorgung“, sagen die Experten. „Die indigene Gemeinschaft fühlt sich im Stich gelassen. Die Entscheidungen der Regierung erwecken den Eindruck, dass die Einschränkungen durch COVID-19 sich gegen sie richten, nicht aber gegen wirtschaftliche Aktivitäten, welche ohne Zustimmung in ihrer Heimat durchgeführt werden“.

Seit Juni 2019 kommt es immer wieder zu Blockaden am Standort. Das Unternehmen fährt jedoch mit dem Goldabbau fort, trotz abgelaufener Genehmigung. „Die Spannungen werden zunehmen, solange das Unternehmen und die nationale Regierung keine Transparenz in ihrem Vorgehen erkennen lassen und die betroffenen Menschen nicht in die Gesprächsverhandlungen mit einbeziehen“, sagen die Experten.

Die Experten fordern, das gerichtliche Vorgehen gegen den Anführer der dort lebenden indigenen Gruppe fallen zu lassen. Die Unternehmensaktivitäten sollten so lange gestoppt werden, bis indigene und lokale Gemeinschaften sich zu dem Thema äußern konnten und ihre Zustimmung für das weitere Vorgehen abgegeben haben.

Im Februar 2019 traten mehrere Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen in Kommunikation mit der philippinischen Regierung und dem Unternehmen Oceanagold. Sie kritisierten die negativen Einflüsse auf die Umwelt, welche der Goldabbau mit sich bringt, sowie das Nichteinbeziehen der Indigenen und lokalen Gemeinschaften in Gesprächsverhandlung bezüglich der Landnutzung. Die Antwort des Unternehmens erfolgte im April 2019 und ist im Internet abrufbar.

Quelle: Hoher Kommissar der Vereinten Nationen (VN) für Menschenrechte in Zusammenarbeit mit Sonderberichterstattern des Menschenrechtsrats

Übersetzt aus dem Englischen: Anne Zummach
Theko Menschenrechte und indigene Völker

IN EIGENER SACHE

UNSER NEUER GRUPPENFLYER IST DA!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren neuen 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos bestellt werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:
barbara.hermanns@hamburg.de



KAMBODSCHA

URGENT ACTION

UMWELTSCHÜTZER_INNEN SCHIKANIERT

Umweltschützer_innen in der Provinz Kratie
Angehörige des Prey Lang Community Network (PLCN)

Dem Regenwald Prey Lang, einem der wichtigsten Ökosysteme Südostasiens, droht die Vernichtung. In den vergangenen Wochen sind Menschen, die sich für den Schutz des Prey Lang-Walds einsetzen, bedroht, festgenommen und angegriffen worden. Dies ist nicht nur eine Gefahr für den Regenwald und die darin lebenden indigenen Gemeinschaften, sondern auch für die weltweiten Bemühungen um den Klimaschutz.

In den vergangenen Wochen sind Aktivist_innen, die sich für den Schutz des Regenwalds Prey Lang einsetzen, sowohl von Behörden als auch von privatwirtschaftlichen Akteuren schikaniert worden. Die Umweltschützer_innen, die illegale Rodungen in diesem Regenwald anprangern, wurden unter anderem tätlich angegriffen und willkürlich festgenommen. Am 13. März wurden in der Provinz Kratie vier Aktivist_innen, die sich für den Erhalt des Regenwalds einsetzen, festgenommen und inhaftiert, weil sie Hinweisen auf illegale Abholzungsaktivitäten nachgegangen sind. Eine Person wurde dabei geschlagen. Berichten zufolge wird gegen die Aktivist_innen ermittelt.

Nur wenige Wochen zuvor, am 22. Februar, waren Mitglieder des Netzwerks *Prey Lang Community Network* (PLCN) von Angehörigen des Umweltministeriums davon abgehalten worden, an der alljährlichen Zeremonie zur Baumweihe teilzunehmen. Die Veranstaltung wurde willkürlich aufgelöst.

Das PLCN ist ein basisdemokratisches Netzwerk, das mehrheitlich aus indigenen Personen besteht, die sich für den Schutz des Regenwaldes einsetzen. Es wurde 2001 von Angehörigen der lokalen Gemeinschaft gegründet, die etwas gegen die großangelegte illegale Waldabholzung im Prey Lang unternahmen wollten. Das Netzwerk besteht aus Ehrenamtlichen, die im Regenwald Präsenz zeigen, um illegale Rodungen und Wilderei zu verhindern, was mit erheblichen persönlichen Risiken einhergeht. Das PLCN ist mit mehreren internationalen Preisen ausgezeichnet worden, zum Beispiel mit dem Äquatorpreis des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen auf der Klimakonferenz in Paris 2015 und der alljährlichen Auszeichnung der Alexander Soros Foundation im Jahr 2013.

Das kambodschanische Umweltministerium bezeichnet die Aktivitäten des PLCN als illegal, da die Organisation sich nicht unter dem Vereinsgesetz registriert hat (Law on Associations and Non-Governmental Organisations – LANGO). Das Innenministerium hatte hingegen zugesichert, dass das LANGO nicht auf basisdemokratische und gemeindeorientierte Organisationen anwendbar sei. Die Behörden werfen dem PLCN außerdem vor, falsche Berichte über Entwaldung und andere Aktivitäten im Regenwald Prey Lang herausgegeben zu haben. Zu den Strafen für Organisationen, die sich nicht unter dem LANGO eintragen lassen, zählen beispielsweise ein Verbot der Aktivitäten sowie Geldstrafen und manchmal auch die Strafverfolgung der Mitglieder.

Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen hat in der Vergangenheit kritisiert, dass die obligatorische Registrierung unter dem LANGO den Verpflichtungen Kambodschas zuwiderläuft, das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu schützen. Dieses ist in der kambodschanischen Verfassung und in internationalen Menschenrechtsnormen festgeschrieben. Die Drohungen gegen PLCN-Mitglieder sind das jüngste Beispiel dafür, wie das LANGO instrumentalisiert wird, um unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen und basisdemokratischen Aktivismus zu unterdrücken. Als das LANGO im August 2015 eingeführt wurde, übten zahlreiche internationale und kambodschanische Menschenrechtsorganisationen heftige Kritik an dem Gesetz. Amnesty International hatte im Vorfeld gefordert, die Gesetzesvorlage nicht zu verabschieden. Die Organisation befürchtete, dass das LANGO den

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Prey Lang ist der größte zusammenhängende immergrüne Tieflandwald auf dem Festland Südostasiens. Er erstreckt sich über vier kambodschanische Provinzen, auf einer Fläche von 500.000 Hektar. Der Prey Lang-Wald ist ein sogenannter Biodiversitäts-Hotspot, in dem eine große Zahl an bedrohten Pflanzen- und Tierarten beheimatet ist. Der Regenwald ist daher von globaler Bedeutung.

Weltweit spielt der Erhalt der noch verbleibenden Regenwälder eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung eines katastrophalen Klimawandels. Laut den Vereinten Nationen könnte der Wegfall von Emissionen, die durch Waldabholzung verursacht werden, die globalen Netto-Emissionen um bis zu 30 Prozent verringern.

UA-031/2020 – AI-Index: ASA 23/2005/2020 – 20. März 2020 – ar

INDIEN

COVID-19 IN INDIEN: WIE DIE PANDEMIE DIE INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN BEDROHT

Nach einem Bericht der indischen Regierung zur Gesundheitslage der 104 Millionen Indigenen aus dem Jahr 2018 leben diese hauptsächlich in zehn Bundesstaaten und im Nordosten des Landes, fast 90 Prozent von ihnen in ländlichen Gebieten. Die Gesamtzahl der mit COVID-19-Infizierten war aufgrund der eher geringen Durchführung von Tests nicht bekannt. Die Tests sind teuer und wurden nur in den Metropolen durchgeführt. Daher erschien es unwahrscheinlich, dass die Indigenen in naher Zukunft die Möglichkeit haben werden, sich auf das Virus testen zu lassen. (Nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität lagen die Zahlen für Indien am 3.6.2020 bei 208.709 Infizierten, 100.419 Menschen sind wieder genesen und 5.834 verstorben.)

Seit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft in den 1990er-Jahren waren Hunderttausende Indigene in die Metropolen gezogen. Dort arbeiteten sie hauptsächlich im informellen Sektor. COVID-19 hat zu einem Lockdown geführt – die Wirtschaftstätigkeiten des Landes wurden gestoppt und die Betriebe geschlossen. Das bedeutete für die Indigenen auf einen Schlag der Verlust ihrer Arbeitsplätze, des Wohnraums und der Ernährungssicherheit. Die indigenen Arbeitsmigrant/-innen sahen sich daher gezwungen, in ihre Heimatregionen zurückzukehren. Sollten Rückkehrer/-innen mit dem Virus infiziert sein, könnte im schlimmsten Falle das Überleben ganzer Gemeinschaften bedroht sein.

Nach Einschätzung der Autoren des Berichts bedroht die Pandemie einige der gefährdetsten indigenen Gemeinschaften wie die Great Andamanese, Jawaras, Onge, Shompen und die Sentinelese der Inseln von Andamar und Nicobar, denen gemeinsam nicht einmal mehr 1.000 Menschen angehören und die bereits zuvor vom Untergang bedroht waren. Wegen ihres traditionellen engen Familienlebens und geringerer Abwehrkräfte gelten sie als besonders verwundbar.

Am 1. April 2020 wurden in Port Blair, der Hauptstadt der Inseln von Andamar und Nicobar, 2.000 Menschen unter Quarantäne gestellt, nachdem zehn Menschen positiv auf das Virus getestet wurden, die von einer religiösen Feierlichkeit in Neu-Delhi heimgekehrt waren. Indigene befanden sich zwar nicht unter den Betroffenen, aber die Jarawas leben nur 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Die Verwaltung hat die Verbindungsstraße gesperrt und sämtliche Geschäfts- und Fischereiaktivitäten untersagt. Die Gemeinschaften sollten sich tiefer in den Wald zurückziehen, um jeglichen Kontakt nach außen zu vermeiden. Das Innenministerium bezeichnet 75 indigene Völker in 18 Bundesstaaten und den Inseln von Andamar und Nicobar als besonders gefährdet.

Die Regierung hatte zwischen dem 25.3. und 14.4.2020 einen Lockdown mit Ausgangssperre ausgerufen, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Während des Lockdowns waren Tausende indigene Arbeitsmigrant/-innen, die nicht in ihre Herkunftsregion zurückkehren konnten, in den Metropolen gestrandet – ohne Unterkunft und Essen. Es gab zudem Berichte, dass auch in ländlichen Gebieten Indigene unter Nahrungsmittelknappheit und Hunger leiden.

Während alle Menschen in Indien gleichermaßen vom Lockdown betroffen waren, litten die Indigenen im Nordosten des Landes unter Diskriminierung aufgrund ihres „mongolischen Aussehens“ und der Tatsache, dass das Virus erstmals in Wuhan massenhaft aufgetreten war. Zwischen dem 7.2. und dem 25.3.2020 gab es mindestens 22 Fälle von Diskriminierung und Angriffen gegen Indigene, die im Nordosten leben. Zum Teil wurden sie in Zwangsquarantäne geschickt, obwohl sie keinerlei Symptome zeigten. Ihnen wurde der Zutritt zu Wohnanlagen verwehrt oder sie wurden gezwungen, Wohnanlagen oder ein Restaurant zu verlassen. Manchen wurde auch gedroht, aus der eigenen Wohnung vertrieben zu werden.

Wie bereits erwähnt, mussten infolge des landesweiten Lockdowns Hunderttausende Menschen in ihre Heimatregionen zurückkehren. Die meisten mussten Hunderte Kilometer zu Fuß gehen, da keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr fuhren. Zudem mussten sich die Heimkehrer noch 14 Tage in Selbstisolation begeben. Und da die Häuser oder Hütten zu klein sind, um sich zu separieren, verbrachten sie im Distrikt Purulia in Westbengalen diese Zeit außerhalb der Dörfer, schliefen auf Bäumen, in Bussen oder Lastwagen oder in selbstgebaute Zelten.

Hunderte Indigene strandeten ohne eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung. Nach einem Bericht des *The New Indian Express* vom 29.3.2020 mussten etwa 200 Angehörige der Soliga auf Kaffeepflanzungen im Distrikt Koduga ausharren, wobei ihnen die Nahrungsmittel ausgingen. Anderen indigenen Arbeitsmigrant/-innen erging es in diesem Distrikt ähnlich. Nach Bekanntwerden ihrer Situation wurden sie von der Staatsregierung von Karnataka mit Lebensmitteln versorgt.

Ein Indigener, der in der Textilindustrie in Surat beschäftigt war, berichtete, dass 50 von ihnen nicht die Stadt verlassen konnten, weil die Arbeitgeber und Unternehmer die Stadt verlassen und sie daher kein Geld hätten, um sich etwas zu essen zu kaufen. Sie könnten auch nicht die Unterkünfte verlassen, da die Polizei die Ausgangssperre ohne Ausnahmen durchsetze.

Der Lockdown schränkte außerdem die traditionelle Existenzgrundlage der Indigenen erheblich ein, da er in den Zeitraum fiel, in dem die Hochsaison des Verkaufs von sogenannten *Non Timber Forest Products* ist. Darunter fällt der Verkauf unter anderem von Bambus, Honig, Wachs, Heilpflanzen und Kräutern. Nach Aussage des Ministeriums für indigene Angelegenheiten sind diese Verkäufe für Indigene, die in Waldgebieten leben, äußerst wichtig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Insgesamt sind 100 Millionen Menschen, die in Wäldern leben, von diesen Verkäufen abhängig. Die Erlöse, die 20 bis 40 Prozent des jährlichen Einkommens bedeuten, ermöglichen das Überleben in den mageren Zeiten des Jahres. Besonders prekär ist die Situation für Indigene, die als Jäger und Sammler in den Wäldern leben, und für Landlose. Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, hatte die Regierung sämtliche Märkte für diese Produkte geschlossen. Später hat sie einen minimalen Stützungspreis zugesagt.

Indigene haben eine höhere Armutsrate als die Allgemeinbevölkerung. Nach Aussage des Ministeriums für indigene Angelegenheiten lebten bei einer Erhebung in den Jahren 2011 bis 2012 45,3 Prozent der Indigenen auf dem Lande unterhalb der Armutsgrenze und 24,1 Prozent in den Städten. Bei der Gesamtbevölkerung lagen die Zahlen bei 25,7 bzw. 13,7 Prozent. Daher war zu erwarten, dass der Lockdown die Indigenen in den unzugänglichen Gebieten am stärksten trifft, falls die örtlichen Verwaltungen sie nicht mit Nahrung und anderen lebensnotwendigen Gütern versorgen. Schon zuvor litten sie unter Hunger und Mangelernährung, der Lockdown jedoch hat die Hungerkrise verschärft. Am 2. April 2020 berichtete die *Times of India*, dass ca. 70.000 Indigene, die in der Region Barak Valley in Assam auf Teeplantagen beschäftigt waren, seit dem 24. März ohne Löhne und Lebensmittelversorgung waren und Mühe hatten, am Tag wenigstens eine Mahlzeit essen zu können. Insgesamt waren 104 Teeplantagen wegen des Lockdowns geschlossen worden. Staatenlose Indigene wie die Chakmas und Hajongs in Arunachal Pradesh sind besonders verwundbar, da sie in der Corona-Krise nicht einmal staatliche Hilfen erhalten.

Dieser Text basiert auf dem Artikel „COVID-19 in India: Reverse migration could destroy indigenous communities“, der am 6.4.2020 auf der Webseite von IWGIA erschienen ist.

Umfangreiche Quellenangaben und weiterführende Literatur finden Sie in der englischsprachigen Onlineversion:

<https://www.iwgia.org/en/news-alerts/news-covid-19/3549-covid-19-india-reverse-migration.html>

Ruth Oelgeklaus
Koordinationsgruppe Bangladesch

INDIGENEN DROHT DER VERLUST IHRES LANDES – EIN ÜBERBLICK

Soni Sori ist Lehrerin im indischen Bundesstaat Chhattisgarh. Weil sie auf Menschenrechtsverletzungen gegen die Adivasi – wie die Indigenen Indiens kollektiv bezeichnet werden – aufmerksam machte, wurde sie für über drei Jahre auf Basis politisch motivierter Vorwürfe inhaftiert. In Haft wurde sie misshandelt und gefoltert. Sie ist kein Einzelfall.



Soni Sori © Garima Jain/Tehelka

Die Adivasi, die in den kohlefördernden Staaten Indiens leben, sehen sich immer wieder Ausbeutung und der Missachtung ihrer Rechte ausgesetzt. 2019 war Indien der weltweit drittgrößte Produzent von Kohle, woraus ein Drittel der landesweiten Elektrizität gewonnen wird. Der Großteil der Vorkommen – sowie große Vorkommen anderer Rohstoffe wie Bauxit – befindet sich im Zentrum und Osten des indischen Subkontinents. Hier vor allem unter den Wäldern, in denen der Großteil der indigenen Bevölke-

lung lebt. Die Rechte und Anliegen der Adivasi werden meist ignoriert, wenn es um die Erschließung weiterer Rohstoffvorkommen geht.¹ So berichteten Adivasi aus Raigarh in Chhattisgarh Amnesty davon, dass sie durch Drohungen, Einschüchterungen und falsche Informationen dazu gebracht wurden, ihr Land an Strohmänner zu verkaufen.² In vielen Fällen erhielten sie jedoch keine oder nicht die ganze vereinbarte Zahlung.³

Pavitri Manjhi – die Gemeinderatsvorsitzende des Adivasi-Dorfs Bhengari, für die sich Amnesty International im Rahmen des Briefmarathons 2018 einsetzte – beschreibt, dass den Bewohner/-innen ihres Dorfes mitgeteilt wurde, die Staatsregierung habe das Land bereits dem Bergbauunternehmen TRN Energy zugesichert. Dies wäre ein Verstoß gegen das Recht der Adivasi auf *free, prior and informed consent* (also ihre vorige, informierte und freiwillige Zustimmung), wie sie in Artikel 10 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker festgehalten ist. Für den Fall, dass die Dorfbewohner ihr Land nicht verkaufen, wurde eine Besetzung des Landes angedroht.⁴ Pavitri Manjhi bewegte zahlreiche Dorfbewohner/-innen dazu, Anzeige zu erstatten und sich gegen eine erzwungene Landnahme zu wehren. Sie wurde bedroht, eingeschüchtert und dazu gedrängt, für ein Zurückziehen dieser Klagen zu sorgen. Obwohl sie dies laut eigenen Angaben der Polizei meldete, wurde kein Strafverfahren eingeleitet. Auch sie ist kein Einzelfall.

Zahlreiche Adivasi-Gemeinschaften wurden in den vergangenen Jahrzehnten bereits aus ihrem angestammten Land vertrieben und so ihrer Lebensgrundlage beraubt. Adivasi, die auf diese Missstände aufmerksam machen, werden oft eingeschüchtert, angegriffen oder willkürlich inhaftiert.⁵

Auch die aktuelle Covid-19-Pandemie benachteiligt die Adivasi stark. Die großen Rohstoffunternehmen sind ein wichtiger Wirtschaftszweig – weswegen sie ihre Minen auch während der Pandemie weiter betreiben dürfen.⁶ Dagegen können viele Adivasi durch die Sperrung von Märkten ihre Waren nicht verkaufen oder ihren Lebensunterhalt nicht als Wanderarbeiter bestreiten. Millionen Adivasi sind wirtschaftlich vom Wald abhängig, die Pandemie hat jedoch sowohl die Produktion von Waren als auch deren Nachfrage aufgrund der Schließung der Märkte einbrechen lassen. Die Adivasi sind von Covid-19 jedoch nicht nur wirtschaftlich bedroht. Das Gesundheitswesen in den von ihnen bewohnten Gebieten ist meistens schlecht ausgebaut, was sie im Falle einer Infizierung einem erhöhten Risiko aussetzt.⁷ Da zudem viele Arbeitsmigrant/-innen aufgrund der Ausgangsbeschränkungen in ihre Heimatdörfer zurück-

¹ Amnesty International UK, Standing up to abuses in the coal-mining communities of India, 19.09.2019: <https://www.amnesty.org.uk/india-coal-mining-human-rights-ativasi-soni-sori>; zuletzt aufgerufen am 20.05.2020.

² In vielen Staaten Indiens ist der Verkauf von indigenem Land nur an andere Indigene zulässig, daher werden Adivasi aus anderen Landesteilen oftmals als vermeintliche Käufer vorgeschoben, um die wahren Besitzstrukturen zu verschleiern. Verbote des Landverkaufs und Maßnahmen zur Wiederherstellung angestammten Landbesitzes finden oft keine Anwendung. (vgl. International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), The Indigenous World 2020, Kopenhagen, 2020, S. 238).

³ Amnesty International India, The Adivasis Fight Back, 15.06.2017: <https://amnesty.org.in/adivasis-fight-back/>; zuletzt aufgerufen am 20.05.2020.

⁴ Ebd.

⁵ Amnesty International UK, Standing up to abuses in the coal-mining communities of India, 19.09.2019: <https://www.amnesty.org.uk/india-coal-mining-human-rights-ativasi-soni-sori>; zuletzt aufgerufen am 20.05.2020.

⁶ Auch der Transport von Kohle und Mineralien in und aus besonders von Covid-19 betroffenen Gebieten bleibt möglich. Einige Gemeinden versuchten daher die durch ihre Orte führenden Straßen zu sperren. Die Polizei verhinderte dies.

⁷ Nihar Gokhale, A virus in the woods; 08.05.2020 in The Hindu – Business Line: https://www.thehindubusinessline.com/blink/know/a-virus-in-the-woods/article31532258.ece?fbclid=IwAR0Etj_3elag368U2zLCK5xoNS4t08EILIGimwYLMk9OnM0NvCoq4iLGo; zuletzt aufgerufen am 14.05.2020. 75 Gemeinschaften wurden als „besonders gefährdet“ eingestuft – von diesen umfassen einige deutlich weniger als einhundert Einwohner/-innen und waren bereits zuvor massiv in ihrer Existenz bedroht.

kehren mussten besteht die Gefahr, dass sich das Virus auch in zuvor nicht betroffenen Gebieten ausbreitet.⁸

Die Bergbauunternehmen genießen oftmals die Unterstützung der indischen Behörden, da sie Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Die Adivasi, auf deren Land die Rohstoffe liegen, spielen in diesen Kalkulationen meist keine Rolle. Ihr Recht auf Entschädigung wird oft missachtet. Laut Angaben eines Ministers im indischen Unterhaus erhielten von den rund achteinhalb Millionen Adivasi, die zwischen 1951 und 1990 durch Minen, Wasserkraft und Industrie um ihr Land gebracht wurden, nur knapp über zwei Millionen eine Entschädigung vom indischen Staat.⁹ Das Land, auf das sie umgesiedelt wurden, war jedoch oftmals für die Bewirtschaftung unbrauchbar.

Der indische Bergbaukonzern Adani beteiligt sich zudem finanziell an der Errichtung von Schulen, die sich damit rühmen, eine „soziale Transformation“ indigener Kinder anzustreben. Dies folgt dem in Indien weit verbreiteten Verständnis, dass die Adivasi „zivilisiert“ und in die Mehrheitsgesellschaft eingegliedert werden müssten. Aktivist/-innen wie Soni Sori stellen sich gegen diese Schulen, da sie es als deren Agenda sehen, die Kinder von der Kultur der Adivasi und somit von ihrer Gemeinschaft zu entfremden. Dies würde zudem künftige Landnahmen erleichtern.¹⁰

Es gibt einige Gesetze, welche die Rechte der Adivasi schützen und eine Enteignung ihres Landes ohne Einverständnis verhindern sollen. Diese finden allerdings nur selten Anwendung. Eines der zentralen Gesetze, das die Anerkennung der Rechte der Adivasi auf ihr angestammtes Land sicherstellen soll, ist der 2006 verabschiedete *Forest Rights Act* (FRA). Die indische Sektion von Amnesty International und viele lokale Verbände kritisieren jedoch die Umsetzung des FRA. Zur Anerkennung ihrer Landrechte stehen den Adivasi hohe bürokratische Hürden, Desinteresse der Behörden, sowie die weit verbreitete Korruption im Weg. Selbst die Regierungen einiger Bundesstaaten haben anerkannt, dass zahlreiche Anträge zu Unrecht zurückgewiesen wurden. In zahlreichen Fällen wurde nur das Recht auf Teile des traditionell genutzten Landes bestätigt. In einigen Fällen wurden sie abgewiesen, da das Land zur Gewinnung von Bodenschätzen vorgesehen sei.

Bodenschätze sind nicht der einzige Grund, warum Adivasi von ihrem Land vertrieben werden. Einige leben auch in Gebieten, welche die Regierung als Schutzgebiete für bedrohte Tiere – wie zum Beispiel Tiger – festgelegt hat. Auch hier kommt es immer wieder zu illegalen Vertreibungen. Zur Bekämpfung vermeintlicher Wilderer werden in vielen Schutzgebieten auf Verdacht Schusswaffen eingesetzt. Einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich dem Schutz wilder Tiere verschrieben haben, beschwerten sich beim obersten Gerichtshof, der FRA habe zum Rückgang des Waldbestands und somit des Lebensraums wilder Tiere geführt. Der Gerichtshof ordnete daraufhin im Februar 2019 an, die Bundesstaaten sollten begründen, warum Menschen, deren Ansprüche zurückgewiesen wurden, nicht zur Räumung gezwungen worden waren. Zwangsräumungen aufgrund abgewiesener Anträge könnten zur Vertreibung von über einer Million Menschen führen.¹¹ Aakar Patel von Amnesty International in Indien

⁸ Dilip Chakmar und Paritosh Chakma, COVID-19 in India: Reverse migration could destroy indigenous communities, 06.04.2020: <https://www.iwgia.org/en/india/3550-covid-19-india-reverse-migration.html>; zuletzt aufgerufen am 14.05.2020.

⁹ International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA): *The Indigenous World 2019*, Kopenhagen, 2019.

¹⁰ Survival International: „Unverschämt und schamlos“: Adani-Konzern eröffnet Indigenen-Internat, nachdem er Lebensgrundlage Tausender Indigener zerstört hat, 13.01.2020: <https://www.survivalinternational.de/nachrichten/12317>; zuletzt aufgerufen am 20.05.2020.

¹¹ Survival International, Disaster as Indian Supreme Court orders eviction of 8 million tribespeople, 21. Februar 2019: <https://www.survivalinternational.org/news/12083>; zuletzt aufgerufen am 03.06.2020. Die Schätzungen der genauen Anzahl gehen weit auseinander. Survival International geht von bis zu acht Millionen Betroffenen aus.

betont, dass der FRA historische Ungerechtigkeiten gegenüber den Adivasi korrigieren solle. Die angeordnete Vertreibung würde dieses Unrecht jedoch wiederholen und zu weiteren Problemen führen.¹²

Kurz nach der gerichtlichen Anordnung – und darauffolgenden Massenprotesten – wurde die Umsetzung der Umsiedlungen ausgesetzt und zahlreiche Fälle werden nun erneut geprüft. Bis heute sind keine Vertreter der Regierung vor Gericht erschienen, um das Gesetz zu verteidigen – wie es sonst in Indien üblich ist. Das Verfahren läuft weiter – für die Betroffenen gibt es aktuell keine rechtliche Klarheit und ihre Vertreibung droht weiterhin. Seit der Anordnung von Räumungen werden zudem kaum neue Anträge auf Anerkennung bearbeitet. Vertreibungen aus Schutzgebieten sind damit jedoch nicht komplett ausgesetzt. Während der aktuellen Pandemie wurden im Bundesstaat Odisha Adivasi-Dörfer in Schutzgebieten abgerissen, wodurch die Familien ohne Unterkunft blieben. Zudem kursierte 2019 ein Entwurf zur Reform der Waldverwaltung. Dieser hätte weite Teile des FRA außer Kraft gesetzt und die Wälder für die Bewirtschaftung durch Privatunternehmen geöffnet. Zudem hätte eine derartige Reform den Behörden den Einsatz von Schusswaffen ermöglicht, ohne dass sie für einen unverhältnismäßigen Einsatz Konsequenzen hätten fürchten müssen. Der Reformentwurf wurde nach zahlreichen Protesten wieder zurückgezogen. Viele Aktivist/-innen befürchten jedoch, dass er in abgewandelter Form wieder auf den Tisch kommen könnte.

Eine zusätzliche Gefahr könnte die Implementierung des *National Register of Citizens* (NRC) darstellen. Dieses sieht eine Registrierung aller indischen Bürger/-innen vor, welche diese zunächst nachweisen müssen. Viele Adivasi – ebenso wie andere marginalisierte Gruppen – verfügen nicht über die Dokumente, die zum Nachweis verlangt werden. Zahlreiche Gemeinschaften haben nie über derartige Dokumente verfügt oder besitzen diese nicht mehr. Vor allem vertriebene Gemeinschaften und nomadisch lebende Gruppen werden hierdurch benachteiligt. Sie drohen daher, durch das NRC staatenlos zu werden. Ein Pilotprojekt zum NRC wurde bereits im nordöstlichen Bundesstaat Assam durchgeführt. Dort wurden über einhunderttausend Adivasi vom NRC ausgeschlossen. Eine Implementierung des NRC auf Bundesebene könnte für Millionen Adivasi den Verlust ihrer Staatsbürgerschaft bedeuten. In Assam wurden die nicht vom NRC erfassten Menschen als vermeintliche illegale Ausländer in sogenannten *detention centres* eingesperrt. Aus diesen Zentren gibt es Berichte von Folter und durch die Haftbedingungen verursachte Todesfälle.¹³ Die Inhaftierung von ganzen Adivasi-Gemeinden aufgrund des NRC bedroht zudem ihre Heimatgebiete, die damit für Landnahmen geöffnet werden könnten. Der eng mit dem NRC verbundene *Citizenship Amendment Act* (CAA), der erstmals in der indischen Geschichte die Staatsbürgerschaft an gewisse Religionszugehörigkeiten bindet, erkennt zudem nur die größten Religionen Indiens an und droht somit die Religion und Kultur der Adivasi zu diskriminieren.¹⁴

David Weiß

Theko Menschenrechte und indigene Völker

¹² Amnesty International India, Devastating Supreme Court Ruling Could Render Over A Million Indigenous People Homeless, 21.02.2019: <https://amnesty.org.in/news-update/india-devastating-supreme-court-ruling-could-render-over-a-million-indigenous-people-homeless/>; zuletzt aufgerufen am 21.05.2020.

¹³ Gladson Dungdung: Indian citizenship laws have deep impact on Adivasis, 05.02.2020: <https://www.iwgia.org/en/india/3536-nrc-impact-adivasis.html>

¹⁴ Survival International: India's indigenous peoples under attack by Modi government and conservationists: <https://survivalinternational.org/articles/India-indigenous-under-attack>; zuletzt aufgerufen am 21.05.2020.

NIGERIA

VOR GERICHT: SHELL UND SEIN UMGANG MIT MENSCHENRECHTEN



Warnschild an einem mit Öl verseuchten Flussarm im Niger-Delta © Amnesty International

In einer Reihe von Gerichtsverfahren muss sich Shell 2020 endlich der rechtlichen Würdigung seiner Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in Nigeria stellen. Die Vorwürfe reichen von Mitverantwortung für außergerichtliche Hinrichtungen bis zu systematischer Umweltverschmutzung.

Amnesty International hat über 20 Jahre lang Beweise zusammengetragen. Im aktuellen Amnesty-Bericht "On Trial: Shell in Nigeria" fasst Amnesty jene fünf Fälle zusammen, bei denen sich Shell aktuell für die Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsvorwürfen in Nigeria vor Gericht verantworten muss.

Da es kaum möglich ist, direkt in Nigeria Rechtsansprüche geltend zu machen, werden die Verfahren in den Niederlanden und in Großbritannien geführt. Sie könnten Präzedenzfälle schaffen, um in Zukunft multinationale Unternehmen für Rechtsverletzungen in Gastländern in den Staaten ihres Hauptsitzes zur Verantwortung zu ziehen.

„Shell ist verpflichtet, die Menschenrechte der Menschen im Niger-Delta zu respektieren, so müsste der Konzern Umweltverschmutzungen durch Erdöl verhindern und Schäden durch ausgelaufenes Öl beseitigen.“

Mathias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty in Deutschland

"Nach internationalen Regeln muss Shell seiner Verantwortung für die Menschenrechte nachkommen, ohne dass dies gerichtlich durchgesetzt werden muss. Shell ist verpflichtet, die Menschenrechte der Menschen im Niger-Delta zu respektieren, so müsste der Konzern Umweltverschmutzungen durch Erdöl verhindern und Schäden durch ausgelaufenes Öl beseitigen", so Mathias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty Deutschland. "Diese Verpflichtungen für die Menschenrechte hat Shell jahrzehntelang konsequent missachtet. Daher ist zu hoffen, dass die Gerichte jetzt Gerechtigkeit für die Menschen in Nigeria herbeiführen und Shell dazu bringen, seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einzuhalten."

Amnesty International fordert eine Änderung der Unternehmenspolitik von Shell: Der Konzern muss endlich entlang seiner ganzen Wertschöpfungskette die Menschenrechte achten, Maßnahmen zu deren Schutz verankern und Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit aufarbeiten, anstatt sie entgegen aller Beweise weiter zu leugnen.

HINTERGRUND

Aktuell begleitet Amnesty International vier Klageverfahren gegen Shell vor Gerichten in Großbritannien und den Niederlanden, in denen der Shell Mutterkonzern seine Hauptsitze hat, sowie eins in Italien, das neben Shell den italienischen Ölkonzern ENI betrifft, der ebenfalls in Nigeria aktiv ist.



© Pierre Crom/Getty Images

VERFAHREN GEGEN SHELL, DIE VON AMNESTY BEGLEITET WERDEN:

- **Kiobel gegen Shell:** Im ersten Gerichtsverfahren werden Esther Kiobel und drei weitere Frauen angehört, die Shell der Mittäterschaft an der unrechtmäßigen Verhaftung, Inhaftierung und außegerichtlichen Hinrichtung ihrer Ehemänner im Jahr 1995 beschuldigen. Die Frauen fordern eine Entschädigung und öffentliche Entschuldigung. Die Hinrichtungen waren Höhepunkt des Versuches von nigerianischer Militärregierung und Shell, Umweltproteste insbesondere der Ogoni im Nigerdelta mit Hilfe von Militär und Sicherheitskräften zum Schweigen zu bringen.
- **Vier Fälle von Bauern:** Im Mai 2020 wird die letzte Anhörung von vier nigerianischen Bauern und der Organisation Friends of the Earth erwartet. Sie fordern von Royal Dutch Shell sowie der nigerianischen Tochtergesellschaft Shell Petroleum Development Company (SPDC) Entschädigungen für Schäden an Teichen und Land. Dies war der erste Fall, in dem ein niederländisches Unternehmen vor einem niederländischen Gericht wegen der Tätigkeit einer Tochtergesellschaft im Ausland verklagt wurde.
- **Okpabi und andere:** Im Juni 2020 wird der Oberste Gerichtshof Großbritanniens eine Berufung gegen Shell und SPDC verhandeln. Die Gemeinden Ocale und Bille sagten aus, jahrelang unter systematischer Umweltverschmutzung durch Öl gelitten zu haben. Das Gericht wird entscheiden, ob es in der Frage der Haftbarkeit von Royal Dutch Shell für die Handlungen der Tochter SPDC fortfahren kann.
- **Bodo:** Im Jahr 2008 lief aufgrund schlecht gewarteter Pipelines fünf Wochen lang kontinuierlich Rohöl in einen Wasserlauf nahe dem Ort Bodo. Zwar kam es zu einer Einigung, jedoch steht die Säuberung der Wasserwege durch Shell noch aus.
- **Der Korruptionsfall "OPL 245":** Die italienische Staatsanwaltschaft hat Klage gegen Shell und den multinationalen Ölkonzern Eni wegen der mutmaßlichen Beteiligung an einem Bestechungssystem von über 1,3 Milliarden US-Dollar für die Übertragung einer nigerianischen Öllizenz erhoben. Ein Schuldspruch könnte zu Gefängnisstrafen führen. Shell bestreitet bislang alle Anschuldigungen.



VERANTWORTUNG FÜR UMWELTVER- SCHMUTZUNG UND MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN

Die Fälle stehen beispielhaft für die Unternehmensstruktur, die bisher verhindern konnte, dass Shell sich für seine Taten verantworten musste. Shell behauptete, dass es nicht für die Handlungen seiner Tochtergesellschaft verantwortlich ist, obwohl es 100 Prozent der Tochter besitzt und ihre Gewinne erhält.

Unternehmenseigene Berichte zeigen, dass Shell in den Jahren 2011 bis 2018 insgesamt 1.010 Pipeline- und Brunnenlecks in Nigeria gemeldet hat. Shell schreibt die meisten Vorfälle Diebstahl und Sabotage zu. Doch Recherchen von Amnesty und des Centre for the Environment, Human Rights and Development zeigen, dass die Angaben aus fehlerhaften Verfahren hervorgehen und es oft an Unabhängigkeit und Aufsicht mangelt.

"Die Aktivitäten von Shell haben zur Vergiftung des Wassers geführt und die Landwirtschaft zum Stillstand gebracht, aber das gerichtliche Gerangel um die Frage, ob Royal Dutch Shell oder die Tochter für diesen Schaden verantwortlich ist, bedeutet, dass Shell sich bislang nicht vor Gericht dafür verantworten musste. Dies wird sich in diesem Jahr hoffentlich ändern", so John.

Die Online-Version dieses Artikels samt Link zum englischsprachigen Amnesty-Bericht „On Trial: Shell in Nigeria“ finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/nigeria-vor-gericht-shell-und-sein-umgang-mit-menschenrechten>

KENIA

INDIGENE GRUPPE DER SENGWER



Zwei Angehörige der Sengwer, 2018. © Amnesty International

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – DEZEMBER 2019

Die kenianische Regierung hat Tausende Menschen aus ihrem angestammten Waldgebiet vertrieben. Die indigene Bevölkerungsgruppe der Sengwer lebt seit Jahrhunderten im Embobut-Wald. Die Behörden gehen jedoch seit Jahren massiv gegen die Sengwer vor, angeblich um den Wald zu schützen. Seit 2012 haben Angehörige der Forstverwaltung und der Polizei schätzungsweise 2.600 Häuser der Sengwer im Embobut-Wald niedergebrannt; dabei verloren etwa 4.600 Menschen ihr Zuhause. Anfang 2018 erschossen Waldhüter sogar einen Sengwer, ein weiterer wurde schwer verletzt. Die Lebensgrundlagen und die kulturelle Identität der Bevölkerungsgruppe sind bedroht. Sengwer, die bereits aus dem Wald vertrieben worden sind, leben häufig in Armut. Obwohl Gerichte mehrfach den Schutz der Sengwer angeordnet haben, hält das gewaltsame Vorgehen der Behörden an. Am 29. Dezember 2019 jährt sich zum zweiten Mal der Beginn einer massiven Zwangsräumungsaktion gegen die Sengwer. Dies nehmen wir zum Anlass, erneut gegen ihre Vertreibung zu protestieren.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den kenianischen Präsidenten und dringen Sie darauf, dass er sich dafür einsetzt, dass die Sengwer in Frieden und Freiheit auf ihrem traditionellen Land leben können. Er soll außerdem dafür sorgen, dass umgehend eine unabhängige Untersuchung der Zwangsräumungen und gewalttätigen Übergriffe im Embobut-Wald eingeleitet wird. Die Sengwer sollten als Besitzer_innen des Waldes anerkannt werden, und es sollte gemeinsam mit ihnen überlegt werden, wie er erhalten werden kann.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/indigene-gruppe-der-sengwer-0>

ANGOLA

URGENT ACTION

AKTIVIST_INNEN BEDROHT

MITGLIEDER DER NGO *MBAKITA*

In der angolanischen Provinz Cuando Cubango werden Mitglieder der Nichtregierungsorganisation *MBAKITA* drangsaliert, mit dem Tode bedroht und angegriffen, weil sie sich für die Rechte von ethnischen Minderheiten einsetzen.

Mitglieder der Nichtregierungsorganisation *MBAKITA* sind in der Provinz Cuando Cubango Einschüchterungsversuchen, Morddrohungen und Angriffen ausgesetzt. Amnesty International ist der Ansicht, dass *MBAKITA*-Mitglieder so davon abgehalten werden sollen, sich für die Rechte von Angehörigen ethnischer Minderheiten einzusetzen und Korruption in der Region anzuprangern.

Am 17. und 23. April sowie am 11., 12. und 13. Mai verschafften sich unbekannte bewaffnete Männer Zutritt zum Haus von Pascoal Baptistiny, dem Geschäftsführer von *MBAKITA*. Die Männer überwältigten zwei Wachmänner und nahmen zahlreiche elektronische Geräte mit, darunter drei Computer und eine Videokamera sowie einige Speicherkarten und Mobiltelefone. In den vergangenen Jahren sind Pascoal Baptistiny und andere *MBAKITA*-Mitglieder bereits einige Male angegriffen worden.

Mitglieder von *MBAKITA* haben in den vergangenen Jahren außerdem regelmäßig anonyme Morddrohungen und Drohanrufe erhalten, wie z. B. diese: „Wir kennen Herrn Pascoal... Wenn du weiterhin über Probleme der [indigenen Gemeinschaft der] San berichtest, könnte es sein, dass du und deine Familie verschwinden“; „Das Büro wird durchsucht und du kannst nichts dagegen tun, verschwende also keine Zeit damit, es der Polizei zu melden“; „Hör damit auf, oder du wirst sterben und deine Familie auch“; „Die indigene Gemeinschaft braucht keinen Erlöser“. Im April 2020 legten 17 *MBAKITA*-Aktivist_innen ihre Arbeit für die Organisation nieder, weil sie weitere Vergeltungsmaßnahmen befürchteten. Am 11. Mai erhielt Pascoal Baptistiny 15 anonyme Drohanrufe.

MBAKITA hat auf der Polizeiwache von Menongue in den vergangenen zwei Jahren bereits mehrfach Anzeige erstattet wegen Morddrohungen, Drangsalierungen und anonymer Drohanrufe. Bisher sind allerdings keinerlei Maßnahmen ergriffen worden, um die Betroffenen zu schützen, die Vorfälle zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die NGO *MBAKITA* verteidigt seit 2002 die Rechte von Angehörigen der indigenen Gemeinschaft der San und anderer Gemeinschaften im Süden von Angola. Seit 2018 werden *MBAKITA*-Mitglieder zunehmend eingeschüchtert und drangsaliert. In einigen Fällen kam es sogar zu Folter, Verschwindenlassen oder Tötungen. Die Verantwortlichen sind bisher stets straffrei ausgegangen und die Drohungen und Angriffe wurden nicht angemessen untersucht.

Am 16. April erhielt Pascoal Baptistiny diesen anonymen Anruf: „Wir wissen Bescheid über den Wagen, der zu den Gemeinschaften fährt, den wirst du nicht mehr benutzen können.“ Am selben Abend wurde das Auto der Organisation beschädigt, was es den Mitgliedern unmöglich macht, die indigenen Gemeinschaften zu besuchen.

Am 17. April um etwa 1.30 Uhr morgens brachen drei verummte und bewaffnete Männer in das Haus von Pascoal Baptistiny ein. Sie überwältigten zwei Wachmänner und nahmen zwei Computer und eine Videokamera sowie einige Speicherkarten und Mobiltelefone mit. In der Nacht vom 23. April verschafften sich erneut Unbekannte Zutritt zum Haus von Pascoal Baptistiny und stahlen einen Computer. In der Nacht vom 12. Mai unternahmten zwei Männer einen Einbruchsversuch. Am Abend zuvor hatten ebenfalls zwei Männer versucht, sich Zutritt zu dem Haus zu verschaffen, wurden aber von den Wachmännern daran gehindert. Pascoal Baptistiny rief die Polizei, die nach zwei Stunden bei ihm eintraf.

Am 15. April veröffentlichte Amnesty International Informationen über einen Angriff der Polizei auf neun MBAKITA-Mitglieder und wie diese am 2. April während einer COVID-19-Sensibilisierungskampagne in Cuando Cubango willkürlich inhaftiert wurden. Es wird befürchtet, dass die jüngsten Angriffe und Drohanrufe damit in Verbindung stehen könnten.

Die jüngsten Vorfälle sind Teil eines Musters von Drangsalierungen und Einschüchterungen von MBAKITA-Mitgliedern in der Provinz Cuando Cubango. Aus Furcht um die Sicherheit ihrer Familien haben die Betroffenen die Morddrohungen und tätlichen Angriffe nicht öffentlich gemacht.

Auch Angehörige der katholischen Kirche werden zunehmend wegen ihrer Menschenrechtsarbeit ins Visier genommen. Am Abend des 28. April brachen drei unbekannte Männer in das Gebäude des katholischen Radiosenders *Radio Eclésia* ein und beschädigten die Sendeausrüstung. *Radio Eclésia* konnte daher am 29. und 30. April keine Nachrichten senden.

Am 11. April wurde Pater Júlio Alberto Carlos von der Diözese Menongue ohne Haftbefehl im Pfarrhaus *Cristo Rei* von der Polizei festgenommen. Der Pater ist ein öffentlicher Verfechter der Rechte der San. Pater Júlio Alberto Carlos wurde in einem summarischen Gerichtsverfahren zu einer Geldstrafe verurteilt.

UA-071/2020 – AI-Index: AFR 12/2302/2020 – 13. Mai 2020 – ar

NAMIBIA

AKTIVISTINNEN DER SAN KÄMPFEN FÜR BILDUNG, LAND UND DEN ERHALT IHRER TRADITIONEN

Wie viele südafrikanische Länder leben auch in Namibia zahlreiche Ethnien, von denen sich einige als indigene Völker identifizieren. Unter diesen sind die Herero, die traditionell von der Viehhaltung gelebt haben, und ehemalige Jäger und Sammler wie die Damara oder die San. Die *International Work Group for Indigenous Affairs* (IWGIA) gibt den Anteil Indigener an der Gesamtbevölkerung Namibias für 2019 mit etwa 8 % an – maximal 1,3 % machen die San („Buschleute“) aus.¹ Heute führen Mitglieder der San verschiedenste Lebensweisen, gehören aber auch zu den ärmsten und marginalisiertesten Gruppen Namibias. So ist ihr Zugang zu einer adäquaten medizinischen Versorgung stark eingeschränkt, da die wenigen Ärztinnen und Ärzte in ländlichen Gebieten nur selten indigene Sprachen sprechen und zudem die Umsetzung der namibischen Bildungspolitik für indigene Gemeinschaften starke Mängel aufweist.² Laut IWGIA haben ca. 80 % der San in Namibia ihr angestammtes Land und den Zugang zu dessen Ressourcen verloren, und sie sind auch weiterhin von illegalen Aktivitäten rund um oder auf ihrem Land bedroht.

Gleichzeitig bezeichnet IWGIA die Situation für Indigene und andere Minderheiten in Namibia in ihrem jährlichen Bericht *The Indigenous World* als „verhalten optimistisch“. Diese Hoffnung sei aber eng damit verknüpft, dass die namibische Regierung die Probleme und Anliegen der indigenen Bevölkerung ernst nimmt und ihre eigenen Richtlinien konsequent verfolgt. Seit etwa sieben Jahren wird ein „draft white paper“ zu den Rechten indigener Völker in Namibia entwickelt³, auf dessen endgültige Fassung sich Regierungs- und Indigenenvertreter/-innen im Dezember 2019 auf einem Treffen in Swakopmund geeinigt haben. Das Papier soll nun im Parlament angenommen werden und an seine Umsetzung sind starke Hoffnungen geknüpft.

Diese vielversprechende Entwicklung ist auch Ergebnis der jahrelangen Bemühungen indigener Aktivist/-innen, die sich für die Rechte ihrer Gemeinschaften einsetzen. Amnesty International hat Kontakte zu einigen dieser Aktivistinnen der San geknüpft und sie in ihrer Arbeit gefördert.

Eine dieser Aktivistinnen ist Tertu X'aga Fernandu, Mitgründerin und Vorsitzende des *//ana-Jeh San Trust*, der aus Studierenden in Windhoek besteht und sich für das Recht auf Bildung junger San in ganz Namibia einsetzt.⁴ Wie oben erwähnt, stehen junge San vor ungleich größeren Problemen als Nicht-

¹ Mamo, D. (ed.), 2020. *The Indigenous World*, 34th ed., International Work Group for Indigenous Affairs, <https://www.iwgia.org/en/resources/indigenous-world>

² *Guide to Indigenous Peoples' Rights in Namibia*, Publikation des namibischen Ombudsman Office und des International Labour Office (ILO), ohne Datumsangabe aber etwa 2012 publiziert: <https://www.ombudsman.org.na/wp-content/uploads/2016/11/Indigineous-peoples-rights.pdf>

³ <https://www.na.undp.org/content/namibia/en/home/presscenter/speeches/2017/03/09/advancement-of-the-white-paper-the-rights-of-indigenous-peoples-in-namibia.html>, aufgerufen am 10.06.2020

⁴ <https://anadijeh.wordpress.com/>, aufgerufen am 10.06.2020

Indigene, wenn sie in Namibia studieren wollen. Junge San haben aufgrund der vielen Hürden, eine gleichwertige Schullaufbahn abzuschließen, verschlechterte Startvoraussetzungen an der Universität in Windhoek. Sie sind darum öfters von Diskriminierungen im Studienalltag und im schlimmsten Fall vom Ausschluss vom Studium aufgrund schlechter Leistungen bedroht.⁵

Diese Situation ergibt sich bereits aus der fehlenden Unterstützung für indigene Schulkinder, die Tertu in einem Blog auf der Website des *San Youth Network* (SYNet) beschrieben hat.⁶ San Gemeinden verfügen oft nicht über ausreichende Bildungsressourcen und Schuleinrichtungen und die Schüler/-innen können nicht mit Unterrichtsmaterialien in ihrer Muttersprache lernen. Der daraus resultierende niedrigere Bildungsstandard indigener Kinder und Jugendlicher führt regelmäßig zu Diskriminierung und Geringschätzung durch Lehrkräfte, die meistens anderen Ethnien angehören. Mädchen stehen dabei vor noch größeren Herausforderungen, da sie vielfach von sexueller Belästigung bis hin zu Vergewaltigungen, dem Fehlen von grundlegenden Sanitärartikeln und frühen Schwangerschaften aufgrund ungeregelter Beziehungen und fehlenden Wissens um Verhütung betroffen sind. Dabei steht die Bildung junger Mädchen sogar in einem direkten Konflikt mit traditionellen Ritualen des San. Nach der ersten Menstruation werden San Mädchen durch ein Initiationsritual offiziell in den Kreis der erwachsenen Frauen aufgenommen, wofür sie oft die Sekundärstufe unterbrechen müssen. Dies verstärkt das Zurückfallen hinter den durchschnittlichen Bildungsstandard. Mit ihrer NGO *//Ana-Jeh* arbeitet Tertu auch daran, San Gemeinden über ihre grundlegenden Rechte als Indigene in Namibia aufzuklären und den Zugang für junge San zum Schulsystem zu verbessern und möglichst mit ihren Traditionen in Einklang zu bringen.

Amnesty International hat zusammen mit anderen NGOs und Initiativen die *Women Human Rights Defenders (WHRDs) Advocacy Week* im Rahmen der 43. Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats in Genf im März 2020 organisiert und unter anderem Tertu als Teilnehmende eingeladen.⁷

Eine weitere von Amnesty International unterstützte Aktivistin ist Sarah Zungu, Ratsmitglied der *traditional authority* der Ju/'Hoansi, einer Gruppe der San im nördlichen Namibia.⁸ Daneben ist sie auch Vorsitzende der *N#a Jaqna Conservancy*, eines Gebiets, das zum Schutz der Landschaft und Biodiversität von den Ju/'Hoansi verwaltet wird und auf dem sie mit traditionellen Methoden ein nachhaltiges Ressourcenmanagementkonzept umsetzen.⁹

⁵ <https://sanyouthnetwork.wordpress.com/2015/11/02/tertu-xaga-fernandu-from-namibia-self-talk/>, aufgerufen am 10.06.2020

⁶ Tertu X'aga Fernandu, *San Girl Child' Experiences in Schools* (05.05.2016): <https://sanyouthnetwork.wordpress.com/category/education/>, aufgerufen am 10.06.2020

⁷ <https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3019992020ENGLISH.pdf>, aufgerufen am 10.06.2020

⁸ Zusammenfassung eines Interviews in: *Changing Power, Fighting Discrimination. A call to action to recognise and protect women human rights defenders*. Amnesty International Bericht, 01.10.2019: <https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3011392019ENGLISH.PDF>

⁹ https://www.equatorinitiative.org/wp-content/uploads/2017/05/case_1348163459.pdf, aufgerufen am 10.06.2020



Sarah Zungu, San Führerin und Umweltaktivistin (rechts), mit Amnesty International Mitarbeiterin Muleya Mwananyanda (links) in Namibia.

© Amnesty International

Eine von Sarahs Aufgaben als Repräsentantin ihrer Gemeinschaft ist die Beratung von Gemeindemitgliedern und der Mediation bei Konflikten. Darüber hinaus engagiert sie sich für den Schutz des Landes, auf und von dem die Gemeinde lebt, sowie den Erhalt ihrer traditionellen Werte und Kultur. Beides ist von Viehbauern bedroht, die seit 2013 illegale Siedlungen und Zäune auf dem Gebiet der *N#a Jaqna Conservancy* errichtet haben. Trotz eines Gerichtsurteils von 2016, welches die Entfernung der Siedlungen und Weidezäune vorsieht, haben die Regierungsbehörden den Beschluss noch nicht durchgesetzt. Der Fall steht aber weiterhin vor Gericht.¹⁰ Einen weiteren Konfliktpunkt stellt ein Vorstoß der Regierung dar, Bauern in der Conservancy zum autonomen Anlegen kleinerer Felder anzuregen. Die Ju'/Hoansi leben aber traditionell mit einem gemeinschaftlichen Landwirtschaftssystem und bevorzugen ein großes, kommunal bewirtschaftetes Getreidefeld.

In all diesen Belangen fühlt sich Sarah auch eingeschüchtert, da sie mit einflussreichen Menschen verhandeln muss. Vor allem die offiziellen Behörden sehen in ihr eine minderwertige Aktivistin und sie erfährt als schwarze indigene Frau nicht den gleichen Respekt wie Vertreter/-innen anderer Interessengruppen.

Momentan ist die größte Hoffnung indigener Gemeinschaften in Namibia, dass die Regierung ihre offizielle Linie zur Stärkung indigener Rechte in Zukunft umsetzt. Natürlich wird auch Namibia nicht von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen der aktuellen Covid-19-Pandemie verschont bleiben, weshalb abzuwarten ist, ob die Belange der indigenen San und anderer Gruppen nun in den Hintergrund rücken.

Alexander Weide

Theko Menschenrechte und indigene Völker

¹⁰ Mamo, D. (ed.), 2020. *The Indigenous World*, 34th ed., International Work Group for Indigenous Affairs, S. 134: <https://www.iwgia.org/en/resources/indigenous-world>

KANADA

ERFOLG FÜR GRASSY NARROWS FIRST NATION IN ONTARIO

Im Zuge der internationalen Briefmarathon-Kampagne von Amnesty International berichteten wir in unserem letzten Rundbrief vom November 2019 über die Situation der Jugendlichen der Grassy Narrows First Nation in Ontario, Kanada. Seit über 50 Jahren leidet die Gemeinschaft unter den Folgen einer Quecksilberkontamination ihrer Gewässer. Zwar stimmte die Provinzregierung von Ontario im Juni 2017 zu, die Säuberung des Flusssystemes zu finanzieren, aber bis heute ist dies nicht geschehen.

In mehr als 400.000 Briefen forderten Menschen aus aller Welt Gerechtigkeit für die Jugend von Grassy Narrows. Von Deutschland aus wurden 5010 Briefe und 6949 online-Petitionen an die kanadische Regierung verschickt.

Wir danken all denen sehr herzlich, die ihre Solidarität mit der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht haben.

Inzwischen gibt es eine gute Nachricht für die First Nation Gemeinde von Grassy Narrows. Nach jahrelanger Verzögerung wurde am 2. April 2020 endlich eine Vereinbarung über 19,5 Millionen kanadische Dollar für den Bau einer Pflegeeinrichtung für die Opfer der Quecksilbervergiftungen unterzeichnet. Zwar muss auch weiterhin Druck ausgeübt werden, um eine langfristige Finanzierung für den Betrieb und entsprechende Dienstleitungen zu sichern, aber diese Vereinbarung ist ein Sieg für die Menschen von Grassy Narrows.

Amnesty International Kanada: „Good News! Step Towards Justice for Grassy Narrows First Nation“, 06.04.2020, <https://www.amnesty.ca/blog/good-news-step-towards-justice-grassy-narrows-first-nation>

INDIGENE GEMEINSCHAFTEN IN DER COVID-19-PANDEMIE – „BUILDING IMMUNITY IN COMMUNITY“

Inzwischen hat die Covid-19-Pandemie auch die Situation der Grassy Narrows First Nation verändert. Wie viele andere indigene Gemeinden in Kanada leiden sie unter einem Gesundheitssystem, das so unterfinanziert ist, dass es vom kanadischen Menschenrechtstribunal als diskriminierend gegenüber Indigenen bewertet wurde. Die kanadische Regierung wurde angewiesen, das Problem zu lösen. In sehr vielen Gemeinden gibt es weder Ärzte noch Krankenschwestern, keine Krankenhäuser und nicht einmal eine medizinische Notfallausstattung. Kranke müssen in die nächstgelegenen medizinischen Zentren fliegen, um dort die nötige Behandlung zu bekommen.

Da das vorhandene Wasser nicht trinkbar ist, muss man in etwa 100 Gemeinden Wasser kaufen. Vielfach ist es nicht einmal mal zum Waschen und Reinigen zu benutzen – so Ana Collins, Beraterin für indigene Rechte der kanadischen Sektion von Amnesty International.

Im Rahmen einer Online-Briefaktion an Premierminister Justin Trudeau forderte Amnesty International im April 2020 die Regierung auf, die Rechte und Bedürfnisse indigener Gemeinschaften in ihren Pandemie-Plänen in angemessener Weise zu berücksichtigen, für die Sicherstellung dringend notwendiger Ressourcen zu sorgen und sie finanziell entsprechend ihres Bevölkerungsanteils zu unterstützen. Die Organisation betonte, dass die chronische Unterfinanzierung des Gesundheitswesens eine besondere Gefahr für die Ausbreitung von Covid-19 in den Gemeinden darstellen würde und wies darauf hin, dass indigene Völker sehr viel häufiger unter chronischen Erkrankungen litten als die übrige Bevölkerung.

Wie schwierig die Situation vieler indigener Gemeinden zurzeit in Kanada ist, zeigt das Beispiel der Kelly Lake Cree Nation - einer Gruppe nichtanerkannter Indigener. Aufgrund ihres rechtlichen Status als unabhängige Gemeinschaft sind sie von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen ausgeschlossen. Auch fehlt es an einem gemeinsamen Austausch mit den örtlichen Gesundheitsbehörden.

In dieser Situation startete die kanadische Sektion von Amnesty International das Projekt „Building Immunity in Community“. Im Rahmen dieses Projektes stellen indigene Gemeinschaften aus verschiedenen Regionen Kanadas ihre Sorgen und wirksame Lösungen zum Schutz ihrer Mitglieder vor. Sie sind mit unterschiedlichen Bedrohungen und Herausforderungen konfrontiert und orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen und den vorhandenen Ressourcen in ihren Gemeinden. Auf der Webseite <https://amnesty.ca/paragraphs-pages/building-immunity-community> können Sie sich über das Projekt informieren, die persönlichen Botschaften einzelner Vertreter/-innen per Video anhören und auch selbst aktiv werden.

Anfang April 2020 richtete die kanadische Sektion einen dringenden Appell an die Provinzregierung von British Columbia, die Baumaßnahmen am Site C Staudamm sofort zu stoppen, um die betroffenen First Nations-Gemeinden vor einer Ausbreitung des Coronavirus durch Wanderarbeiter aus anderen kanadischen Provinzen zu schützen.

Wir berichteten mehrfach über den Kampf der dort lebenden indigenen Gemeinden gegen das Staudammprojekt, dass ohne ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (FPIC)¹ begonnen wurde und deren Rechtmäßigkeit in einem langwierigen Verfahren vor Gericht verhandelt werden muss. Im Norden von Manitoba protestierten First Nations-Gemeinden gegen die Entscheidung von „Manitoba Hydro“, 700 der auf der Baustelle des Hydro Keeyask Staudamm-Projektes tätigen Arbeiter durch 1.200 Wanderarbeiter aus ganz Kanada und den USA zu ersetzen. Um ihre Gemeinden vor einer raschen Ausbreitung der Pandemie zu schützen, forderten sie von „Manitoba Hydro“, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu respektieren und den Zugang zu ihrem Territorium und zur Baustelle zu beschränken.

Inzwischen haben sich „Manitoba Hydro“ und die First Nation-Partner des Projektes auf eine Zusammenarbeit zum Schutz der in der Gegend lebenden Menschen vor Covid-19 geeinigt.

Da viele der für den Schutz der Menschenrechte wichtigen Organe und Institutionen in dieser Phase der Pandemie nur eingeschränkt oder gar nicht arbeiten können, forderte Amnesty International Kanada die sofortige Einsetzung unabhängiger Gremien, um notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Menschenrechte koordinieren und Menschenrechtsverletzungen verfolgen zu können. Diesen Gremien sollten Vertreter/-innen der First Nations, Métis und Inuit, medizinisches Personal, Menschenrechtsvertreter/-innen, Arbeiter/-innen und andere Experten/-innen angehören.

¹ Das Recht auf eine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu Maßnahmen und Gesetzen, von denen indigene Völker direkt betroffen sind, gehört mit Artikel 19 zu den Kernpunkten der „UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker“, die Kanada 2010 gebilligt, aber erst 2016 offiziell angenommen hat.

Amnesty International Kanada: „Postcards from a Pandemic blog“, (Beispiel Kanada), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/pandemic-postcards/>

Amnesty International Kanada: „Send an Email Advocating for Indigenous Rights“, 20.04.2020, <https://www.amnesty.ca/blog/send-email-advocating-indigenous-rights>

WET'SUWET'EN FIRST NATIONS KÄMPFEN FÜR IHRE RECHTE

Seit mehr als einem Jahrzehnt haben die erblichen Oberhäupter der Wet'suwet'en Nation in British Columbia ihren Anspruch auf ihren traditionellen Titel und ihre Landrechte geltend gemacht und gegen den Bau einer Gaspipeline, die quer durch ihr traditionelles Gebiet verläuft, protestiert. Das Projekt des Energieunternehmens Coastal GasLink wurde ohne ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (FPIC) und damit unter Verletzung ihrer Rechte durch die Provinz- und Bundesregierung genehmigt.

Die im Gebiet der Wet'suwet'en lebenden Indigenen gehören zwar alle zum Volk der Wet'suwet'en Nation, aber ihre Rechte und Regierungsformen unterscheiden sich erheblich. Während einige Gemeinden ihre Oberhäupter nach dem aus der Kolonialzeit stammenden System des „Indian Act“¹ wählen, werden andere Gemeinden von erbrechtlich legitimierten Oberhäuptern regiert. Sie haben die Landnutzung und das seit Jahrtausenden bestehende, traditionelle Regierungssystem in ihrem Hoheitsgebiet aufrechterhalten.

In ihrem Blog vom 20. Januar 2020 weisen Ana Collins (Beraterin für indigene Rechte bei Amnesty International Kanada) und Alex Neve (Generalsekretär der englischsprachigen kanadischen Sektion von Amnesty International) darauf hin, dass das Recht auf Selbstbestimmung zu den Kernprinzipien der UN-Menschenrechtserklärung gehöre und erwähnen in diesem Zusammenhang die juristische Entscheidung von Delgamuukw aus dem Jahr 1997. Diese bildet eine Grundlage für die kanadische Rechtsprechung zu Titeln und Landrechten. Im Zuge dieser Entscheidung stellte das Gericht fest, dass den erblichen Oberhäuptern der Wet'suwet'en die Autorität über ihr Territorium obliegt. Demgegenüber sind die gewählten Oberhäupter – laut kanadischem Gesetz – nur für die nach dem „Indian Act“ geschaffenen Reservate zuständig aber nicht für die traditionellen, nicht abgetretenen Gebiete.

Der Konflikt mit Coastal GasLink verdeutlicht eine Problematik, die aufgrund unterschiedlicher Regierungsformen innerhalb eines indigenen Volkes entstehen kann.

Während mehrere der gewählten Oberhäupter dem Pipelineprojekt zustimmten, wehrten sich die erblichen Oberhäupter vehement gegen den Bau auf ihrem traditionellen Land. Im Dezember 2019 wies das „UN-Committee for the Elimination of Discrimination“ (UN-CERD) Kanada darauf hin, dass bei solchen Entscheidungen alle Mitglieder eines Volkes ein Mitspracherecht haben müssen und dass in diesem Fall nicht die notwendige „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (FPIC) aller Wet'suwet'en Nations vorliegen würde. Kanada würde damit gegen die „UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ (UNDRIP) verstoßen. Das Komitee wies die kanadische Regierung an, derzeitige und zukünftige Genehmigungen von Großprojekten so lange einzufrieren bis die notwendige Zustimmung indigener Gemeinden vorliegen würde, ferner jede Form von Zwangsräumung aus traditionellen Gebieten einzustellen und zu gewährleisten, dass von staatlicher Seite keine Gewalt angewendet wird. Alle Si-

cherheits- und Polizeikräfte, die sich in der Nähe eines Protestcamps der Wet'suwet'en aufhielten, sollten abgezogen werden.

Trotzdem verlängerte der "Supreme Court"² von British Columbia am 31. Dezember 2019 eine einstweilige Verfügung von "Coastal GasLink", mit dem Verweis, dass die Baumaßnahmen durch das Protestcamp der First Nations behindert würden und dieses umgehend geräumt werden müsse. Wie die Zeitung „National Post“ am 9. Januar 2020 berichtete, wurden dort bereits vor einem Jahr – im Rahmen einer ähnlichen einstweiligen Verfügung - 14 Personen festgenommen. Den Wet'suwet'en drohte die Vertreibung von ihrem Land, wenn sie die Absperrungen nicht abbauten und die Arbeiter daran hinderten zur Baustelle zu gelangen.

Amnesty International äußerte sich zutiefst besorgt über Berichte, aus denen hervorging, dass man Journalisten/-innen damit drohte, sie zu verhaften, wenn sie die Polizeiaktivitäten im Gebiet der Wet'suwet'en dokumentierten. Außerdem führten RCMP-Beamte³ am 6. Februar 2020 eine Razzia im Protestcamp der Wet'suwet'en durch und verhafteten 6 Personen.

Im Zuge weiterer Protestaktionen, die auch international viel Beachtung und Unterstützung fanden, kam es überall in Kanada zu massiven Blockaden von Straßen und Eisenbahnlinien. Im ganzen Land schlossen sich indigene Gemeinschaften den Protesten an.

Um den Konflikt zu entschärfen, nahmen die Bundes- und Provinzregierung Gespräche mit Vertretern der Wet'suwet'en auf, die am 14. Mai 2020 zum Abschluss einer Grundsatzvereinbarung zwischen den erblichen Oberhäuptern der Wet'suwet'en und der Provinzregierung von British Columbia führte - allerdings auch zu Spannungen mit den gewählten Oberhäuptern. Die kanadische Zeitschrift „Vancouver Sun“ schrieb dazu am 15. Mai 2020, dass das „Memorandum of Understanding“ (MOU) so formuliert wurde, dass es sich nur auf Landrechte und Titel im weitesten Sinne beziehen würde und es sich dabei nicht um ein Abkommen zum Pipelinebau handelte.

Versöhnung erfordert einen Wandel vom kolonialen Regierungssystem, das den First Nations durch den „Indian Act“ auferlegt wurde, zu Formen indigener Regierungsführung, die von ihnen selbst festgelegt und von anderen anerkannt werden. Das ist nicht die Aufgabe der Regierungen oder Industrie - so die ehemalige kanadische Justizministerin Jody Wilson-Raybould.

¹ Als „Indian Act“ wird ein kanadisches Gesetz von 1876 bezeichnet, durch das auch heute noch - wenn auch in veränderter Form - viele Aspekte des täglichen Lebens in indigenen Gemeinschaften geregelt sind. Dazu gehören u.a. die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die Anerkennung ihres Status als Indigene, die Nutzung des Landes und der Ressourcen, die Festlegung der Besitzverhältnisse, Regierungsformen, die Beziehung zur kanadischen Regierung. In der kolonialen Vergangenheit ging es der kanadischen Regierung darum, sich das Land durch Verträge mit einzelnen indigenen Gemeinschaften zu sichern und eine Anpassung an europäische Werte zu erreichen. Mit Hilfe des „Indian Act“ sollte die traditionelle, erbrechtlich geregelte Regierungsform durch gewählte Oberhäupter ersetzt werden (Lynda Gray, „First Nations 101“, Adaawx Publishing, 2011). Inzwischen kämpfen in Kanada viele indigene Gemeinschaften für ihr Recht auf Selbstbestimmung ihrer Regierungsformen und Verwaltung.

² „Royal Canadian Mounted Police“

³ Es handelt sich hierbei nicht um den Obersten Gerichtshof von British Columbia (BC), sondern um ein Gericht auf mittlerer Ebene. Der oberste Gerichtshof von BC ist der „Court of Appeal“.

Ana Collins, Alex Neve – Amnesty International Kanada: „Wet'suwet'en: Promises Must Lead to Concrete Action“, 20.01.2020, <https://www.amnesty.ca/blog/wetsuweten-promises-must-lead-concrete-action>

Amnesty International Kanada: „RCMP crackdown on journalists in Wet'suwet'en territory threatens free press“, 07.02.2020, <https://amnesty.ca/news/rcmp-crackdown-journalists-wet%E2%80%99en-territory-threatens-free-press>

Vaughn Palmer: „Wet'suwet'en agreement could see pipeline disagreements down the road“, „Vancouver Sun“, 15.05.2020, <https://vancouver.sun.com/opinion/columnists/vaughn-palmer-wetsuweten-agreement-could-see-pipeline-disagreements-down-the-road>

Judy Wilson-Raybould: „Who speaks for the Wet'suwet'en people? Making sense of the Coastal Gas-Link conflict“, The Globe and Mail, 24.01.2020, <https://www.theglobeandmail.com/opinion/article-who-speaks-for-the-wetsuweten-people-making-sense-of-the-coastal/>

NEUES GESETZ IN BRITISH COLUMBIA – EIN ENTSCHEIDENDER SCHRITT ZUR VERSÖHNUNG

Am 27. November 2019 berichtete die kanadische Presseagentur Reuters, dass British Columbia als erste kanadische Provinz ein Gesetz verabschiedet hat, das den Standards der „UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ (UNDRIP) entspricht und den indigenen Völkern dadurch mehr Einfluss ermöglicht.

Nach Informationen von Amnesty International Kanada bietet das Gesetz (Bill 41) der Provinz einen gesetzlichen Rahmen, um die UN-Deklaration in Form einer transparenten und offenen Zusammenarbeit zwischen Vertreter/-innen der indigenen Völker und der Provinzregierung in Gesetzen und in der Politik umzusetzen. Es geht darum, gemeinsam zu klären, wie z. B. das Recht auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (FPIC) und andere Standards der UN-Erklärung konsequent umgesetzt werden können.

Als gesetzlicher Rahmen, der eine regelmäßige Berichterstattung einschließt, bietet das Gesetz auch die Mittel, gegenwärtige oder zukünftige Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie ihre Verpflichtungen gegenüber den indigenen Völkern nicht einhalten. Im Verlauf einer respektvollen Zusammenarbeit wird auch die Anerkennung und Bestätigung indigener Regierungsformen von entscheidender Bedeutung sein.

2018 gab es im kanadischen Parlament eine entsprechende Initiative. Damals wurde die Gesetzesvorlage Bill C-262 zur Implementierung der „UN-Declaration on the Rights for Indigenous Peoples“ in allen Bereichen der kanadischen Gesellschaft zwar im Unterhaus in Ottawa mit großer Mehrheit angenommen, aber später von einigen Senator/-innen im Senat blockiert. Insgesamt gibt es in ganz Kanada viel Zustimmung für ein solches Gesetz.

Moira Warburton „New law to give indigenous peoples more sway in Canada's British Columbia“, Reuters, 27.11.2019, <https://www.reuters.com/article/us-canada-indigenous/new-law-to-give-indigenous-peoples-more-sway-in-canadas-british-columbia-idUSKBN1Y127O>

Amnesty International Kanada: „Proposed provincial legislation a crucial step toward reconciliation in British Columbia“, 25.10.2019, <https://www.amnesty.ca/news/proposed-provincial-legislation-crucial-step-toward-reconciliation-british-columbia>

„SIXTIES SCOOP NETWORK“

im Zuge der kolonialen, kanadischen Kinderfürsorgepolitik wurden mit Beginn der späten 50er- bis in die 80er-Jahre hinein Tausende indigener Kinder oft gewaltsam von Sozialarbeiter/-innen aus ihren Familien herausgenommen, um sie in Pflegeheimen unterzubringen oder zur Adoption in nicht-indigene Haushalte zu schicken. Sie wurden in entfernte Provinzen innerhalb von Kanada, den USA und sogar nach Deutschland, Großbritannien und Australien gebracht. Diese Praxis – auch „Sixties Scoop“ genannt – bedeutete eine schwere Verletzung der Rechte indigener Familien. Die Kinder verloren dadurch nicht nur die lebenswichtige Verbindung zu ihren Familien und zu ihrem traditionellen Land, sondern auch ihre Sprache, Identität und ihre Kultur. Sie verschwanden, ohne dass sie oder die Pflegeeltern wussten woher sie gekommen waren.

Vor diesem Hintergrund entstand 2014 die Idee, das „Sixties Scoop Network“ zu gründen und die Vertriebenen u. a. mithilfe einer interaktiven Online-Karte zu visualisieren.

Auf diesem Wege möchte man möglichst viele Benutzer/-innen bzw. Betroffene erreichen, um ihre Wahrheit zu visualisieren und Kanadiern und der Welt zu zeigen, was „Sixties Scoop“ für die Überlebenden bedeutet hat – so Colleen Hele-Cardinal (Mitbegründerin des „Sixties Scoop Network“ - früher bekannt als „National Indigenous Survivors of Child Welfare Network“). Zusätzlich wurde eine kollektive Plattform geschaffen, die die Vertriebenen als Austauschmöglichkeit nutzen können. Mithilfe von eigenen Erzählungen, Fotos oder Videos haben sie die Möglichkeit, so viel oder so wenig von sich preiszugeben, wie sie es für richtig halten.

In einer 2. Phase soll das Projekt im Rahmen von entsprechenden Workshops in ausgewählten kanadischen Städten, in den USA und in Übersee verbreitet werden. Es wird sich hierbei um Städte handeln von denen bekannt ist, dass dort indigene Kinder zur Adoption aufgenommen wurden und vielleicht noch leben.

Amnesty International Kanada arbeitet mit dem Projekt zusammen und setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für das Thema zu schärfen und Überlebende mit ihren Familien zusammen zu bringen.

Amnesty International Kanada: „In Our Own Words: Mapping 60's Scoop Survivors Diaspora“, 10.04.2020, <https://www.amnesty.ca/blog/our-own-words-mapping-60s-scoop-survivors-diaspora>

Marianne Kersten

Theko Menschenrechte und indigene Völker

USA

URGENT ACTION

LEONARD PELTIER IN GEFAHR

LEONARD PELTIER

Der indigene Aktivist Leonard Peltier befindet sich seit über 40 Jahren in den USA in Haft. Es bestehen Zweifel daran, dass sein Gerichtsverfahren den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hat. Leonard Peltier ist 75 Jahre alt und leidet an diversen gesundheitlichen Beschwerden. Deshalb ist er in besonderer Gefahr, an COVID-19 zu erkranken. Amnesty International fordert seit einiger Zeit die Begnadigung von Leonard Peltier.

Leonard Peltier (Häftlingsnummer 89637-132) ist derzeit im Gefängnis Coleman Federal Correctional Complex im US-Bundestaat Florida inhaftiert. Er befindet sich seit mehr als 40 Jahren wegen eines Verbrechens in Haft, das er seinen Angaben zufolge nicht begangen hat. Amnesty International und andere Organisationen sowie Einzelpersonen fordern seit langem die Begnadigung und Haftentlassung von Leonard Peltier.

Nach mehreren Jahrzehnten der Inhaftierung, von denen er viele Jahre in Einzelhaft verbracht hat, ist Leonard Peltier in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung. Er leidet an Diabetes und im Januar 2016 wurde bei ihm ein Aneurysma an der Bauchaorta diagnostiziert, das tödlich sein kann, wenn es reißt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 26. Juni 1975 kam es im Pine-Ridge-Reservat in South Dakota zu Zusammenstößen zwischen dem FBI und Mitgliedern des American Indian Movement. Dabei wurden die beiden FBI-Agenten Ronald Williams und Jack Coler erschossen. Leonard Peltier wurde 1977 für die Morde an ihnen zu zwei lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Er bestreitet nicht, bei der Schießerei anwesend gewesen zu sein, wies jedoch die während seines Gerichtsverfahrens erhobenen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, er habe die beiden Agenten getötet, stets von sich.

Eine wichtige mutmaßliche Augenzeugin, Myrtle Poor Bear aus Pine Ridge, eine Angehörige der Lakota, hatte zunächst ausgesagt, gesehen zu haben, wie Leonard Peltier die beiden Männer tötete. Auf Grundlage ihrer Zeugenaussage wurde er aus Kanada an die USA ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt. Sie hat diese Aussage jedoch später zurückgezogen. Myrtle Poor Bear war bei der Gerichtsverhandlung nicht als Zeugin der Staatsanwaltschaft geladen, durfte aber dennoch nicht für die Verteidigung aussagen, mit der Begründung, dass ihre Aussage „im höchsten Maße nachteilig für die Regierung sein könnte“. Im Jahr 2000 gab Myrtle Poor Bear eine öffentliche Erklärung ab, in der sie sagte, dass ihre ursprüngliche Aussage das Ergebnis monatelanger Drohungen und Drangsalierung durch Angehörige des FBI gewesen war.

1980 erhielten die Rechtsbeistände von Leonard Peltier infolge einer Klage auf Grundlage des Gesetzes über die Informationsfreiheit (Freedom of Information Act) Einsicht in Dokumente, die für die Verteidigung möglicherweise hilfreich gewesen wären, zum Zeitpunkt des Verfahrens jedoch unter Verschluss gehalten wurden. 1986 verwehrte ein US-Berufungsgericht (Court of Appeal for the Eighth Circuit) Leonard Peltier ein Wiederaufnahmeverfahren und sagte: „Wir erkennen an, dass in der Akte Beweise

dafür vorliegen, dass das Verhalten einiger Angehöriger des FBI nicht korrekt war, aber wir lehnen es ab, ihnen noch weiteres Fehlverhalten zu unterstellen“.

Der US-Bewährungsausschuss hat sich bereits mehrmals mit dem Fall von Leonard Peltier befasst. Eine Haftentlassung auf Bewährung wurde stets abgelehnt. Grund dafür sei, dass er nicht die strafrechtliche Verantwortung für die Morde an den beiden FBI-Agenten übernommen habe. Und dies, obwohl der Ausschuss nach einer solchen Anhörung zu Leonard Peltier sagte, dass „die Anklagevertretung eingeräumt hat, dass es an direkten Beweisen für Ihre persönliche Beteiligung an der Tötung von zwei FBI-Agenten mangelt“.

Der ehemalige U.S. Attorney im Fall von Leonard Peltier, James H. Reynolds, der im Straf- und Berufungsverfahren die Aufsicht über die Staatsanwält_innen hatte, hat sich öffentlich für die Begnadigung und Freilassung von Leonard Peltier ausgesprochen.

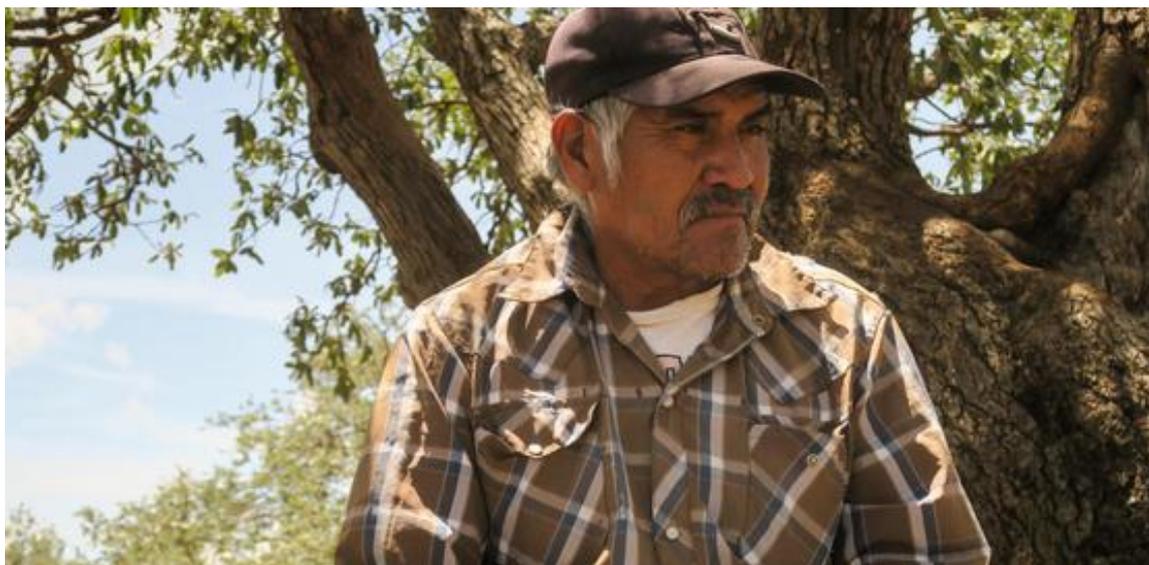
Leonard Peltier leidet an mehreren gesundheitlichen Problemen und ist deshalb in besonderer Gefahr, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren und an COVID-19 zu erkranken. Die räumliche Nähe zwischen den Inhaftierten und die mangelnden Möglichkeiten, wirksame Quarantäne-Bedingungen einzuhalten oder möglicherweise infizierte Personen zu meiden, verbunden mit von der Weltgesundheitsorganisation genannten Vorerkrankungen sorgen dafür, dass Menschen in Hafteinrichtungen in besonderer Gefahr sind, sich mit Krankheitserregern wie dem Corona-Virus zu infizieren. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass die Gesundheitsversorgung der Insass_innen von Gefängnissen und Hafteinrichtungen im Allgemeinen Mängel aufweisen.

Da das Verfahren gegen Leonard Peltier zahlreiche Unregelmäßigkeiten aufwies und er alle ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausgeschöpft hat, unterstützt Amnesty International nach wie vor die Forderung nach einer Begnadigung des 75-Jährigen.

UA-016/2019-1 – AI-Index: AMR 51/2170/2020 – 17. April 2020 – bs

MEXIKO

FORDERE GERECHTIGKEIT FÜR JULIÁN CARRILLO!



Der mexikanische Land- und Umweltschutzverteiler Julián Carrillo im Oktober 2018
© Amnesty International/Marianne Bertrand

Der mexikanische Land- und Umweltschutzverteiler Julián Carrillo wurde am 24. Oktober 2018 von Unbekannten erschossen. Als Führer der indigenen Gemeinde der Rarámuri Coloradas de la Virgen engagierte er sich öffentlich gegen Abholzung, Bergbau sowie den Drogenanbau durch kriminelle bewaffnete Gruppen in seiner Heimatregion. Unterstützt wurde er dabei durch die Organisation *Alianza Sierra Madre A.C. (ASMAC)*.

Die Tötung Julián Carrillos war ein Mord mit Ansage. Aufgrund ihres Engagements hatten Mitglieder seiner Gemeinde und von ASMAC schon länger Drohungen erhalten. Schwer bewaffnete Gruppen schikanierten die Gemeinde, im Dezember 2016 wurde Julián Carrillos Haus niedergebrannt. Zwischen 2015 und 2018 wurden fünf seiner Familienangehörigen getötet. Doch die Verantwortlichen für die Morde wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Zwar erhielt Julián Carrillo Schutzmaßnahmen unter dem staatlichen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger_innen. Diese Maßnahmen waren jedoch nicht angemessen, adressierten nicht die Ursachen für die Gewalt und wurden zudem nicht wie vorgesehen evaluiert.

Am 23. Oktober 2018 verließ Julián Carrillo zum wiederholten Male sein Heimatdorf, da er sich bedroht fühlte, und hielt sich in der Sierra Tarahumara versteckt. Am 24. Oktober wurden Schüsse in den Bergen gehört. Wenige Stunden später wurde Julián Carrillo tot aufgefunden.

Mach mit bei unserer Petition an den Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Chihuahua!

Hier finden Sie die online-Petition:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/fordere-gerechtigkeit-fuer-julian-carrillo>

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

In den 1990er-Jahren erkannten die mexikanischen Behörden der Gemeinde der Rarámuri ihre Landrechte in der abgelegenen Bergregion der Sierra Tarahumara im Bundesstaat Chihuahua ab. Seitdem verteidigt die Gemeinde ihr angestammtes Territorium gegen Abholzung, Bergbau und den Anbau illegaler Drogen.

Im internationalen Vergleich ist Mexiko eines der Länder, in denen Menschenrechtsverteidiger_innen am stärksten bedroht sind. Dabei sind Land- und Umweltrechtsverteidiger_innen besonders in Gefahr. Laut der Nationalen Menschenrechtskommission Mexikos ist seit 2011 eine kontinuierliche Zunahme von Angriffen festzustellen, wobei die Bundesstaaten Chihuahua, Guerrero und Oaxaca am gefährlichsten sind. Zwar gibt es seit 2012 einen Nationalen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen. Die gewährten Schutzmaßnahmen sind jedoch häufig nicht ausreichend. Zudem werden die Verantwortlichen für Drohungen und Übergriffe nicht zur Rechenschaft gezogen.

So auch in der Sierra Tarahumara: Von 2015 bis 2018 wurden mindestens acht Aktivist_innen getötet. Darunter waren fünf Familienangehörige von Julián Carrillo sowie Isidro Baldenegro, Träger des Goldman Umweltpreises 2005 und ehemaliger gewaltloser politischer Gefangener von Amnesty International. In keinem der Fälle wurden die Täter_innen vor Gericht gestellt.

Der Organisation Front Line Defenders zufolge wurden 2018 in Mexiko 48 Menschenrechtsverteidiger_innen ermordet. Damit ist Mexiko nach Kolumbien das Land mit der zweithöchsten Mordrate an Menschenrechtler_innen weltweit.

HANDELN FÜR IN MEXIKO GETÖTETE UMWELTSCHUTZVERTEIDIGER – SEIT 10 JAHREN MORDE AUF DEM VORMARSCH

Der 22. April ist der Tag der Erde. Dies ist ein bedeutender Tag, um die Bedeutung des Umweltschutzes hervorzuheben und jener Menschen zu gedenken, die seit Jahren versuchen, unser tägliches Handeln zu ändern, um auf einem gesünderen Planeten zu leben. Da aufgrund der Auswirkungen von COVID-19 in unserem Leben die Motivation aller schwindet, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass wir, auch wenn wir räumlich weit entfernt sind, Solidarität zeigen. Es ist möglich, weiterhin von zu Hause aus unsere Stimme für diejenigen erheben zu können, die sie am meisten brauchen.

In diesem Artikel stellt Amnesty International verschiedene Menschen in Mexiko vor, die wegen ihrer Umweltaktivitäten getötet wurden. Obwohl einige diese Fälle Jahre auseinander liegen, sind sie ein klares Beispiel dafür, dass es nach wie vor notwendig ist, auf die Risiken hinzuweisen, denen Land, Territorium und Umweltschützer/-innen in Mexiko ausgesetzt sind. Außerdem ist es wichtig, auf ihren Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen aufmerksam zu machen. Seit 2010 steigt die Zahl der Menschen in Mexiko, die jedes Jahr aufgrund ihrer Umweltaktivitäten getötet werden. Dieses Land ist nach wie vor eines der gefährlichsten Länder für diejenigen, die Land, Territorium und Umwelt verteidigen!

Im Jahr 2017 verzeichnete Global Witness in Mexiko einen Anstieg von 3 auf 15 Todesfälle im Vergleich zum Vorjahr.¹ Dieselbe Organisation berichtete, dass im Jahr 2018 in Mexiko 14 Umweltschützer/-innen getötet wurden², und für das Jahr 2019 registrierte das mexikanische Zentrum für Umweltrecht die Tötung von 15 Personen, die das Land, das Territorium und die Umwelt in Mexiko verteidigten. Auf internationaler Ebene hat sich Mexiko als ein Land profiliert, das sich für die Umwelt und für diejenigen einsetzt, die die Umwelt verteidigen. Im September 2018, während der UNO-Generalversammlung, unterzeichnete Mexiko zusammen mit anderen Staaten der Region das regionale Abkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik, bekannt als das Escazú-Abkommen. Dieser verbindliche Vertrag ist weltweit der erste, der Bestimmungen über Menschenrechtsverteidiger/-innen in Umweltangelegenheiten enthält (Artikel 9), die sich also speziell auf den Schutz und die Anerkennung von Menschen, die die Umwelt verteidigen, und die Bestrafung von Aggressionen gegen sie beziehen. Der Vertrag tritt nach der Ratifizierung durch elf Länder in Kraft. Bis heute haben neun Länder das Abkommen ratifiziert (eines von ihnen hat seine Ratifikationsurkunde noch nicht hinterlegt). Mexiko hat dies trotz der Aufforderungen lokaler und internationaler Organisationen noch nicht getan.

Diese Situation zeigt, dass wir uns angesichts des Neuformulierungsprozesses des Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger/-innen und der von der Regierung am 5. Juni 2019 veröffentlichten Umweltleitlinien in einer Schlüsselphase zur Förderung umfassender Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/-innen befinden.

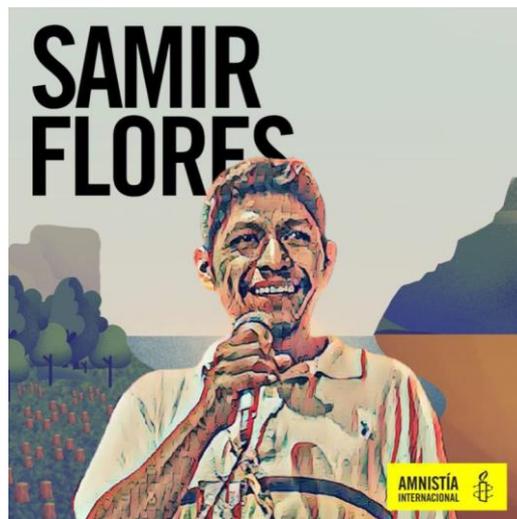
Am „Tag der Erde“ gedenkt Amnesty International der Menschen, die unsere Umwelt verteidigen. Im Folgenden möchten wir Euch einen kleinen Einblick in die Lebensgeschichte von sechs mexikanischen Umweltschützer/-innen geben. Helft uns, sie zu schützen!

¹ <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/deadliest-year-record-land-and-environmental-defenders-agribusiness-shown-be-industry-most-linked-killings/>

² <https://www.globalwitness.org/es/campaigns/environmental-activists/enemigos-del-estado/>

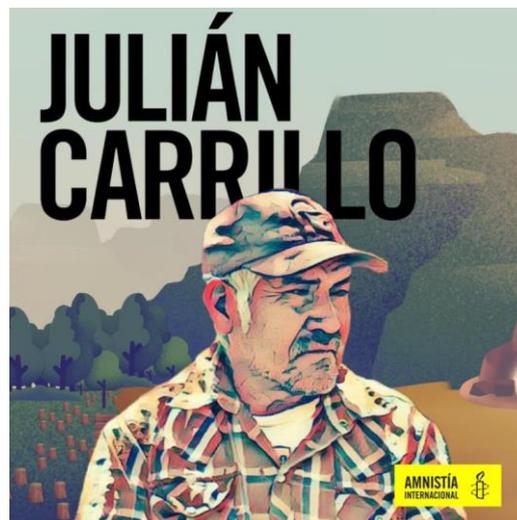
Samir Flores (1982–2019)

Samir Flores, ein Sprecher des Gemeinschaftsradiosenders Amillzintko, war ein Menschenrechtsverteidiger der Organisation Frente de los Pueblos en Defensa de la Tierra y el Agua (Front der Völker zur Verteidigung der Erde und des Wassers), einem Graswurzelkollektiv, das sich dem Schutz der Umwelt und des Territoriums in den Bundesstaaten Morelos, Puebla und Tlaxcala widmet. Er kämpfte gegen die Auswirkungen eines thermoelektrischen Projekts in Huexca, Morelos, und einer Gaspipeline, die durch seine Gemeinde Amilcingo verläuft. Am 20. Februar 2019 wurde er erschossen, nachdem er zuvor Morddrohungen im Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit erhalten hatte.



Julián Carrillo (1962–2018)

Am 24. Oktober 2018 wurde Julián Carrillo, ein indigener Verteidiger der Rarámuri, in der Sierra Tarahumara, im nördlichen Bundesstaat Chihuahua, getötet. Julián Carrillo war ein Anführer aus Coloradas de la Virgen, einer abgelegenen Gemeinde in der Sierra Tarahumara von Chihuahua. Julián hatte öffentlich die Abholzung und den Bergbau durch Landbesitzer sowie die Gewaltausübung bewaffneter krimineller Gruppen in seiner Gemeinde angeprangert.



Ismael Solorio (1965–2012) und **Manuela Solís** (1963–2012)

Ismael Solorio und Manuela Solís gehörten der Organisation El Barzón an, einer Kleinbauernbewegung in Chihuahua. Sie setzten sich für die Verteidigung des Wassers in der Halbwüstenzone von Chihuahua und für die Erhaltung der Grundwasserleiter gegen die Ausbeutung kommerzieller Nutzpflanzen ein. Am 22. Oktober 2012 wurden Ismael und Manuela auf dem Weg zu einem Arzttermin getötet.



Manuel Gaspar (1981–2018)

Manuel Gaspar gehörte der Bauern- und Arbeiterbewegung in Puebla an. Als indigener Umweltrechtsverteidiger kämpfte er gegen die Errichtung eines elektrischen Umspannwerks durch die föderale Elektrizitätskommission in Cuetzalan, Puebla. Er beteiligte sich jahrelang an der Verteidigung des Territoriums. Am 14. Mai 2018 wurde Manuel in Cuetzalan tot aufgefunden.



Bety Cariño (1973–2010) und Jyri Jaakkola (1977–2010)

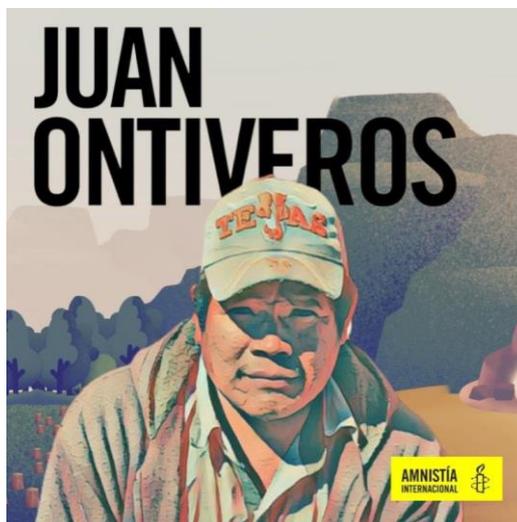
Bety Cariño verteidigte die Rechte der indigenen Bevölkerung und der Frauen in Oaxaca. Am 27. April 2010 erschossen Männer, die einer bewaffneten Gruppe angehören, die Berichten zufolge mit staatlichen und kommunalen Behörden in Verbindung steht, im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca Bety Cariño und den finnischen Klimawandel-Aktivisten Jyri Jaakkola. Beide Aktivist/-innen waren Teil eines humanitären Konvois, der versuchte, die abgelegene indigene Triqui-Gemeinde San Juan Copala zu erreichen, um Lebensmittel und Medikamente zu liefern und die Menschenrechtslage zu dokumentieren. Diese Gemeinde war seit mehreren Monaten von der bewaffneten Gruppe belagert worden.



Juan Ontiveros (1970–2017)

Juan Ontiveros war Aktivist und Polizeikommissar in seiner Gemeinde. Er verteidigte das Gebiet und den Wald der indigenen Gemeinde Choréachi in der Sierra Tarahumara, die seit vielen Jahren von Gewalt betroffen ist.

Am 1. Februar 2017 wurde Juan Ontiveros im Staat Chihuahua im Norden Mexikos tot aufgefunden. Unbekannte Männer hatten ihn am Tag zuvor gewaltsam aus seinem Haus geholt und während des Angriffs andere Familienmitglieder brutal geschlagen.



Diese Geschichten und die anhaltend schwierige Situation für den Umweltschutz in Mexiko sind der Grund dafür, dass Amnesty International die umfassenden Maßnahmen zur Verhinderung neuer Tötungen und zum Schutz der Gefährdeten am Beispiel von Einzelfällen fordert und auf die strukturellen Ursachen der Gewalt reagiert, mit der sie konfrontiert sind. Ziel ist es, dass der Präsident Mexikos die Situation der Land-, Territorial- und Umweltverteidiger (TLERDs) und ihren Beitrag zur Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in Mexiko anerkennt. Außerdem ist es wichtig, dass er eine umfassende öffentliche Politik der PRÄVENTION (zur Verhinderung neuer Tötungen) und des SCHUTZES in die Wege leitet, die sich mit den strukturellen Ursachen der Gewalt in Fällen gefährdeter Gemeinschaften befasst!

#ClimateStrikeOnline #EarthDay #NoMoreKillings"

Johanna Wild und Anna-Lena Glesinski
Kogruppe Mexiko und Zentralamerika

HONDURAS

"DER SCHULDSPRUCH IST EIN FORTSCHRITT"



Der Rechtsanwalt Victor Fernandez vertritt die Angehörigen von Berta Cáceres und die Organisation COPINH.
© Orlando Sierra/ AFP

Am 3. März 2016 wurde die honduranische Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres in ihrem Haus ermordet. Als Sprecherin der Indigenen-Organisation COPINH hatte sie sich unter anderem gegen ein Staudammprojekt eingesetzt. Ende 2019 wurde das Strafmaß für sieben Personen verkündet, die an dem Mordkomplott beteiligt waren. Ein Gespräch mit dem Rechtsanwalt Victor Fernández, der die Angehörigen und die Organisation COPINH vertritt.

Interview: Erika Harzer

WIE IST DERZEIT DER STAND DES VERFAHRENS IM MORDFALL BERTA CÁCERES?

45 Monate nach dem Mord an Berta Cáceres sind sieben Personen, die an der Tat beteiligt waren, zu Haftstrafen zwischen 30 und 50 Jahren verurteilt worden. David Castillo, der damalige Geschäftsführer des Konsortiums DESA, das das umstrittene und von Berta Cáceres bekämpfte Staudammprojekt Agua Zarca bauen wollte, ist weiterhin in Untersuchungshaft. Die Auftraggeber des Mordes werden immer noch nicht strafrechtlich verfolgt.

WARUM WIRD GEGEN DIE HINTERMÄNNER NICHT ERMITTELT?

Als Vertreter der Angehörigen habe ich bei einem Gespräch mit einem der Verurteilten festgestellt, dass unter ihnen nach wie vor ein Korpsgeist herrscht, der Aussagen zu den Auftraggebern nicht zulässt. Einige von ihnen erhalten trotz Untersuchungshaft weiter Gehalt von ihren Arbeitgebern. Damit behalten die Hintermänner die Kontrolle über die Täter. Dass bisher keine Strafverfolgung stattfindet, dafür sor-

gen die honduranische Regierung, die Staatsanwaltschaft, die Justiz und verschiedene Abteilungen des Sicherheitsministeriums. Regierungsvertreter vergaben die Konzession zum Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca widerrechtlich an die DESA. Staatliche Akteure waren daran beteiligt, Berta Cáceres und ihre Organisation COPINH zu verfolgen und zu kriminalisieren. Würden die Hintermänner strafrechtlich verfolgt, könnten damit all die Absprachen zwischen Staat und Wirtschaft bewiesen werden, die zum Ziel haben, die Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen in Honduras und in der Region mit aller Gewalt durchzusetzen.

WAS BEDEUTET DIES FÜR DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN GEGEN LANDRAUB UND VERTREIBUNG?

Die anhaltende Straffreiheit ist eine Garantie für weitere Verbrechen an Aktivistinnen und Aktivisten, die bereits geschehen sind. Insbesondere diejenigen, die das Modell der Ausbeutung und Plünderung der Ressourcen ablehnen, sind weiterhin struktureller Gewalt ausgesetzt, der Gewalt der Justiz.

GIBT ES FORTSCHRITTE SEIT DEM BEGINN DES PROZESSES?

Der Schuldspruch gegen die sieben Angeklagten ist ein Fortschritt. Das Urteil weist darauf hin, dass die Täter in Abstimmung und mit Zustimmung der Führungskräfte und Eigentümer der Firma DESA gehandelt haben. Urteil und Strafmaß sollen Härte demonstrieren und gleichzeitig der honduranischen Regierung Legitimität verschaffen. Wir können aber nicht sicher sein, dass damit die Strafflosigkeit besiegt wurde. Denn nur weil die Betroffenen eine hartnäckige Auseinandersetzung mit der honduranischen Regierung führten und für eine nationale und internationale Öffentlichkeit sorgten, kam die in Honduras vorherrschende Strafflosigkeit bei Kapitalverbrechen in diesem Mordfall nicht zum Tragen.

WERDEN AUSLÄNDISCHE KONZERNE UND FINANZGEBER ZUR VERANTWORTUNG GEZOGEN?

Für uns und COPINH ist weiterhin wichtig, die Firma DESA und die anderen, die das kriminelle Projekt Agua Zarca unterstützt haben, vor Gericht zu bringen. Wir sehen die Klagen gegen die beteiligten internationalen Banken, die dieses Projekt unterstützt haben, obwohl sie den illegalen und sogar kriminellen Hintergrund kannten, als wichtigen Präzedenzfall an.

Hier finden Sie die Online-Version des Artikels:

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/honduras-der-schuldspruch-ist-ein-fortschritt>

URGENT ACTION

**SCHUTZMASSNAHMEN FÜR
LANDRECHTSAKTIVIST_INNEN****ROSALINA DOMINGUEZ**

ihre vier Kinder

und weitere Angehörige der indigenen Gemeinschaft in Río Blanco

Mitglieder der Indigenenorganisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH) haben sich mit der Regierung auf neue Schutzmaßnahmen geeinigt, die unter anderem den Schutz von Rosalina Dominguez betreffen.

Am 16. Juli 2019 teilten Mitglieder der Organisation COPINH Amnesty International mit, die Ernte von Angehörigen der Gemeinschaft Río Blanco in Intibucá sei mit Absicht zerstört worden. Davon betroffen seien 25 Familien. Der Angriff ereignete sich in derselben Gegend, in der Rosalina Dominguez, ihre vier Söhne und zwei weitere Angehörige der indigenen Gemeinschaft von Río Blanco am 30. April und 1. Mai 2019 von einer Gruppe von sieben Personen – eine davon bewaffnet – bedroht worden waren. Angesichts der Angriffe auf die Gemeinschaft in der Vergangenheit im Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen den Bau des Agua-Zarca-Damms im Fluss Gualcarque forderte die Organisation COPINH die honduranische Regierung auf, die jüngsten Drohungen zu untersuchen und die Sicherheit der bedrohten Menschen zu gewährleisten.

Im September 2019 trafen sich Mitglieder von COPINH und Vertreter_innen der honduranischen Schutzbehörde und sprachen über Schutzmaßnahmen. Dies geschah in Übereinstimmung mit den Vorsichtsmaßnahmen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (MC-112-16). Die Schutzbehörde und COPINH überprüften diese Maßnahmen und einigten sich auf weitere, wobei sie die jüngsten Angriffe auf Angehörige der Gemeinschaft von Río Blanco berücksichtigten. Aus Sicherheitsgründen kann nicht mitgeteilt werden, welche Schutzmaßnahmen bereits ergriffen wurden und welche noch ausstehen.

Amnesty International geht davon aus, dass die Kampagnenarbeit zur Unterstützung von COPINH zu diesen positiven Entwicklungen beigetragen hat – einschließlich der Appellschreiben, die Mitglieder von Amnesty International an die Behörden verschickt haben. Amnesty International wird die Entwicklung weiterhin verfolgen und mit COPINH zusammenarbeiten. So soll sichergestellt werden, dass alle zugesicherten Schutzmaßnahmen umgesetzt und die Angriffe umfassend untersucht werden. Gegebenenfalls werden weitere Aktionen eingeleitet.

Weitere Appelle des Eilaktionsnetzes sind nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die sich für die Mitglieder der Organistaion COPINH und die indigenen Gemeinschaft in Río Blanco eingesetzt haben.

UA-064/2019-2 – AI-Index: AMR 37/1655/2020 – 10. Januar 2020 – bs

Weitere Informationen zu UA-064/2019 (AMR 37/0337/2019, 10. Mai 2019 und AMR 37/0777/2019, 29. Juli 2019)

SCHUTZMASSNAHMEN FÜR INDIGENE

DIESE URGENT ACTION IST BEENDET!

Mitglieder der Indigenenorganisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH) haben sich mit der Regierung auf neue Schutzmaßnahmen geeinigt, die unter anderem den Schutz von Rosalina Dominguez betreffen.



Aktivist_innen der honduranischen Indigenenorganisation COPINH zusammen mit einer Amnesty-Delegation
 © Amnesty International/Sergio Ortiz

Betroffene Personen:

Rosalina Dominguez
 ihre vier Kinder
 und weitere Angehörige der indigenen Gemeinschaft in Río Blanco

UA-064/2019-2 – AI Index: AMR 37/1655/2020 – 13. Januar 2020

KOLUMBIEN

INDIGENE UND COVID-19

“Colombia is one of the world’s most lethal countries for human rights defenders and social leaders and, in the context of COVID-19, they now face even greater risks.”¹

Erika Guevara-Rosas, Americas director at Amnesty International

Wie aus der Aussage der Amnesty-Direktorin für die Region Amerikas hervorgeht, ist die Gefahr in Kolumbien, wo Menschenrechtsverteidiger/-innen und soziale Führer/-innen ohnehin schon einem hohen Risiko ausgesetzt sind, unter den Bedingungen von Covid-19 noch einmal verschärft. Es wurde beobachtet, dass der staatliche Schutz bedrohter Individuen und Kollektive im Licht der Pandemie-Maßnahmen vernachlässigt wurde, wodurch eine Lücke entsteht, die die Attentäter nutzen könnten, so Erika Guevara-Rosas. Dies bringt Menschenrechtsverteidiger/-innen in Kolumbien akut in Gefahr. Die Forderung, die Amnesty an die kolumbianische Regierung richtet, ist präventive Maßnahmen für die Eindämmung von COVID-19 in Einklang mit dem Schutz der Menschenrechte auszuführen. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Menschenrechtsverteidiger/-innen zum Schweigen gebracht werden.

Die Sorge ist berechtigt, denn seit Anfang März scheinen sich die Morde an sozialen Führer/-innen und Menschenrechtsverteidiger/-innen zu häufen. Auch indigene Führer/-innen sind davon betroffen, so zwei Vertreter der Embera-Indigenen, Omar und Ernesto Guasiruma, die im Departamento Bolívar ermordet wurden, während sie sich zu Hause an die Quarantäne-Maßnahmen gehalten haben. Auch zwei weitere Familienmitglieder wurden attackiert und verletzt.

„If the authorities do not take urgent action, Indigenous Peoples will find themselves at a crossroads facing two unthinkable paths: starve or die of the pandemic.”²

Fernanda Doz Costa, deputy Americas director at Amnesty International

Ein weiterer Aspekt, der im Kontext der Pandemie Sorge um die Menschenrechte indigener Völker bereitet, ist die Gesundheits- und Versorgungsinfrastruktur. Vor allem in den abgelegeneren Gebieten, in denen viele der indigenen Gemeinschaften leben, werden die Rechte auf Gesundheit, Wasser und Nahrung angesichts der Quarantäne-Maßnahmen nicht befriedigt. Zwar wurde von Präsident Iván Duque angekündigt, dass Indigene und andere vulnerable Minderheiten sowie Menschenrechtsverteidiger/-innen des Landes mit Nahrungsmitteln versorgt werden sollen. Jedoch wurde Amnesty von indigenen Gemeinschaften in Casanare, Vichada und Meta informiert, dass sie trotz Einhaltung der Quarantänemaßnahmen noch keine Unterstützung erhalten haben (Stand 17. April 2020). Wenn die Regierung ihrem Versprechen nicht nachkommt, sehen sich die indigenen Gemeinschaften entweder gezwungen, auf Kosten ihrer Gesundheit die Quarantäne aufzugeben – was angesichts mangelnder Gesundheitsinfrastruktur fatal wäre – oder zu verhungern. Gerade für den semi-nomadischen Lebensstil einiger Gemeinschaften verschlimmert die Isolation die Situation erheblich, was die ohnehin schon gefährdete Existenz der indigenen Menschen und ihrer Kultur weiter aufs Spiel setzt.

¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/colombia-medidas-contra-covid19-desatender-proteccion-personas-defensoras/>

² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/colombia-pueblos-indigenas-covid19-hambre/>

Deswegen wird die kolumbianische Regierung von Amnesty dazu angehalten, dringend adäquate Maßnahmen umzusetzen, die die Rechte der indigenen Völker garantieren. Der Anspruch an diese Maßnahmen ist, dass sie im Sinne der Autonomie der indigenen Gemeinschaften ausgeführt und mit der jeweiligen Gemeinschaft koordiniert werden.

Stella Terjung
Theko Menschenrechte und indigene Völker

URGENT ACTION

PARAMILITÄRS BEDROHEN GEMEINSCHAFTEN IN BOYAJÁ

INDIGENE UND AFRO-KOLUMBIANISCHE GEMEINSCHAFTEN IN BOYAJÁ IM DEPARTAMENTO CHOCÓ LEYNER PALACIOS

Der Menschenrechtsverteidiger Leyner Palacios prangert die Anwesenheit der paramilitärischen Gruppe auf dem Territorium der Gemeinschaften im Bezirk Boyajá an. Am 31. Dezember 2019 schränkten 300 Angehörige der bewaffneten Gruppe Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC) die Bewegungsfreiheit von vier Gemeinschaften in Boyajá drastisch ein. Am 3. Januar 2020 drohte die AGC Leyner Palacios an, ihn zu ermorden, wenn er das Territorium in Boyajá nicht innerhalb von zwei Stunden verließ.

Am 31. Dezember 2019 gab die Menschenrechtsorganisation Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (CIJP) bekannt, dass eine nicht genau bekannte Anzahl von Paramilitärs der AGC in den Gemeinschaften Pogue, Corazón de Jesús, Loma de Boyajá und Cuia, in Boyajá angekommen sei. Die Paramilitärs schränken die Bewegungsfreiheit der Bewohner_innen massiv ein und drohen ihnen, sie zu töten, wenn sie dies öffentlich machten. Einige Dorfbewohner_innen, denen die Flucht gelang, berichteten, dass die Mitglieder der AGC den Kindern Geschenke machen und versuchen, sie damit zu rekrutieren.

Zudem drohten die Paramilitärs Leyner Palacios am 3. Januar 2020 mit dem Tod.

Die kolumbianische Armee hat zwar Schritte unternommen, um die Lage in Boyajá zu entschärfen, aber diese Vorkommnisse zeigen, dass die Situation noch lange nicht gelöst ist. Amnesty International fordert die kolumbianische Regierung auf, den Schutz von Leyner Palacios und den bedrohten Gemeinschaften umgehend zu garantieren.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Leyner Palacios überlebte 2002 das Boyajá-Massaker. Bei Kämpfen zwischen den Revolutionären Streitkräften von Kolumbien (FARC) und paramilitärischen Gruppen feuerte die FARC eine Bombe gegen die paramilitärischen Gruppen ab. Sie schlug in einer Kirche ein und tötete 79 Personen, darunter 50 Kinder, die dort Schutz gesucht hatten. Leyner Palacios wurde ein wichtiger Sprecher der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften und setzte sich für die Durchführung eines Aktes ein, bei dem die FARC ihre Verantwortung anerkennen sollte. Als diese Veranstaltung stattfand,

entschuldigte sich die FARC offiziell bei den Gemeinschaften des Bezirks Bojayá. Leyner Palacios ist für seine Arbeit wiederholt geehrt worden, zuletzt mit dem „Global Pluralism Award“ des Global Centre for Pluralism in Kanada, einer internationalen Organisation für die Förderung pluraler Gesellschaften.

Aufgrund seiner Arbeit ist Leyner Palacios bereits mehrmals von illegalen bewaffneten Gruppen bedroht worden. Im Juni 2018 hielt er sich gerade bei einem Workshop in der Gemeinde Puerto Conto im Bezirk Bojayá auf, als ein unbekannter Mann sich einem Jungen näherte und ihn fragte, wer denn hier Leyner Palacios sei. Als der Junge ihm keine Auskunft gab, verließ der Mann die Gemeinde wieder.

Am 18. Juli 2018 erhielt Leyner Palacios einen Anruf und ein Mann forderte ihn auf, „nicht weiter mit diesem Friedensmärchen zu nerven“, und drohte ihm, dass er sterben würde, wenn er das nicht unterließe. Leyner Palacios zeigte diesen Vorfall am 19. Juli 2018 bei der Polizei des Departamento Chocó an. Diese Behörde müsste die Anzeige der Staatsanwaltschaft vorlegen. Am selben Tag begab sich Leyner Palacios auch in das Büro der Ombudsperson und füllte ein Formular aus, das an die beim Innenministerium angesiedelte Behörde zum Schutz von Personen UNP (Unidad Nacional de Protección) geschickt werden sollte.

Am 6. August 2018 erhielt er erneut einen Anruf, in dem ihm ein Mann drohte: „Du wirst sterben“.

Die Angehörigen der indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften im gesamten Departamento Chocó waren schon während der Jahre des bewaffneten Konflikts in Kolumbien schweren Menschenrechtsverstößen wie Vertreibungen und Massakern ausgesetzt. Für diese Menschenrechtsverstöße sind Guerillagruppen, Paramilitärs und das Militär verantwortlich.

Am 18. Oktober 2019 warnte das kolumbianische Ombudsbüro, dass die Guerilla- und paramilitärischen Gruppen noch immer in Bojayá agierten. Sie schränkten die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung massiv ein und gefährdeten die Leben von mindestens 2.250 Personen, unter anderem Angehörige der indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften. Siehe UA-169/2019 (<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/tausende-brauchen-schutz>)

UA-169/2019-1 – AI-Index: AMR 23/1634/2020 – 3. Januar 2020 – mr

URGENT ACTION

ANGRIFF AUF INDIGENE GEMEINDE

INDIGENE GEMEINDE ASEIMPOME

Am 24. April drang eine unbekannte Person in die indigene Gemeinde ASEIMPOME ein. Als sie entdeckt wurde, setzte sie ein Haus in Brand und floh. Außerdem kreisen seit zwei Wochen immer wieder Unbekannte auf zwei Motorrädern um die Gemeinde. Bereits am 12. April hatten Vertreter_innen der Menschenrechtsorganisation Corporación Claretiana Norman Pérez Bello berichtet, dass zwei unbekannte und bewaffnete Männer in der Nähe des Dorfes gesehen worden seien. Amnesty International fordert die Behörden dringend auf, die Angriffe zu untersuchen, die Angreifer_innen zu ermitteln und sie davon abzuhalten, die Gemeinde weiter zu bedrohen.

Im zentralkolumbianischen Departamento Meta ist die Sicherheit der indigenen Gemeinde ASEINPOME massiv bedroht. Seit Beginn der im Zuge der COVID-19-Pandemie ergriffenen Quarantänemaßnahmen nehmen die Angriffe auf das Dorf zu. Wiederholt beobachteten die Anwohner_innen unbekannte bewaffnete Personen, die sich auf Gemeindegebiet aufhielten. Der aktuellste Vorfall ereignete sich am 24. April: Gegen 11 Uhr vormittags wurde eine unbekannte Person bemerkt, als sie aus einem der Häuser kam. Als die sofort benachrichtigte Wache bei dem Haus ankam, stand dieses bereits in Flammen. Die Gemeinde macht die unbekannte Person, die kurz zuvor beim Verlassen des Hauses gesehen worden war, für das Feuer verantwortlich.

Außerdem kreisen seit zwei Wochen immer wieder drei unbekannte Männer auf zwei Motorrädern um die Gemeinde. Am 12. April bemerkten Gemeindegewohner_innen zudem zwei weitere unbekannte und bewaffnete Männer, die sich etwa eine halbe Stunde lang in der Nähe des Dorfes, auf dem Weg nach El Porvenir, aufhielten.

Die Gemeinde ASEINPOME (Comunidad del Asentamiento Ancestral Indígena Kubeo – Sikvani) liegt auf dem angestammten Territorium der indigenen Gruppe der Sikvani – Kubeo. Sie gehört zu der kleinbäuerlichen Gemeinde El Porvenir in Puerto Gaían im zentralkolumbianischen Departamento Meta. Nach mehreren Zwangsräumungen, Morddrohungen und dem Ausverkauf ihrer Kultur entschieden sich die Gemeindeglieder 2015, auf ihr angestammtes Land zurückzukehren. Seitdem werden sie bedroht und angegriffen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2019 verweigerte das Innenministerium die Bestätigung, dass auf dem Gemeindegebiet indigene Gemeinschaften lebten. Stattdessen genehmigte das Ministerium ein Ölförderungsprojekt durch ein multinationales Unternehmen im Siedlungsgebiet. Währenddessen erhielten Gemeindeglieder Droh- und Erpressungsanrufe, außerdem wurden sie rassistisch beleidigt. Im Februar 2019 wurde ein Gemeindeglied von einer unbekannt Person mit vorgehaltener Waffe bedroht: Sie werde zurückkehren und die Gemeinde vertreiben.

Sämtliche Vorkommnisse wurden der Nationalpolizei gemeldet – doch die Sicherheitskräfte leiteten weder Ermittlungen ein noch kamen sie vorbei. Auch die Staatsanwaltschaft wurde informiert, doch vergeblich: Seit Juli 2019 erhielt die Gemeinde keine weiteren Informationen und die Antwort auf ihre Nachfragen steht nach wie vor aus.

UA-070/2020 – AI-Index: AMR 23/2266/2020 – 4. Mai 2020 – sd

URGENT ACTION

**ANGRIFFE AUF INDIGENE GEMEINDE WERDEN
UNTERSUCHT****INDIGENE GEMEINDE ASEIMPOME**

Die Staatsanwaltschaft in Villavicencio hat am 27. Mai vier Mitarbeiter_innen des technischen Untersuchungsteams in die Gemeinschaft ASEIMPOME geschickt, um die Drohungen gegen sie zu untersuchen. Die Anordnung dazu kam von der Abteilung der Staatsanwaltschaft, in deren Zuständigkeit es liegt, die Verantwortlichen ausfindig zu machen, welche die Sicherheit der Gemeinde bedrohen.

Seit in Kolumbien der Covid-19-Lockdown begann, haben sich in der Gemeinde ASEIMPOME im Departamento Meta im Zentrum Kolumbiens mindestens zwei gefährliche Vorfälle ereignet. Am 24. April gegen 11 Uhr kam ein Unbekannter in die Gemeinschaft. Als der indigene Wachmann darüber informiert wurde, setzte die unbekannte Person ein Haus in Brand. Zwei Wochen zuvor fuhren Unbekannte auf hochzylindrigen Motorrädern in der Gemeinde herum.

Nach internationalem und nationalem Druck, auch durch die Amnesty-Appelle, besuchte das technische Untersuchungsteam der Staatsanwaltschaft von Villavicencio am 27. Mai die Gemeinschaft in der Absicht, die Angreifer_innen zu identifizieren und sie davon abzuhalten, die indigene Gemeinschaft weiterhin zu bedrohen.

Amnesty International wird mit der Gemeinschaft in engem Kontakt bleiben, um ihre Sicherheitslage einschätzen zu können und umgehend reagieren, wenn es zu einem neuen Sicherheitsvorfall kommen sollte.

Weitere Aktionen des Eilaktionsnetzes sind nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.

UA-070/2020 – AI-Index: AMR 23/2494/2020 – 9. Juni 2020 – mr

Weitere Informationen zu UA-070/2020 (AMR 23/2266/2020, 4. Mai 2020)

ECUADOR

GROSSE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE AMAZONAS-FRAUEN: AMNESTY-GRUPPEN IN DEUTSCHLAND SAMMELTEN FAST 2000 UNTERSCHRIFTEN

Die Online-Petitionen der verschiedenen Amnesty-Sektionen liefen im letzten Jahr bereits sehr erfolgreich. Trotzdem hatten wir uns entschlossen, Ende Oktober 2019 den Gruppen eine Petition mit Hintergrundinformationen an die Hand zu geben, die sie bei Veranstaltungen oder an ihren Informationsständen auslegen konnten. Es hat sich gelohnt. 1.912 Unterschriften kamen zusammen. Vielen Dank dafür!

Zur Erinnerung: Das Kollektiv „Mujeres Amazónicas“ setzt sich für den Schutz ihres Territoriums ein. Das Bestreben der zumeist indigenen Frauen ist, die Natur und die Menschen zu schützen, die Rechte der Frauen, das Recht auf Bildung und Gesundheit einzufordern. Besonders liegt ihnen der Regenwald am Herzen, diesen vor Umweltschäden durch mineralgewinnende Industrien zu bewahren. Bereits 2018 wurden vier dieser Frauen durch Morddrohungen eingeschüchtert oder waren Angriffen, auch auf deren Familien, ausgesetzt. Obwohl die Menschenrechts- und Umweltverteidigerinnen Strafanzeige erstatteten, wurden von staatlicher Seite ungenügend Schutzmaßnahmen ergriffen.

In der Petition forderte Amnesty u. a. eine umfassende Ermittlung der Übergriffe auf Patricia Gualinga, Nema Grefa, Salomé Aranda und Margoth Escobar sowie die Umsetzung wirksamer Schutzmaßnahmen.

Ein kleiner Wermutstropfen zum Schluss: Der letzte Briefumschlag mit Petitionen wurde von der Post wegen der Pandemie-Maßnahmen nicht mehr nach Südamerika befördert und kam postwendend nach einigen Tagen zurück. Wir werden die Lage beobachten und ihn später noch einmal an die Staatsanwältin weiterleiten.

Barbara Hermanns
Theko Menschenrechte und indigene Völker

EIN STÜCK AMAZONAS AN DER NÖRDLICHSTEN UNI DEUTSCHLANDS

FILMABEND MIT AMNESTY

YASUNÍ
PAPAGEIEN, PRIMATEN, PIPELINES

EINE REISE IN ECUADORS GEFÄHRDETEN REGENWALD

EIN FILM VON THORSTEN O. BÖHNKE & LAURA WINTER

tigerspawl Film
Produktion Hamburg
www.YasuniDerFilm.de

organisiert von der Amnesty International Hochschulgruppe Flensburg

Wo: Tableau Kulturcafé, Kurze Str.1
Wann: 27.11.19, 19 Uhr

Dokumentation im Rahmen der Public Climate School der EUF
Über bedrohten Lebensraum im Ecuadorianischen Amazonas, Indigene Völker & Umweltschutz. Zum Einstieg teilen wir gern Background-Infos und eine Petition, im Anschluss kann bei einem Drink diskutiert werden.

Im November 2019 hat die Amnesty International (AI) Hochschulgruppe der Europa-Universität Flensburg im engen Austausch mit der AI Themenkoordinationsgruppe (Theko) Menschenrechte und indigene Völker den Film „Yasuní – Papageien, Primaten, Pipelines“ vorgeführt. Anlass war die von „Students for Future“ organisierte „Public Climate Week“, in deren buntes Programm der Film sehr gut hineingepasst hat, da indigene Völker sich durch ihre enge Verbundenheit zur Natur oft an einer Schnittstelle von Menschenrechtsthemen und Umweltschutzproblemen befinden. Die Inspiration für diese Filmvorführung ist dem von der Theko Menschenrechte und indigene Völker organisierten Workshop zu verdanken, den eine kleine Delegation der Flensburger Hochschulgruppe im März 2019 besucht hat. Knapp 50 Menschen haben es sich im Kulturcafé Tableau – einer beliebten Kneipe in Flensburg – zum Filmabend gemütlich gemacht und sich von der einstündigen Dokumentation und ihren eindrucksvollen Aufnahmen in die sagenhafte Tier- und Pflanzenwelt des Yasuní-Nationalparks im ecuadorianischen Amazonas hineinversetzen lassen. Wie der Filmemacher Thorsten Böhnke und die Ökologin Laura Winter durch investigative Recherche

aufzeigen, ist dieses Paradies – das „Heilige Land“ der Ureinwohner – in Gefahr. Die Flora, Fauna und das Leben der indigenen Völker werden von der Ölindustrie bedroht, deren Folgen verheerend sind: Abholzung, Ölverschmutzung, Trinkwasserverseuchung und der Bau von Straßen – das alles sind Nebeneffekte, die noch von vorherigen Eingriffen nachwirken. Nun droht die Regierung, neue Ölfelder im Nationalpark zu erschließen. Den Kampf gegen dieses Vorhaben haben die Filmemacher vier Jahre lang begleitet und eindrucksvoll dokumentiert. Mit einer Schilderung der Situation der Indigenen in Ecuador und der Petition zu den Mujeres Amazónicas, die in Ecuador für die Rechte Indigener und den Umweltschutz kämpfen, wurde der Film von der Hochschulgruppe eingeläutet. Der Abend hat großen Anklang gefunden und viel Diskussionspotential entfacht, welches im Anschluss bei Getränken und Salzstangen entfaltet werden konnte. Dank der zahlreichen Petitionen, die dabei unterschrieben wurden, konnte hoffentlich ein direkter Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und der Natur im Yasuní-Nationalpark beigetragen werden. Ein besonderes Dankeschön geht an Laura Winter und Thorsten Böhnke für die Bereitstellung des Films und natürlich für ihren eindrucksvollen Beitrag zum Kampf um den ecuadorianischen Regenwald.



Stella Terjung
Theko Menschenrechte und indigene Völker

BOLIVIEN

VERGESSEN IN DER PANDEMIE? DIE SITUATION INDIGENER GEMEINSCHAFTEN IN BOLIVIEN

Die indigenen Gemeinschaften in Bolivien sind weiterhin vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. 2019 waren dies neben den alltäglichen, strukturellen Diskriminierungen vor allem Umweltzerstörungen durch die Ausbeutung von Rohstoffen, die verheerenden Waldbrände in der Tieflandregion Chiquitanía und die Auseinandersetzungen mit mindestens 35 getöteten Menschen nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober. In diesem Jahr ist eine große Gefahr für indigene Gemeinschaften die durch das Coronavirus ausgelöste Infektionskrankheit Covid-19 – und die damit verbundenen Einschränkungen –, ein weitere Sorge ist die geplante Zulassung von gentechnisch verändertem Saatgut und Pflanzen in der Landwirtschaft.

In Bolivien repräsentieren Indigene die Mehrheit der Bevölkerung und in der Verfassung von 2009 wurden ihnen umfangreiche Rechte zugeschrieben: Beispielsweise ist Bolivien ein „Plurinationaler Staat“ aus 36 indigenen Nationen, die Verfassung nennt als offizielle Amtssprachen Spanisch und 35 indigene Sprachen wie Quechua oder Aymara. Elemente indigener Anschauungen sind in der bolivianischen Konstitution berücksichtigt. Obwohl in der Regierungszeit des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in einigen Städten eine indigene Mittelschicht entstanden ist, lebt immer noch ein Großteil der Indigenen in Armut auf dem Land oder in peri-urbanen Gebieten. Auch die Rechte indigener Nationen werden Amnesty International zufolge bedroht, insbesondere durch die Lizenzierung von Projekten zur Ausbeutung von Ressourcen wie Erdöl oder Erdgas ohne vorherige und informierte Zustimmung.¹ Das Leben vieler indigener Gemeinschaften – im westlichen Andenhochland genauso wie im östlichen Tiefland – ist von schlechter Infrastruktur, fehlender medizinischer Versorgung und Unterernährung geprägt. Diese misslichen Lebensbedingungen werden von vielen Politiker/-innen, vor allem aus den Städten, ignoriert.

Die Covid-19-Pandemie und die Reaktion der Regierung Boliviens verstärken die gesellschaftliche Ungleichheit in Bolivien mit Armut, Unterernährung und einem schwachen Gesundheitssystem noch. Denn grundlegende Hygieneregeln können ohne Zugang zu sauberem Wasser nur schlecht eingehalten werden, vereinzelte Großeinkäufe sind ohne einen eigenen Kühlschrank nicht möglich. Noch schwerwiegender ist, dass in Bolivien nach verschiedenen Schätzungen bis zu 80 Prozent der Bevölkerung in informellen Berufen arbeiten, das heißt sie arbeiten ohne Vertrag und ohne jeden sozialen Schutz. Unter der sehr strengen Ausgangssperre, die von der bolivianischen Übergangsregierung² von Mitte März an verhängt wurde (wegen des erklärten „sanitären Notstands“ durfte jede/-r Bolivianer/-in nur an einem Vormittag pro Woche aus dem Haus, der öffentliche Transport wurde gestoppt, nur Lebensmittelläden durften öffnen), litten und leiden vor allem diejenigen, die auf den Märkten oder an Straßenkreuzungen Waren verkaufen, Taxi oder Bus fahren, oder in den Häusern reicherer Bolivianer/-innen arbeiten. Staatliche Zahlungen wegen der Pandemie halfen nicht wirklich weiter, sie lagen deutlich unter der Höhe des monatlichen Mindestlohns. Zudem ist die Versorgung mit Krankenhäusern und

¹ <https://www.amnesty.org/en/countries/americas/bolivia/report-bolivia/>

² Nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Evo Morales erklärte sich Jeanine Añez im November 2019 selbst zur Übergangspräsidentin.

Medikamenten, Ärzte/Ärztinnen und Pflegepersonal in ländlichen und peri-urbanen Gebieten, in denen zahlreiche indigene Gemeinschaften leben, besonders schlecht.

In einer Erklärung³ kritisierten 19 Organisationen indigener Tieflandbewohner deshalb am 28. April 2020 die Verletzung ihrer grundlegenden Rechte und schlugen acht Punkte für die Behandlung von Covid-19 vor: „Die Maßnahmen, die auf allen Regierungsebenen getroffen wurden, haben nicht die Wirklichkeiten unserer indigenen Völker und Nationen respektiert“, hieß es in der Erklärung. Die Behandlung der Pandemie und ihrer Folgen sei gekennzeichnet durch einen Mangel an Wissen über die Bedürfnisse ländlicher und indigener Gemeinschaften, zumal diese aufgrund der Benachteiligung gegenüber anderen sozialen Gruppen zu den Gemeinschaften mit hoher Verwundbarkeit gehörten. Die 19 indigenen Organisationen forderten unter anderem Zugang zu umfassender medizinischer Versorgung, einen Aktionsplan zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, den Stopp aller Aktivitäten von Ausbeutung auf ihren Gebieten (Baumfällung, Bergbau, Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen und landwirtschaftliche Monokulturen) und die Garantie von Verfassungsrechten wie der Meinungsfreiheit sowie bolivianischen und internationalen Rechten indigener Nationen und Völker.

Bis Anfang Juni waren Angaben der bolivianischen Regierung zufolge von Covid-19 vor allem zwei der neun Departamentos in Bolivien betroffen: Santa Cruz mit etwa zwei Dritteln aller getesteten Infektionen und Beni⁴, beide im östlichen Amazonasgebiet gelegen. Am 2. Juni äußerten mehr als 30 Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief⁵ an die Übergangspräsidentin Jeanine Áñez ihre Besorgnis über die hohe Anfälligkeit der indigenen Völker des Landes in der Covid-19-Pandemie. Die weitere Entwicklung der Covid-19-Pandemie in Bolivien ist unklar, sie könnte aber in den indigenen Gemeinden im bolivianischen Amazonasgebiet und in anderen tropischen Gebieten verheerende Folgen haben, vor allem in den Regionen Santa Cruz und Beni, wo die mit Abstand meisten Ansteckungen und Todesfälle gemeldet wurden, aber auch im tropischen Teil des Departamentos Cochabamba. „Wir stehen kurz davor, Zeuge einer Katastrophe zu werden“, warnte Miguel Vargas, Direktor des bolivianischen Zentrums für Rechtsstudien und Sozialforschung (CEJIS), vor einem „Ethnozid“ in den verwundbarsten indigenen Gemeinschaften.⁶

Auch in Zeiten steigender Infektionszahlen wehren sich indigene Gemeinschaften in Bolivien gegen eine weitere aktuelle Bedrohung, denn im Schatten der Pandemie trifft die Übergangsregierung in La Paz wegweisende Entscheidungen: Mit den Obersten Dekreten 4232 und 4238 vom 7. und 14. Mai legitimierte sie, im Namen der Ernährungssicherheit und ganz im Sinne der bolivianischen und internationalen Agrarindustrie, die Nutzung von genverändertem Saatgut bei Mais, Zuckerrohr, Baumwolle, Weizen und Soja. Organisationen der Zivilgesellschaft kritisieren, dass dadurch Verfassungsrechte wie die Rechte auf Gesundheit, auf gesunde Nahrungsmittel, auf Zugang zu Wasser und auf eine gesunde Umwelt verletzt würden.⁷

³ <http://www.cejis.org/pronunciamiento-de-los-pueblos-indigenas-de-las-tierras-bajas-de-bolivia-frente-a-la-emergencia-sanitaria-por-el-covid-19/>

⁴ Am 11. Juni 2020 gab es im Plurinationalen Staat Bolivien offiziellen Zahlen zufolge 16.165 bestätigte Fälle von Covid-19 und 533 Todesfälle; davon waren 10.127 Infektionen im Departamento Santa Cruz (63 Prozent) und 2.809 in Beni (17 Prozent). Die Aussagekraft der offiziellen Zahlen zu getesteten Infektionen und Todesfällen in Bolivien ist allerdings begrenzt, da vor allem in den ersten Wochen der Pandemie sehr selten getestet wurde und zurzeit auch nur dann, wenn Symptome und ein berechtigter Verdacht auf eine Erkrankung vorliegen.

⁵ https://cedib.org/post_type_documentos/carta-a-presidenta-de-bolivia-jeanine-anez-sobre-covid19-en-territorios-indigenas/

⁶ <https://www.lostiempos.com/actualidad/pais/20200604/coronavirus-amenaza-muerte-etnias-amazonia-boliviana>

⁷ <https://ccjusticiabolivia.org/publicaciones/gtccj-bolivia-inicia-peticion-contra-transgenicos/>

Auch indigene Organisationen im Amazonasgebiet lehnen die Einführung von gentechnisch veränderten Organismen (spanisch: „transgénicos“) vehement ab. Sie befürchten, dass dadurch und durch die mit genverändertem Saatgut verbundene Nutzung von Agrogiften die biologische Vielfalt zerstört wird, die Entwaldung zunimmt und die Gesundheit der Menschen gefährdet ist. „Wir prangern an, dass die Produktion von genveränderten Organismen den Bolivianern keine Ernährungssicherheit und Souveränität gibt, da ihre Produktion hauptsächlich für den Export und die Produktion von Biokraftstoffen bestimmt ist“, heißt es in einer Erklärung am 7. Mai 2020.⁸

Die Lage für die indigenen Gemeinschaften in Bolivien bleibt nach dem schwierigen Jahr 2019 also weiter unsicher bis gefährlich. Für zusätzliche Konflikte – neben alltäglichem Rassismus und struktureller Diskriminierung oder den Gefahren durch Covid-19 und gentechnisch verändertem Saatgut – sorgen möglicherweise die Neuwahlen zu Präsidentschaft und Parlament, die nach dem Druck zahlreicher gesellschaftlicher Akteure auf den 6. September verschoben wurden. Ob und in welcher Form die Wahl angesichts der Pandemie stattfinden kann, ist ungewiss; die bolivianische Gesellschaft ist immer noch gespalten im Streit um Vorwürfe des Wahlbetrugs gegen die frühere Regierung von Evo Morales und dessen erzwungenem Abgang im November 2019, von der Selbsternennung einer neuen Staatspräsidentin unter dem Einsatz von Militär und Polizei und mindestens 35 Toten in Auseinandersetzungen. Darüber hinaus auch, dass diese selbsternannte Übergangspräsidentin mehr als ein halbes Jahr im Amt ist und durchaus wegweisende Entscheidungen trifft – auch für die indigene Bevölkerung Boliviens.

Steffen Heinzelmann
Kogruppe Peru-Bolivien
E-Mail: info@amnesty-peru-bolivien.de
Twitter: https://twitter.com/amnesty_PER_BOL

⁸ <https://www.noticiasfides.com/nacional/sociedad/organizaciones-indigenas-de-la-amazonia-rechazan-la-introduccion-de-transgenicos-404823>

BRASILIEN

COVID-19 UND INDIGENE VÖLKER – WELCHE AUSWIRKUNG HAT DIE PANDEMIE AUF DAS FORTBESTEHEN INDIGENER VÖLKER IN BRASILIEN?

Seit Jahren berichtet Amnesty International über Menschenrechtsverletzungen, denen die indigenen Völker Brasiliens ausgesetzt sind. Bereits im Wahlkampf Jair Messias Bolsonaros im Jahr 2018 zeichnete sich ab, dass sich die Situation für die indigenen Minderheiten unter ihm noch verschlechtern könne – er verkündete ein Brasilien für die Mehrheiten zu machen.

Die aktuelle Pandemie verstärkt die ohnehin schon angespannte Lage. Bis Ende Mai starben bereits 28.000 Menschen an Covid-19. Brasilien war Ende Februar das erste lateinamerikanische Land mit einer bestätigten Infektion¹ und hat seitdem rasant steigende Fall- und Todeszahlen. Brasilien ist in dieser Region längst das Epizentrum der Krankheit geworden und auch auf globaler Ebene das Land mit den zweithöchsten Zahlen an Covid-19-Fällen. Die Krankenhäuser kapitulieren und sogar Friedhöfe haben häufig keine Kapazitäten mehr. In der Not wird auf Massengräber zurückgegriffen. Von solchen würdelosen Zuständen ist vor allem die Amazonasregion betroffen – Heimat fast aller Indigenen. In der Hauptstadt Manaus werden laut der Tagesschau täglich 100, verglichen zu sonst 30 Menschen begraben.²

Brasilien hat in der Vergangenheit gezeigt, dass Epidemien häufig mit Landraub, illegaler Rohstoffabbau und Abholzung des Regenwaldes einhergehen, gegen die sich die geschwächten Stämme nicht wehren konnten. Die Indigenen verlieren so nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern leiden unter Gewalt der Invasoren und riskieren zusätzlich die Ansteckung mit dem Virus. Deshalb haben einige Indigene angesichts der aktuellen Situation die Isolation gewählt und müssten eigentlich darin bestärkt und geschützt werden. Stattdessen hat die Regierung eine Handlungsrichtlinie veröffentlicht (Normative Instruction No. 9/2020), die die sogenannte „Regularisierung“ von indigenen Territorien im Falle von ausstehenden Prozessen erlaubt.

BOLSONARO AGIERT KAUM

Trotz dieser erschreckenden Lage bleibt Präsident Jair Bolsonaro seiner anfänglichen Überzeugung treu – die Pandemie sei ja nur eine Grippe („griphesina“). Er widersetzt sich Empfehlungen seiner Gesundheitsminister, plädiert so beispielsweise für die Nutzung des Malaria-Medikaments Chloroquin im Kampf gegen Corona. Dieses war unter Mediziner/-innen in Verruf geraten, da seine Wirksamkeit wissenschaftlich nicht bestätigt werden konnte – dafür aber seine zahlreichen gefährlichen Nebenwirkungen. Bolsonaros Gesundheitstipps werden auch von US-Präsident Donald Trump treu befolgt. Nach anfänglichem Plädoyer für die Nutzung von Reinigungsmitteln ist er jetzt prophylaktisch zu Chloroquin

¹ Lisboa, A. P. (28. Februar 2020). Besorgnis über Coronavirus-Ausbruch: 300 Sars-CoV-2-Verdachtsfälle in Brasilien. Der Tagesspiegel, abgerufen am 12. Juni 2020: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/besorgnis-ueber-coronavirus-ausbruch-300-sars-cov-2-verdachtsfaelle-in-brasilien/25593028.html>

² ZDF heute (25. Mai 2020). Coronavirus in Brasilien, abgerufen am 12. Juni 2020: <https://www.zdf.de/nachrichten/video/panorama-bedrohung-indigener-voelker-brasilien-100.html>

übergangen. So mancher mag bei solchen Aktionen den Kopf schütteln, verkennen diese Handlungsweisen doch die Dramatik und Bitterkeit der Situation. Ein freiwilliger Helfer in den Favelas resümiert die Situation mit drastischen Worten:

«... die Behörden kümmern sich bisher überhaupt nicht um die Bevölkerung. Dutzende Freunde haben wir da verloren – das ist ein vergessener Teil der Welt.»³

So mancher Leser mag sich da auch fragen: wem nützt all dies? In diesem Artikel werden die Gründe für solche Vorgehensweisen beleuchtet aber auch die der Gegenspieler: zahlreiche Einzelpersonen, Aktivist/-innen und Organisationen, die sich für das Recht auf Leben, den Erhalt der Indigenen Bevölkerung und ihres Lebensraumes einsetzen.

RÜCKBLICK 2019

Auch wenn die Rechte indigener Völker seit 2007 in einer Erklärung der Vereinten Nationen festgeschrieben sind, ist es noch ein weiter Weg bis zur tatsächlichen flächendeckenden Einhaltung. Covid-19 deckt weiter die tiefen strukturellen Ungleichheiten der Gesellschaft auf, die bereits vorher sichtbar waren.

2019 zeigte eine traurige Bilanz: Invasionen indigener Territorien und Gewalt gegenüber Indigenen haben seit letztem Jahr zugenommen. Spezifisch heißt dies für viele Indigene der Verlust ihres Lebensraumes sowie im ärgsten Fall, wenn sie sich gegen die Vertreibung auflehnen, Anfeindungen bis hin zu tödlichen Attentaten. So berichtete Amnesty International Brasilien Ende April 2020, dass Ari Uru Eu Wau Wau Mitte des Monats in Rondônia tot aufgefunden wurde. Bislang konnte nicht geklärt werden, wie sein Tod zustande kam und ob es einen Zusammenhang mit den herrschenden Gebietsinvasionen gibt. Genauso hat die Indigene Behörde Funai bestätigt, dass Anfang April in Maranhão Zezico Rodrigues Guajajara ermordet wurde. Dieser indigene Anführer hatte sich gegen illegale Rodungen eingesetzt.

INTERNATIONALE APPELLE MEHREN SICH

Überfälle und Gewaltakte gegen Indigene solcher Art häufen sich seit Bolsonaros Amtsantritt, was im April 2020 sogar zu Engagement im Europäischen Parlament führte. Auf die Initiative der Grünen Abgeordneten Anna Cavazzini schickten 40 Abgeordnete einen Brief an den Hohen Vertreter Josep Borrell und Kommissar Virginijus Sinkevičius, um diese zu sofortigem Handeln im Falle Zezico Rodrigues Guajajara zu bewegen.⁴

Auch der Aktivist und Fotograf Sebastião Salgado richtete Anfang Mai einen Appell an die Welt und die brasilianische Regierung und warnte vor der Gefahr eines Völkermordes, da sich indigene Völker im Amazonasbecken kaum schützen können. Knapp 300.000 Menschen, darunter zahlreiche Prominente aus aller Welt haben die Petition bis Ende Mai bereits unterschrieben.⁵

Genauso sandte die *Allianza de Parlamentarias Indígenas de América Latina* Anfang Mai einen offenen Brief an den Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, in dem eine klare Haltung, sofortige Schutzmaßnahmen und Aktionen der Regierungen gefordert wur-

³ Marusczyk, I. (28. Mai 2020). Epidemie in Brasilien - Bolsonaros gefährliches Spiel mit Corona. ARD tageschau.de, abgerufen am 05. Juni 2020: <https://www.tagesschau.de/ausland/brasilien-corona-107.html>

⁴ Die Grünen/ EFA im Europäischen Parlament (07. April 2020). Letter: urgent action needed after the murder of Zezico Rodrigues Guajajara in Brazil, abgerufen am 12. Juni 2020: <https://www.annacavazzini.eu/letter-urgent-action-needed-after-the-murder-of-zezico-rodrigues-guajajara-in-brazil/>

⁵ Avaaz.org (01. Mai 2020). Lélia e Sebastião Salgado: ajude a proteger os povos e indígenas da Amazônia do Covid, abgerufen am 05. Juni 2020: https://secure.avaaz.org/po/community_petitions/presidente_do_brasil_e_aos_lideres_do_legislativo_ajude_a_proteger_os_povos_indigenas_da_amazonia_do_covid19/

den. Dieser Brief wurde von 194 Personen und Gruppen unterzeichnet, u.a. von Amnesty International, Greenpeace und diversen brasilianischen Ex-Präsidenten. Die Hauptforderung: in Anbetracht der Pandemie, der indigene Völker in besonderem Maße ausgesetzt sind, den Schutz durch die jeweiligen Regierungen zu gewährleisten. Das enge und traditionelle Zusammenleben begünstige die Übertragung und die Abgeschiedenheit führe zu einem unzureichenden Zugang zur Gesundheitsversorgung und auch Schutzmaßnahmen würden nicht greifen.

Indigene sind grundsätzlich besonders schutzbedürftig, da sie laut der Präsidentin der UN-Generalversammlung zu den 15 % der ärmsten Menschen weltweit gehören. Dies trifft in der aktuellen Situation mehr denn je zu und die Statistiken zeigen eine erschreckende Bilanz: Laut der Vereinigung der Ureinwohner Apib, waren bereits Mitte Mai 38 indigene Völker von dem Virus betroffen und laut der Weltgesundheitsorganisation ist das Amazonas-Gebiet sowohl die Region mit der höchsten Infektionsrate als auch der höchsten Mortalitätsrate in Brasilien. Ende Mai gab es mehr als 980 offiziell bestätigte Coronavirus Fälle unter Indigenen, darunter mindestens 125 Todesfälle davon 92 im Amazonas. Die Sterblichkeitsrate liegt somit ungefähr bei 12,6 % verglichen zu der Rate von 6,4 % bei der übrigen brasilianischen Bevölkerung. Auch hier wird wieder die unmenschliche Haltung der Regierung denunziert – Manaus Bürgermeister Arthur Virgílio Neto spricht von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit:

«Ich fürchte einen Völkermord in unserem Amazonasgebiet, weil wir einen Präsidenten haben, der sich nicht um die Ureinwohner kümmert und diese Kultur nicht schätzt. Ich möchte dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit in meiner Region melden.»⁶

In Anbetracht dieser Lage und der gravierend steigenden Fallzahlen haben Hilfsorganisation wie z.B. Ärzte ohne Grenzen ihre Hilfe für das lokale Gesundheitssystem nach eigenen Angaben ausgeweitet.⁷ Gerade die stark betroffene Amazonasstadt Manaus wird mit 12 Intensivstationsbetten verstärkt.

LANDRAUB UND ANSTECKUNGSGEFAHR – DER PREIS FÜR ILLEGALE VIEHZUCHT, SOJAANBAU, HOLZABBAU ODER GOLDSUCHE

Unter der Covid-19-Pandemie haben illegale Operationen zugenommen. Vor dem eigentlich löblichen Hintergrund, den Kontakt der Indigenen mit der Außenwelt aus Ansteckungsgründen soweit wie möglich zu reduzieren, um die Isolation aufrecht zu erhalten, wurden die staatlichen Kontrollen reduziert. Dies hat jedoch das Aufkommen von Eindringlingen amplifiziert – Goldsucher, Holzhändler oder eben Viehzüchter.⁸ Dadurch nimmt auch die Abholzung weiter zu, die Tagesschau spricht von *«Zerstörung im Schatten der Corona-Krise»*.⁹ In den vergangenen Wochen hat sich das destruktive Potential der Interessenpolitik im Amazonas noch weiter verstärkt. Wirtschaftliche und politische Beweggründe stehen im Vordergrund, medizinische, ökologische oder menschenrechtliche Gesichtspunkte werden zurückgedrängt. Unter Covid-19 versuchen zahlreiche Akteure illegale Aktivitäten aus Profitgründen voranzutreiben. Frappierend ist dabei, dass der Staat wichtiger Handlungsträger ist. Die Regierung probiert für eigene Interessen Umwelt-Auflagen aufzuweichen und/oder zu umgehen. Bolsonaro schwächte u. a. das Umweltministerium personell und „eliminierte“ unbequeme Beamte, die ihre Aufgabe – den Schutz indigener Gebiete – korrekt im Rahmen der brasilianischen Verfassung ausführen. Beispielhaft für diese

⁶ João Pedro Figueiredo / Semcom. Prefeitura de Manaus. (19. Mai 2020) “Temo um genocídio”, alerta prefeito sobre avanço da Covid-19 no interior e povos indígenas, abgerufen am 12. Juni 2020: <http://www.manaus.am.gov.br/noticia/genocidio-avanco-da-covid-19-no-interior-e-povos-indigenas>

⁷ Medecins Sans Frontières (27. May 2020). Brasilien: Alarmierende Todesrate durch Covid-19 im Amazonas-Gebiet – Ärzte ohne Grenzen weitet Hilfe aus, abgerufen am 05. Juni 2020: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/brasilien-covid-19-alarmierende-todesrate>

⁸ Amnesty International. (26. November 2019). Brazil: Halt illegal cattle farms fuelling Amazon rainforest destruction, abgerufen am 12.06.2020: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/brazil-halt-illegal-cattle-farms-fuelling-amazon-rainforest-destruction/>

⁹ Ebert, M. (23. May 2020). Urwald in Brasilien: Zerstörung im Schatten der Corona-Krise, abgerufen am 05. Juni 2020: <https://www.tagesschau.de/ausland/brasilien-coronavirus-amazonas-101.html>

politische Haltung steht die skandalöse Äußerung des Umweltministers Ricardo Salles in einer Kabinettssitzung:

«Wir haben gerade Ruhe, da die Presse ja nur über Covid redet, und deshalb sollten wir jetzt die Rinderherde durchwinken und die ganzen Regeln ändern. Und die Normen vereinfachen.»¹⁰

ZERSTÖRUNG DES REGENWALDES, GEWALT UND KLIMAWANDEL

Gerade diese illegale Landnahme und der Holzeinschlag von Primärwald, u. a. zum Nutzen der Viehzucht, verstoßen gegen brasilianisches und internationales Recht. In Anbetracht des Klimawandels ist dies fatal für uns alle. Laut den offiziellen Daten von Amnesty International, die sich auf Vorort-Analysen und Satellitenbilder stützen, wurden ungefähr zwei Drittel des zwischen 1988 und 2014 abgeholzten Amazonasregenwaldes für Viehzucht genutzt – fast 500.000 km².¹¹ Bei der Fläche gerodeten Waldes in den ersten drei Monaten des Jahres 2020 wurde im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg von 82 % festgestellt, obwohl die Abholzung in der Regenzeit i.d.R. geringer ausfällt.

Um ihr Regenwaldgebiet dennoch zu schützen, führen Indigene in einigen Gebieten Patrouillen durch, bei denen es schnell zu gewaltsamen Konflikten kommen kann, da die Eindringlinge oft bewaffnet sind. Ein Beispiel dafür ist der Guajajara Stamm, deren Mitglieder/-innen ihr Leben riskieren, um illegale Holzfäller aufzuhalten.¹² Wenn sich ortsansässige indigene Stämme gegen diesen Landraub zu wehren versuchen, beispielsweise die Uru-Eu-Wau-Wau Indigenen in Rondônia oder die Manoki-Indianer in Mato Grosso, riskieren sie Gewalt durch bewaffnete Invasoren. Regierungsbeauftragte mit Schutzauftrag werden ebenfalls bedroht, sofern sie diesem sachgemäß nachkommen. Häufig sabotieren Lokalpolitiker den Schutz jedoch, indem sie Eindringlinge in indigene Territorien aktiv zu illegalen Handlungen ermutigen.

Laut Amnesty International Frankreich¹³ haben indigene Führer/-innen an allen drei Standorten (Rondônia, Mato Grosso und Arariboia) bei den Regierungsbehörden wiederholt die Beschlagnahmung von Land und den illegalen Holzeinschlag angeprangert. Die Regierung reagierte aber nur unzureichend und die Überwachungsoperationen wurden in den letzten Monaten aufgrund von Budgetkürzungen reduziert. Dementsprechend geht die illegale Aktivität weiter. Die Bundesanwaltschaft (*Ministério Público Federal*) sandte mindestens vier Briefe an das Justizministerium und das Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte – das seit Januar 2019 für die Nationale Behörde für Indianer (*Fundação Nacional do Índio* – FUNAI) zuständige Ministerium. Darin legte sie die sich verschlechternde Sicherheitslage in einigen indigenen Gebieten dar und warnte vor der Gefahr von Konflikten. Die Staatsanwaltschaft bat um sofortige Unterstützung der Nationalen Streitkräfte (*Força Nacional*), während die Behörden ein nachhaltiges Schutzprogramm für die Gebiete entwickeln – was derzeit aber noch nicht abgeschlossen ist. Bisher haben sich die beiden Ministerien aber nicht mit der FUNAI abgestimmt.

¹⁰ BBC News Brasil (23. May 2020). Ricardo Salles na reunião: com imprensa focada na covid-19, é hora de 'ir passando a boiada', abgerufen am 05. Juni 2020: <https://www.youtube.com/watch?v=BWDemNNMbeU>

¹¹ Amnesty International (26. November 2019). Brazil: Halt illegal cattle farms fuelling Amazon rainforest destruction, abgerufen am 05. Juni 2020: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/brazil-halt-illegal-cattle-farms-fuelling-amazon-rainforest-destruction/>

¹² Simon, E. und El Hammar Castano, A. (06. May 2020). Deforestation of Amazon rainforest accelerates amid COVID-19 pandemic - Indigenous communities report spike in invasions during global health crisis. abc News, abgerufen am 05. June 2020: <https://abcnews.go.com/International/deforestation-amazon-rainforest-accelerates-amid-covid-19-pandemic/story?id=70526188>

¹³ Amnesty International France (07. May 2019). Brésil: Les peuples indigènes en grand danger, abgerufen am 12. Juni 2020: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/brazil-halt-illegal-cattle-farms-fuelling-amazon-rainforest-destruction/>

JUSTIZLOSIGKEIT?

In einer aktuellen Publikation des *Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.* der Universität Potsdam resümieren die Autoren, dass die Gesundheitsversorgung in den Städten des Amazonasgebiets nicht ausreiche und dass die Pandemie das illegale Roden erleichtere.¹⁴ Dies liege daran, dass notwendige Isolationsmaßnahmen die Kontrolle der Rodung und den Schutz des Urwaldes durch Umweltbehörden behinderten. Dadurch könne eine straffreie Abholzung stattfinden – denn wo kein Kläger, da kein Richter. Diese stark angestiegene Rodungsfläche wurde von dem Nationalen Institut für Amazonasforschung (Inpe) bestätigt. In der Folge befürchten die Autoren, dass durch diese verstärkte Rodung eine neue Epidemie-Welle auf bislang verschonte Gebiete übergehen könnte. Gleichzeitig drängen Menschen so zwangsläufig weiter in den Wald ein und könnten ggf. die Artenvielfalt und benötigte Ruhe der Fauna stören, z. B. um sich in der isolationsbedingten Lebensmittelknappheit mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Auch die Justiz greift bei diesen illegalen Vorgängen selten ein. Sogar bei Mordfällen – wie die oben genannten – werden diese – wenn überhaupt – nur schleppend aufgeklärt oder zu einer Anklage gebracht. Exemplarisch ist auch der tragische Mord an der Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco im Jahre 2017 – bis heute wurde kein Täter gefunden und wirkliche Ermittlungen wurden blockiert. Aktivistinnen und Aktivisten riskieren in Brasilien ihr Leben, Drohungen und Gewalt sind an der Tagesordnung.

DIE HOFFNUNG STIRBT ZULETZT

Es gibt trotz allem aber auch hoffnungsvolle Nachrichten: Mitte Mai berichtete der Auslandsrundfunk der BRD, die Deutsche Welle, von einem sogenannten „Schutzengel vom Amazonas“.¹⁵ Eine indigene Krankenschwester, Vanderlecia Ortega dos Santos, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die indigenen Bewohner trotz der prekären Lage soweit es geht zu unterstützen. Tagsüber macht sie sich auf, um ihre Siedlung Parque das Tribos im Norden Brasiliens medizinisch zu versorgen und abends näht sie zahlreiche Schutzmasken. Ihr Wirken könnte Früchte tragen: Nach einer Demonstration vor dem größten Krankenhaus Manaus, geeint durch den Slogan „*Vidas Indígenas Importam*“ (dt. „Indigene Leben sind wichtig“), versprach ihr der Chef der indigenen Gesundheitsbehörde Sesai, Robson Santos da Silva, dass das geplante Feldkrankenhaus Manaus einen speziellen Bereich für Indigene bekommen solle. Es bleibt also zu hoffen, dass sich solches Engagement auch politisch auszahlt.

Anna Verena Märker

Theko Menschenrechte und indigene Völker

¹⁴ Sgambatti Monteiro, A. & Lima dos Santos, L. (Mai 2020). COVID-19 and the increasing Fragility of the Brazilian Amazon, IASS Discussion Paper, DOI: 10.2312/iass.2020.020

¹⁵ Benecke, M. (23. May 2020). Corona in Brasilien: Der Schutzengel vom Amazonas. *Deutsche Welle*, abgerufen am 12. Juni 2020: <https://www.dw.com/de/corona-in-brasilien-der-schutzengel-vom-amazonas/g-53543883>

PARAGUAY

PARAGUAY UND COVID-19: INDIGENE VÖLKER ZWISCHEN HUNGER, RISIKO UND GLEICHGÜLTIGKEIT

19. April 2020

Das diesjährige Gedenken an den Tag der Indigenen in Amerika wird umrahmt von der durch COVID-19 verursachten Notlage. Die Pandemie bedeutet nicht nur schreckliche Folgen und Gefahren für die Gesundheit aller Menschen, die auf diesem Planeten leben. Sie verdeutlicht auch die tiefgreifenden Ungleichheiten und die permanente Notlage, in der die indigenen Völker leben.

Der Staat Paraguay kann die kulturelle Besonderheit der indigenen Gemeinschaft sowie deren Unterdrückung nicht weiter ignorieren. Es braucht einen interkulturellen Dialog, um Präventivmaßnahmen und Gesundheitsbehandlungen umzusetzen. Viele indigene Gemeinschaften, die durch die verhängten Gesundheitsmaßnahmen in die Isolation gegangen sind, sind nun vom Hunger bedroht. Dadurch wurden sie von den Möglichkeiten abgeschnitten, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, da die staatliche Unterstützung in Form von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Wasser zu lange dauert. Tausende von Indigenen in Paraguay leiden unter Hunger und Verzicht, was ihre Lebensbedingungen, die schon vor der Pandemie von COVID-19 schwierig waren, noch prekärer macht. Vom Staat selbst zur Verfügung gestellte Daten zeigen, dass sich etwas mehr als 65% der Angehörigen der indigenen Völker in Armut und über 30% in extremer Armut befinden (DGEEC, 2017).

Der historische Mangel an konkreten Rechten für die indigenen Völker sowie die territoriale Enteignung hat auch durch die Rückgabe ihres Landes und die Umsetzung von Entwicklungsprojekten nicht dazu geführt, dass sie mit eigenen Mitteln aus eigener Kraft leben können. Das kann zu einem Szenario führen, indem der COVID-19-Erreger, wenn er in einige der Gemeinden eindringt, Chaos anrichten wird, das nur schwer vollständig vorherzusagen ist. Die indigene Bevölkerung kämpft zwischen dem Hunger von heute und der Krankheit von morgen.

Die indigenen Völker, die bereits aus der Vergangenheit eine Kultur des Widerstands bei der Durchsetzung ihrer Rechte und kollektiven Solidarität haben, ergreifen nun Maßnahmen des Selbstschutzes und der Isolation. Einige produzieren ihre eignen Beiträge zum Schutz, zur Hygiene sowie zur Desinfektion und verbreiten und schulen die Informationen, die sie erreichen, indem sie sie in ihre indigenen Sprachen übersetzen. Sie setzen damit ein klares Zeichen der Proaktivität gegenüber dem Staat, der keine spezifischen Maßnahmen für sie vorgesehen hat. Jegliche Bemühungen werden jedoch unzureichend sein, wenn das Recht auf Nahrung und Wasser sowie spezifische Maßnahmen hinsichtlich des Zugangs zur Gesundheit nicht gewährleistet sind.

„Der paraguayische Staat muss dringend angemessene Maßnahmen ergreifen, um die Rechte der indigenen Völker zu garantieren, die von den spezifischen Maßnahmen ausgeschlossen wurden, und versuchen, sie mit der übrigen Bevölkerung gleichzustellen, ohne die besonderen Rechte zu berücksichtigen, die ihnen zustehen und die, wenn sie in Betracht gezogen werden, einen größeren und besseren Schutz dieser Rechte garantieren“, erklärten die Organisationen Amnistía Internacional Paraguay, Tier-raviva a los Pueblos Indígenas und die Federación por la Autodeterminación de los Pueblos Indígenas

(FAPI). „Die Verweigerung der Konzipierung und Verabschiedung angemessener Schutzmaßnahmen, die ihre frühere Verletzlichkeit, ihre kulturelle Relevanz und ihre bereits unbefriedigten Rechte ansprechen, um sie rückgängig zu machen, würde nicht nur mehr Diskriminierung bedeuten, sondern auch das Leben und die Gesundheit der indigenen Völker als kollektive Subjekte und gegen alle Menschen, die die Gemeinschaft ausmachen, bedrohen“, fügten die Organisationen hinzu.

„Als Organisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte der indigenen Völker einsetzen, werden wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, maximalen Schutz für die indigenen Völker zu fordern. Die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit, Nahrung und Wasser, konvergieren in einer zwingenden Notwendigkeit, die nicht länger aufgeschoben werden kann“, schlossen sie.

An diesem Tag des Gedenkens an die indigenen Völker, ihre Mitglieder, ihre Kämpfe und ihrer kultureller Vielfalt muss der Staat seine verfassungsmäßige und konventionelle Verpflichtung einlösen, indem er die Rechte, die ihnen heute mit vorrangiger Dringlichkeit zugestanden werden, konkretisiert. Mehr als 120.000 Menschen, die zu diesen Völkern gehören sowie ihre Verbündeten in Paraguay, erwarten und fordern dies.

Grobübersetzung durch die Länderkoordinationsgruppe Paraguay.

Weiter bearbeitet von Kim Seiler
Theko Menschenrechte und indigene Völker

Verbindlich ist der spanische Text: <https://amnesty.org.py/paraguay-y-covid-19-pueblos-indigenas-entre-el-hambre-el-riesgo-y-la-indiferencia/>

DIE AKTUELLE SITUATION DER TOTOBIEGOSODE UND NIVACLE-MANJUI

Juni 2020

Liebe Freunde unserer Landprojekte für indigene Gemeinschaften,

mit diesem Schreiben möchte ich kurz über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Zusammenhang mit unseren indigenen Landprojekten in Paraguay, vor allem der Landforderung der Totobiegosode, informieren.

Die Corona-Pandemie hat auch Paraguay erreicht. Im Chaco gab es nach unseren Informationen bis jetzt aber nur ganz vereinzelte Fälle. Die indigenen Gemeinschaften dort sind offenbar bisher nicht betroffen. Die staatlich verordneten Einschränkungen treffen allerdings auch die Indigenen. In einem Schreiben vom April zum Tag der Indigenen in Amerika weist AI Paraguay auf die damit verbundenen Gefahren für die Indigenen hin (siehe <http://www.indigene-paraguay.ch>).

Die Totobiegosode halten Ihre Kontrolltätigkeit zum Schutz vor illegalen Übergriffen auf ihr Land selbstständig aufrecht. Der Kontrollposten im Norden des Gebietes ist permanent besetzt. Leider geht das illegale Roden auf ihrem Territorium weiter. Trotz klarer Beweislage konnte der eingeschaltete Anwalt seit März keinen Stopp der Rodungen durch die Staatsanwaltschaft erwirken wegen des strikten Aus-

gehverbots in Paraguay. In dieser Zeit hat der gegenwärtige Eigentümer trotz des bestehenden Veränderungsverbot illegal über 300 ha gerodet. Wir hoffen, dass die permanenten Bemühungen des Anwalts bald Erfolg haben.

Nachdem OPIT einen Ayoreo-Lehrer gefunden hatte, war auch die längere Zeit verwaiste Schule in Chaidi wieder angelaufen, bevor sie aufgrund staatlicher Verordnung wegen Covid-19 im März wieder schließen musste. Als die paraguayische Regierung im März eine totale Kontaktsperre verhängte, hat Verena Regehr den Totobiegosode empfohlen, nicht in die Nähe der urbanen Zentren zu kommen, um jede Ansteckungsgefahr nach Möglichkeit zu vermeiden. Sie hält aber fast täglich telefonischen Kontakt mit ihnen.

Bedingt durch die lange Trockenzeit hat die Gemeinschaft der Nivacle-Manjui von Yacacvash Ernteausfälle bei Bohnen und Sesam zu beklagen. Auch die Familiengärten sind leer. Um die Folgen solcher Ausfälle zu verringern, setzt die Gemeinschaft vermehrt auf die eigene Viehwirtschaft, an deren Aufbau sie seit längerem arbeiten. Ein Tiefbrunnen hat dafür gesorgt, dass das Wasser nicht knapp wurde wie in anderen Siedlungen. Kleinere Regenfälle haben das Wachstum auf den Weiden soweit aufrecht erhalten, dass die Viehwirtschaft nicht gelitten hat. Wie überall sind Schule und Kirche geschlossen. Das staatlich verordnete Versammlungs- und Ausgehverbot ist für die Nivacle befremdlich, sodass es ihnen schwerfällt, sich daran zu halten.

Auch wir hier sind durch die aktuelle Situation eingeschränkt. Aus diesem Grund war es noch nicht möglich, einen konkreten Termin für unsere diesjährige Jahresversammlung festzulegen. Sie ist nun für den Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre bisherige Unterstützung und würde mich sehr freuen, wenn Sie unsere Projekte auch in der gegenwärtig ganz besonderen Situation weiterhin unterstützen würden.

Mit den besten Grüßen

Christian Landes

Verein zur Unterstützung indianischer Landforderungen im paraguayischen Chaco e.V. (Deutsche Sektion); Tel. 07621 64905, E-Mail: landfuerindianer@t-online.de;
Internet: <http://www.indigene-paraguay.ch/> (Schweizer Partnerverein)

ARGENTINIEN

DIE STEIGENDE NACHFRAGE NACH LITHIUM KÖNNTE FÜR INDIGENE GEMEINDEN NOCH ZUM PROBLEM WERDEN

„Es ist absolut notwendig, wirksame Lösungen für die Klimakrise zu finden und Elektroautos spielen dabei eine wichtige Rolle. Ohne radikale Änderungen werden die Batterien, die umweltfreundliche Fahrzeuge antreiben, aber weiterhin die Spuren von Menschenrechtsverletzungen an sich tragen.“¹

Kumi Naidoo, Generalsekretär von Amnesty International

Lithiumbatterien und ihre Bestandteile wie beispielsweise Cobalt werden in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Sie sind grundlegend, um unsere Mobilität und viele elektronische Anwendungen nachhaltiger und klimafreundlicher zu gestalten. Obwohl solche „grünen“ Technologien von vielen Unternehmen als ethisch bewusst und zukunftssträchtig beworben werden, stehen sie oft im Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen. Ein prominentes Beispiel sind die katastrophalen Bedingungen in Cobalt-Minen in der Demokratischen Republik Kongo. Hier hat Amnesty International neben systematischer Kinderarbeit auch die Arbeit unter lebensbedrohlichen Bedingungen ohne jegliche Schutzausrüstung dokumentiert.² Daraufhin wurden Konzerne, die kongolesisches Cobalt in großen Mengen beziehen, von Amnesty International zum Handeln aufgefordert. Die meisten kontaktierten Unternehmen der Auto- und Elektronikindustrie – neben vielen anderen Microsoft, Vodafone, Samsung, Renault, Daimler und BMW – haben daraufhin entweder kaum reagiert, oder nur einige der geforderten Maßnahmen umgesetzt.³

Neben den Menschenrechtsverletzungen bedroht der Herstellungsprozess von batteriebetriebenen Motoren und Elektrogeräten auch die Ökosysteme, in denen die benötigten Rohstoffe abgebaut werden. Eine Region in Südamerika – das sogenannte „Lithium-Dreieck“ in Argentinien, Chile und Bolivien – soll bis zu 70% der weltweiten Lithiumvorkommen beherbergen und wird für die Herstellung von Elektroautos in Zukunft von zentraler Bedeutung sein. In Argentinien gibt es zurzeit nur zwei aktive Lithium-Minen, aber mehr als 50 Prospektionsprojekte.⁴ Argentinien wird den Lithiumabbau als profitablen Wirtschaftszweig also enorm ausbauen und die dortige Lithiumproduktion könnte sich bis 2022 verfünffachen. Neben der Umwelt sind daher auch die vielen indigenen Gemeinschaften Argentiniens von den potenziell negativen Auswirkungen des Lithiumabbaus betroffen. Um die involvierten Unternehmen von

¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/03/amnesty-challenges-industry-leaders-to-clean-up-their-batteries/>, aufgerufen am 11.06.2020

² *“This is what we die for”. Human rights abuses in the Democratic Republic of the Congo power the global trade in cobalt.* Amnesty International Bericht, 19.01.2016: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr62/3183/2016/en/>

³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/industry-giants-fail-to-tackle-child-labour-allegations-in-cobalt-battery-supply-chains/>, aufgerufen am 11.06.2020

⁴ Interne Informationen von Amnesty International

Beginn an zur Einhaltung menschenrechtlicher und ökologischer Standards zu verpflichten, hat Amnesty International eine Strategie zur Unterstützung indigener Gemeinden und ihrer Rechte in Argentinien entwickelt. Diese Kampagne ist Teil der globalen *ethical battery initiative*, die Amnesty International in Partnerschaft mit Greenpeace im März 2019 gestartet hat.⁵

Eine große Sorge betrifft die Wasserversorgung in den sehr trockenen Regionen im Nordwesten Argentiniens, in denen das meiste Lithium lagert. Konventionelle Methoden zum Abbau des Leichtmetalls verbrauchen enorme Mengen an Wasser, was die lokale Wasserversorgung bedrohen könnte. Die indigenen Gemeinden, auf deren Gebieten das meiste Lithium zu finden ist, wären davon direkt betroffen. In diesem Zusammenhang äußert Amnesty International auch große Bedenken zur Einhaltung des Prinzips der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ indigener Gemeinden zu Aktivitäten Dritter auf ihrem Land, das in der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker von 2007 in zahlreichen Artikeln festgeschrieben ist.

Amnesty International arbeitet zurzeit mit indigenen Gemeinden von Salinas Grandes und Lake Guayatayoc in den Provinzen Jujuy und Salta, wo bereits zahlreiche Konzessionen zum Lithiumabbau vergeben wurden. Trotz jahrelanger Anstrengungen der Indigenen hat die argentinische Regierung ihre rechtmäßige Forderung zur vorherigen Konsultation ignoriert. Im Rahmen der oben genannten Strategie wird Amnesty International den Gemeinden nun helfen, ihre Interessen und Sorgen auf Regierungsebene einzubringen. Dies ist mit der Hoffnung verbunden, dass mögliche Erfolge in den Provinzen Jujuy und Salta auch anderen betroffenen Gemeinschaften im „Lithium-Dreieck“ Südamerikas helfen werden. Die indigenen Gemeinschaften kämpfen nicht gegen den Lithiumabbau an sich, aber für die Sicherheit, dass die lokalen Ökosysteme und ihre Lebensgrundlage nicht nachhaltig von der Lithiumindustrie zerstört werden.

Alexander Weide

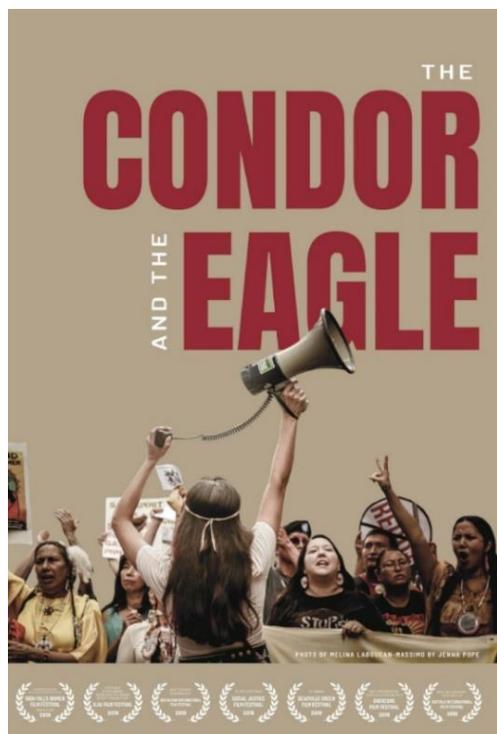
Theko Menschenrechte und indigene Völker

⁵ Siehe Verweis 1

FILMHINWEIS

THE CONDOR & THE EAGLE

Der Dokumentarfilm „The Condor & The Eagle“ von Clement und Sophie Guerra erzählt die Geschichte von vier bekannten indigenen Umweltaktivist/-innen, deren Ziel es ist, die Stimmen indigener Völker Nord- und Südamerikas gegen die Ölindustrie zu vereinen. Ihre individuellen Geschichten verbinden sich im Kampf gegen Ölpipelines, Wirtschaftsinteressen und Diskriminierung zu einer Stimme, die vor allem im Kontext des Klimawandels Gehör finden muss.



„Vier indigene Führer/-innen begeben sich auf ein außergewöhnliches Abenteuer von den weiten Ebenen Kanadas bis tief in das Herz Amazoniens, um die Völker Nord- und Südamerikas zu vereinen und die Bedeutung der Klimagerechtigkeit zu demonstrieren. Der Dokumentarfilm „The Condor & The Eagle“ bietet einen Einblick in eine sich entwickelnde spirituelle Renaissance, in der die vier Protagonist/-innen des Films aus dem Erbe des langen Widerstandes gegen den Kolonialismus und seiner Rohstoffindustrie lernen. Ihr Weg durch den Dschungel führt sie auf eine unerwartet herausfordernde und befreiende Reise, die ihre Bindung an die Erde und aneinander für immer verändern wird.“

(Aus dem Englischen übersetzt von Alexander Weide, Theko Menschenrechte und indigene Völker)

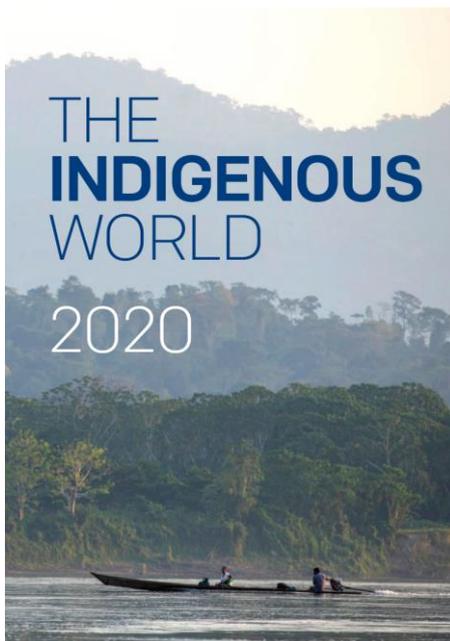
Auf der englischsprachigen Website des Projekts finden Sie weitere Informationen, einen Trailer und Termine für (kostenpflichtige) Online-Vorführungen des Films:

<https://thecondorandtheeagle.com/>

PUBLIKATIONS- HINWEISE

IWGIA: THE INDIGENOUS WORLD 2020

Die „International Work Group for Indigenous Affairs“ (IWGIA) veröffentlicht jedes Jahr ihren umfangreichen und sehr detaillierten Bericht „The Indigenous World“, der kostenfrei von ihrer Homepage heruntergeladen werden kann. Der Bericht stellt eines der umfangreichsten Sammelwerke zur weltweiten Situation indigener Völker dar und bietet neben Informationen zur menschenrechtlichen Lage auch einen allgemeinen Überblick über die indigenen Völker verschiedener Länder und Weltregionen. Darüber hinaus behandelt der Bericht aktuelle Initiativen und Entwicklungen zum Thema Indigene und Menschenrechte.



„Steigende Temperaturen, unvorhersehbares Wetter und sich verändernde Klimamuster - verbunden mit einem unersättlichen globalen Landtausch - belasten zunehmend die Länder, die indigene Völker traditionell gepflegt und verteidigt haben. Während des Jahres 2019 wurden indigene Völker im Kampf um ihre Rechte weiterhin verfolgt, bedroht, kriminalisiert und getötet.“

Die 66 Regional- und Länderberichte sowie 17 Berichte zu internationalen Prozessen und Initiativen in dieser Ausgabe unterstreichen diese Trends.“

(Aus dem Englischen übersetzt von Alexander Weide,
Theko Menschenrechte und indigene Völker)

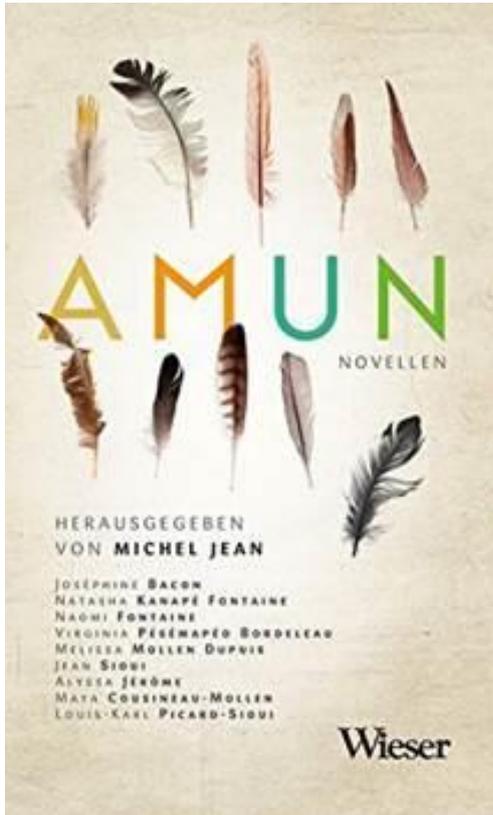
Auf der englischsprachigen IWGIA-Website finden Sie viele weitere Informationen sowie ältere Ausgaben des Berichts:

<https://www.iwgia.org/en/resources/indigenous-world>

AMUN

Novellen

von Michel Jean (Hrsg.), Wieser Verlag (14. März 2020)



„Amun“ bedeutet in der Sprache der Innu „Versammlung, Zusammenkunft“. Der von Jean Michel 2016 herausgegebene Band ist die erste Anthologie von Autorinnen und Autoren der sogenannten First Nations/Premières Nations der französischsprachigen kanadischen Provinz Québec, die sich in den letzten Jahren durch die Veröffentlichung von Gedichten, Erzählungen und Romanen zunehmend Gehör verschaffen. Ihre Erzählungen reflektieren die Traditionen und die Lebensbedingungen der indigenen Stämme Québecs. Sie spielen teils in der Vergangenheit, teils in der Gegenwart, in der Stadt, in der Natur, im Reservat und bieten einen facettenreichen Einblick in die Denk- und Lebensweise und die schwierige Situation der autochthonen Stämme in Québec und Kanada und machen uns mit einer faszinierenden Kultur bekannt, die immer noch viel zu unbekannt ist.

Die Anthologie enthält Erzählungen von zehn indigenen Autorinnen und Autoren verschiedener Generationen und Stämme (Innu, Cree, Wendat) die zu den wichtigsten Stimmen der Literatur der Premières Nations in Quebec gehören: Joséphine Bacon, Natasha Kanapé Fontaine, Naomi Fontaine, Virginia Pésémapéo Bordeleau, Melissa Mollen Dupuis, Jean Sioui, Alyssa Jérôme, Maya Cousineau-Mollen, Louis-Karl Picard-Sioui und Jean Michel.

Die Buchbesprechung kann auch nachgehört werden im Deutschlandfunk, Büchermarkt vom 25.06.2020: <https://www.deutschlandfunk.de/buechermarkt.699.de.html>